

1. Sitzung

Mittwoch, 5. Oktober 2016

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Beschluss über den Beginn der 5. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
- 2a. Landtagsklub, Änderungsanzeige
3. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 8. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
4. Einlauf
- 4.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
- 4.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über Maßnahmen der Gentechnik-Vorsorge (Gentechnik-Vorsorgegesetz) geändert wird (Nr. 3 der Beilagen)
- 4.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung - 3. GruVe-ÄVE) (Nr. 4 der Beilagen)
- 4.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art 48 L-VG betreffend eine Haftungsübernahme für Verbindlichkeiten der Land-Invest Salzburger Baulandsicherungsgesellschaft mbH (Nr. 6 der Beilagen)
- 4.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Naturschutzgesetz 1999 geändert wird (Nr. 7 der Beilagen)
- 4.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend die Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe (Nr. 9 der Beilagen)
- 4.1.6 Bericht der Landesregierung über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) gemäß § 27 SAGES-Gesetz 2016 betreffend das Jahr 2015 (Nr. 5 der Beilagen)
- 4.1.7 Bericht der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht des Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds für das Jahr 2015 (Nr. 2 der Beilagen)
- 4.1.8 Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Salzburger Tourismusförderungsfonds im Jahr 2015 (Nr. 1 der Beilagen)

- 4.1.9 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Tanzschulgesetz aufgehoben und das Salzburger Veranstaltungsgesetz 1997 geändert wird
(Nr. 31 der Beilagen)
- 4.1.10 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der HI-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 32 der Beilagen)
- 4.1.11 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der FG-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 33 der Beilagen)
- 4.1.12 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der DE-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 34 der Beilagen)
- 4.1.13 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der AB-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 35 der Beilagen)
- 4.2 Anträge
- 4.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Asyl- und Flüchtlingssituation im Land Salzburg
(Nr. 36 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
- 4.2.2 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Heilig-Hofbauer betreffend eine Änderung des Gesetzes über die Förderung und den Schutz der Jugend im Land Salzburg 1998 (Salzburger Jugendgesetz) und des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Salzburger Landtages 1998 (Landtags-Geschäftsordnungsgesetz - GO-LT) zur Verankerung des Salzburger Jugendlandtages
(Nr. 37 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 4.2.3 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend eine Flexibilisierung der Arbeitszeit
(Nr. 38 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 4.2.4 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchli und Mag. Scharfetter betreffend eine finanzielle Unterstützung beim Kauf von E-Rollern und E-Motorrädern
(Nr. 39 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 4.2.5 Antrag der Abg. Mag. Mayer und Ing. Schnitzhofer betreffend die Teilung von Fischereirechten
(Nr. 40 der Beilagen - Berichterstatter: Mag. Mayer)
- 4.2.6 Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und des Klubvorsitzenden Steidl betreffend Bescheide in leichter Sprache
(Nr. 41 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

- 4.2.7 Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Einrichtung eines Vollzeit-Studiengangs „Soziale Arbeit“ an der FH Salzburg (Nr. 42 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)
- 4.2.8 Antrag der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner betreffend den Ausbau von E-Tankstellen im Bundesland Salzburg (Nr. 43 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 4.2.9 Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und DIⁱⁿ Lindner betreffend Multifunktionsparks im Bundesland Salzburg (Nr. 44 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 4.2.10 Antrag der Abg. Heilig-Hofbauer und DIⁱⁿ Lindner betreffend Busterminal Lastenstraße (Nr. 45 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer)
- 4.2.11 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend das Landesmobilitätskonzept (Nr. 46 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 4.2.12 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Tourismusabgabe im Land Salzburg (Nr. 47 der Beilagen- Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
- 4.2.13 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Erhöhung des Schonvermögens auf € 10.000,-- (Nr. 48 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 4.2.14 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die Entflechtung des Salzburger Verkehrsschilderwaldes und verkehrsfremder Information an Landes- und Gemeindestraßen (Nr. 49 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Naderer)
- 4.2.15 Antrag der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei (Nr. 50 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 4.2.16 Antrag der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Verbot von betäubungslosem Schlachten (Nr. 51 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 4.2.17 Antrag der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend zusätzliche Schutzausrüstung für Polizisten (Nr. 52 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 4.2.18 Antrag der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Beibehaltung der Beurteilung der Leistung der Schüler nach Noten (Beurteilungsstufen) (Nr. 53 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 4.3 schriftliche Anfragen
 - 4.3.1 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Bonuszahlungen in Betrieben mit Landesbeteiligung (Nr. 1-ANF der Beilagen)

- 4.3.2 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Nachmittagsbetreuung (Nr. 2-ANF der Beilagen)
- 4.3.3 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Kriterien der leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierung (Nr. 3-ANF der Beilagen)
- 4.3.4 Dringliche Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend der Änderungen in der Wohnbauförderung (Nr. 4-ANF der Beilagen)
- 4.3.5 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend das verkehrstechnische Gutachten zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf der A1 West-Autobahn im Bereich der Stadt Salzburg (Nr. 5-ANF der Beilagen)
- 4.3.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Zukunft des Mittersiller Krankenhauses sowie des Tauernklinikums Pinzgau mit dem Projekt „Mittersill 2020“ (Nr. 6-ANF der Beilagen)
- 4.3.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2016 (Nr. 7-ANF der Beilagen)
- 4.3.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Vorgänge im Seniorenheim Uttendorf des Gemeindeverbandes Uttendorf/Niedersill (Nr. 8-ANF der Beilagen)
- 4.3.9 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Krankenhaushygiene (Nr. 9-ANF der Beilagen)
- 4.3.10 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend den Salzburger Flughafen (Nr. 10-ANF der Beilagen)
- 4.3.11 Anfrage der Abg. Essl und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Salzburger Patientenvertretung (Nr. 11-ANF der Beilagen)
- 4.3.12 Anfrage der Abg. Essl und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Verwendung des Lands-Logos auf externen Papieren (Nr. 12-ANF der Beilagen)
- 4.3.13 Anfrage der Abg. Essl und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend das Asylquartier in der Elisabethstraße (Nr. 13-ANF der Beilagen)

- 4.3.14 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Tauernklinikum (Nr.14-ANF der Beilagen)
- 4.3.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend der Personal-Fluktuation in den Regierungsbüros der Salzburger Landesregierung (Nr. 15-ANF der Beilagen)
- 4.3.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend Wunschkennzeichen an Fahrzeugen der öffentlichen Hand in Salzburg (Nr. 16-ANF der Beilagen)
- 4.3.17 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend Förderung von NGOs (Nr. 17-ANF der Beilagen)
- 4.3.18 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Syrischer Lieder in Salzburger Volksschulen (Nr. 18-ANF der Beilagen)
- 4.3.19 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl bezüglich der Dialysestation des LKH (Nr. 19-ANF der Beilagen)
- 4.3.20 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrat Mayr betreffend die Baustelle Wolfgangsee-Straße B 158 im Bereich Koppl-Kühberg (Km 2,50 bis 3,40) (Nr. 20- ANF der Beilagen)
- 4.3.21 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrat Mayr betreffend EU-Förderungen für die Salzburger U-Bahn (Nr. 21-ANF der Beilagen)
- 4.3.22 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend die Kilometergeldabrechnungen der Landtagsabgeordneten (Nr. 22-ANF der Beilagen)
- 4.3.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Energieberatung Salzburg und den Verein umwelt.service.salzburg (Nr. 23-ANF der Beilagen)
- 4.3.24 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend das Personal in Regierungsbüros (Nr. 24-ANF der Beilagen)
- 4.3.25 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2016 (Nr. 25-ANF der Beilagen)

- 4.3.26 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Flüchtlingsquartiere im Land Salzburg
(Nr. 26-ANF der Beilagen)
- 4.3.27 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Sozialausgaben und der Verschuldungssituation der Gemeinden im Land Salzburg
(Nr. 27-ANF der Beilagen)
- 4.3.28 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr betreffend die behördliche Sanktionierung von Werbungen für das Designer Outlet Himmelreich und den Europark im gesetzlichen Werbeverbot innerhalb von 100 m an Autobahnen
(Nr. 28-ANF der Beilagen)
- 4.3.29 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Quartiere
(Nr. 29-ANF der Beilagen)
- 4.3.30 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Bergbahnen
(Nr. 30-ANF der Beilagen)
- 4.3.31 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend die Drogenproblematik in Salzburg.
(Nr. 31-ANF der Beilagen)
- 4.3.32 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Eingliederung des KH Hallein in die SALK
(Nr. 32-ANF der Beilagen)
- 4.3.33 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl betreffend die Umstellung von Mineralwasserflaschen auf Leitungswasser in den SALK
(Nr. 33-ANF der Beilagen)
- 4.3.34 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Mayr bezüglich Wohnbauförderung
(Nr. 34-ANF der Beilagen)
- 4.3.35 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das neu geschürte Sicherheitspaket
(Nr. 35-ANF der Beilagen)
- 4.3.36 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an die Landesregierung betreffend Europäischer Sozialfonds
(Nr. 36-ANF der Beilagen)
- 4.3.37 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc an die Landesregierung betreffend die personelle Situation der Polizei im Bundesland Salzburg
(Nr. 37-ANF der Beilagen)

- 4.3.38 Anfrage der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend die Entwicklung des Gütertransportes auf der Lokalbahn
(Nr. 38-ANF der Beilagen)
- 4.3.39 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Beteiligung der Salzburg AG am Kohlekraftwerk Lünen (D)
(Nr. 39-ANF der Beilagen)
- 4.3.40 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungen- sitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2016
(Nr. 40-ANF der Beilagen)
- 4.3.41 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Integration im Land Salzburg
(Nr. 41-ANF der Beilagen)
- 4.3.42 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Aufarbeitung des Salzburger Finanzskandals
(Nr. 42-ANF der Beilagen)
- 4.3.43 Anfrage der Abg. Heilig-Hofbauer und Scheinast an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Vergnügungssteuern
(Nr. 43-ANF der Beilagen)
- 4.3.44 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend muslimische Bevölkerung in Salzburg
(Nr. 44-ANF der Beilagen)
- 4.3.45 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache
(Nr. 45-ANF der Beilagen)
- 4.3.46 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Neuhofer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Teilnahme Salzburgs an LIFE+Programmen der Europäischen Union
(Nr. 46-ANF der Beilagen)
- 4.3.47 Anfrage der Abg. Scheinast und Heilig-Hofbauer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend den Fairnesskatalog
(Nr. 47-ANF der Beilagen)
- 4.3.48 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Erdwärme aus Bayern
(Nr. 48-ANF der Beilagen)
- 4.3.49 Anfrage der Abg. Scheinast und Heilig-Hofbauer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Qualitätsmanagementsysteme in den Beteiligungen des Landes
(Nr. 49-ANF der Beilagen)

- 4.3.50 Anfrage der Abg. Heilig-Hofbauer und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Haftungen des Landes beim Ausbau der Mönchsberggarage
(Nr. 50-ANF der Beilagen)
- 4.3.51 Anfrage der Abg. Jöbstl und Obermoser an Landesrat Mayr betreffend Verkehrssicherheit vor Schulen in Zell am See
(Nr. 51-ANF der Beilagen)
- 4.3.52 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landesrat Mayr betreffend Bahnhof Steindorf bei Straßwalchen
(Nr. 52-ANF der Beilagen)
- 4.3.53 Anfrage der Abg. Scheinast und Heilig-Hofbauer an Landesrat Mayr betreffend „Autonome“ Busse in Salzburg
(Nr. 53-ANF der Beilagen)
- 4.3.54 Anfrage der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend Kapazitätsengpässe auf der Salzburger Lokalbahn
(Nr. 54-ANF der Beilagen)
- 4.3.55 Anfrage der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend Fahrgastinformation an Regionalbushaltestellen
(Nr. 55-ANF der Beilagen)
- 4.3.56 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrat Mayr betreffend ausländische Temposünder
(Nr. 56-ANF der Beilagen)
- 4.3.57 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrat Mayr betreffend Straßensanierung
(Nr. 57-ANF der Beilagen)
- 4.3.58 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Novellierung des Salzburger Kinderbetreuungs-gesetzes 2007
(Nr. 58-ANF der Beilagen)
- 4.3.59 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Öffnungszeiten der Kindergärten
(Nr. 59-ANF der Beilagen)
- 4.3.60 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betref-fend Wilderei im Bundesland Salzburg
(Nr. 60-ANF der Beilagen)
- 4.3.61 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betref-fend Schäden durch Rabenvögel
(Nr. 61-ANF der Beilagen)
- 4.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwalt-schaft
 - 4.4.1 Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Planung und Vergaben Parkhaus Landeskrankenhaus; Bauetappe 1, Ambulanz-Kopf-Schwerpunkt

5. Aktuelle Stunde
„Umweltfreundliche Mobilität als Schlüssel zur erfolgreichen Klimapolitik“ (Die Grünen)
6. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
 - 6.1 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchel an Landesrat Mayr betreffend die Öffnung von Busspuren für Motorzweiräder
 - 6.2 Mündliche Anfrage der Zweiten Präsidentin Abg. Mosler-Törnström BSc an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Kosten für den Betrieb der Salzburg 20.16 GmbH
 - 6.3 Mündliche Anfrage der Abg. Essl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Vermögensauseinandersetzung mit der Republik Österreich
 - 6.4 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner an Landesrat DI Dr. Schwaiger zur Veröffentlichung der Einkommensberichte des Landes 2014 und 2015
 - 6.5 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend neues Raumordnungsgesetz
7. Dringliche Anfragen
 - 7.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Mayr bezüglich Wohnbauförderung (Nr. 34-ANF der Beilagen)
 - 7.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das neu geschürte Sicherheitspaket (Nr. 35-ANF der Beilagen)
8. Berichte und Anträge der Ausschüsse
 - 8.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung (Nr. 10 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
 - 8.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Verordnung, mit der die Salzburger Finanzgeschäfte-Verordnung geändert wird (Nr. 11 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
 - 8.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Personalvertretungsgesetz geändert wird (Nr. 12 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchel)
 - 8.4 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern und über den Salzburger Nationalparkfonds im Jahre 2015 (Nr. 13 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

- 8.5 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2015 (Nr. 14 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)
- 8.6 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Mag. Mete MA BA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Förderung von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien in Sportvereinen (Nr. 15 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 8.7 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs, Mag.^a Sieberth und Scheinast betreffend ein Gesamtkonzept zur Reduktion von Lebensmittelabfällen (Nr. 16 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 8.8 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung einer 80 km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung ausschließlich für Lastkraftfahrzeuge auf der Westautobahn zwischen Salzburg Nord und dem Knoten Salzburg (Nr. 17 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer)
- 8.9 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend P&R-Parkplatz-Erweiterung Bergheim (Nr. 18 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Klubobmann Naderer)
- 8.10 Bericht des Finanzausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA betreffend die Aufnahme der Förderung für Registrierkassen in das Wachstumsprogramm für Kleinbetriebe (Nr. 19 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 8.11 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Mikroplastik-Belastung in Salzburg (Nr. 20 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 8.12 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl betreffend gesetzliche Regulierung des Mietpreises (Nr. 21 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
- 8.13 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung eines gesetzlich geregelten SchülerInnenparlaments auf Landes- und Bundesebene (Nr. 22 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 8.14 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der DE-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals (Nr. 54 der Beilagen - Abg. Mag. Scharfetter)
- 8.15 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der AB-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals (Nr. 55 der Beilagen - Abg. Mag. Scharfetter)

- 8.16 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Asyl- und Flüchtlingssituation im Land Salzburg (Nr. 56 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Steiner BA MA)
- 8.17 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Heilig-Hofbauer betreffend eine Änderung des Gesetzes über die Förderung und den Schutz der Jugend im Land Salzburg 1998 (Salzburger Jugendgesetz) und des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Salzburger Landtages 1998 (Landtags-Geschäftsordnungsgesetz - GO-LT) zur Verankerung des Salzburger Jugendlandtages (Nr. 57 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Jöbstl)
9. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 9.1 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 183-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA und Landesrat Dr. Schellhorn - bezüglich der steigenden Zahl an Asylwerbern (Nr. 183-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 184-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend der Roadshow zum Landesmobilitätskonzept „salzburg.mobil 2025“ (Nr. 184-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.3 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 185 der Beilagen d.4.S.d.15.GP) bezüglich der Strukturdefizite des Universitätsklinikums für Innere Medizin I (Nr. 185-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.4 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 186-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) bezüglich der Dialysestation des LKH (Nr. 186-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.5 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 187-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - bezüglich der Unterbringung von Asylwerbern (Nr. 187-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.6 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 188-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Schutz von Frauen in Salzburger Asylquartieren (Nr. 188-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 189-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend die Barock-Ausstellung des Salzburg-Museums im Louvre in Paris (Nr. 189-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

- 9.8 Anfrage der Abg. Mag. Mete BA MA und Riezler-Kainzner an die Landesregierung (Nr. 191-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Maßnahmen zugunsten AsylwerberInnen und Asylberechtigten (Nr. 191-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.9 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 192-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Beteiligung der Salzburg AG am Kohlekraftwerk Lünen (D) (Nr. 192-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 193-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Einsparungen von Schulwarten und Hausmeistern in landeseigenen Schulen und Bildungseinrichtungen (Nr. 193-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.11 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 194-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2016 (Nr. 194-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.12 Anfrage der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 195-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Salzburg 20.16 GmbH (Nr. 195-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.13 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 196-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend finanzielle Unterstützung der Polizei durch das Land Salzburg (Nr. 196-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.14 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 197-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit und Verordnung mit der Krankenanstalten- und Großgeräteplan geändert werden (Nr. 197-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.15 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 198-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche (Nr. 198-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.16 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl und HR Dr. Schöchgl an Landesrat Mayr (Nr. 199-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend die künftige Nutzung des Parkplatzes des Grödiger Stadions (Nr. 199-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

- 9.17 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 200-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend schmale Bahnsteige (Nr. 200-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.18 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 201-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Güterverkehr (Nr. 201-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.19 Anfrage der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 202-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Freiwilliges Integrationsjahr (Nr. 202-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.20 Anfrage der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 203-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Maßnahmen zum grenzüberschreitenden Universitätszugang (Nr. 203-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.21 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 204-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Frauenpolitik (Nr. 204-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.22 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 205-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Frauenpolitik (Nr. 205-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.23 Anfrage der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 206-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Gastspielförderung im Bundesland Salzburg (Nr. 206-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.24 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 207-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Vorgänge im Seniorenheim St. Nikolaus in Neumarkt (Nr. 207-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.25 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 208-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Fluktuation des ärztlichen Personals in den SALK (Nr. 208-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.26 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 209-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend leistungsorientierte Krankenanstalten-Finanzierung (Nr. 209-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.27 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung (Nr. 210-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Abfragen des Landesschulrates an 99 Schulstandorten mit ganztägigen Schulformen (Nr. 210-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

- 9.28 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 211-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Stromversorgung auf Almhütten (Nr. 211-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.29 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 212-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend den Verein umwelt.service.salzburg (Nr. 212-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.30 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 213-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2016 (Nr. 213-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.31 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 214-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Kunstankäufe des Landes (Nr. 214-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.32 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 215-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Unterstützung des Landes Salzburg für eine fragwürdige Lobbying-Publikation aus der Türkei (Nr. 215-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.33 Anfrage der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 216-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Jubiläumsjahr „Salzburg 20.16“ (Nr. 216-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.34 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 217-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Frauenpolitik (Entsendung von Aufsichtsräten) (Nr. 217-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.35 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 218-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Leiterbestellungen an Pflichtschulen (Nr. 218-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.36 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 219-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend „Teamteaching-Stunden an der Neuen Mittelschule“ (Nr. 219 -BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.37 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 220-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Probleme mit Flüchtlingskindern an Schulen (Nr. 220 -BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

- 9.38 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 221-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend das „Gutachten der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft von Dr. Imo“ (Nr. 221-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.39 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 222-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Elektrifizierung (Nr. 222-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.40 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 223-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Korridorlinie (Nr. 223-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.41 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 224-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Details zu Park & Ride Plätzen (Nr. 224-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.42 Anfrage der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 225-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Investitionen für die Infrastruktur der Salzburger Lokalbahn (Nr. 225-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.43 Anfrage der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 226-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Elektrifizierung der Mattigtalbahn bis Friedburg (Nr. 226-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.44 Anfrage der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat Mayr (Nr. 227-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend den zumutbaren Wohnungsaufwand (Nr. 227-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.45 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr (Nr. 228-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend des Arbeitsübereinkommens der Landesregierung unter dem Punkt „Entwicklung eines 365-Euro-Tickets“ (Nr. 228-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.46 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 229-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Hegeschau und bleifreie Munition im Bundesland Salzburg (Nr. 229-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.47 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 230-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend die Pensionierung von Landesbediensteten (Nr. 230-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.48 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Ing. Sampl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 231-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Förderung der Volkskultur im Bundesland Salzburg (Nr. 231-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)
- 9.49 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 232-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Kinder in Mindestsicherungsfamilien (Nr. 232-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

- 9.50 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 1-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Bonuszahlungen in Betrieben mit Landesbeteiligung (Nr. 1-BEA der Beilagen)
- 9.51 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 2-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Nachmittagsbetreuung (Nr. 2-BEA der Beilagen)
- 9.52 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 3-ANF der Beilagen) betreffend Kriterien der leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierung (Nr. 3-BEA der Beilagen)
- 9.53 Dringliche Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 4-ANF der Beilagen) betreffend der Änderungen in der Wohnbauförderung (Nr. 4-BEA der Beilagen)
- 9.54 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 5-ANF der Beilagen) betreffend das verkehrstechnische Gutachten zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf der A1 West-Autobahn im Bereich der Stadt Salzburg (Nr. 5-BEA der Beilagen)
- 9.55 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 6-ANF der Beilagen) betreffend die Zukunft des Mittersillier Krankenhauses sowie des Tauernklinikums Pinzgau mit dem Projekt „Mittersill 2020“ (Nr. 6-BEA der Beilagen)
- 9.56 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 7-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2016 (Nr. 7-BEA der Beilagen)
- 9.57 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 8-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Vorgänge im Seniorenheim Uttendorf des Gemeindeverbandes Uttendorf/Niedersill (Nr. 8-BEA der Beilagen)
- 9.58 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 9-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Krankenhaushygiene (Nr. 9-BEA der Beilagen)
- 9.59 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 10-ANF der Beilagen) betreffend den Salzburger Flughafen (Nr. 10-BEA der Beilagen)

- 9.60 Anfrage der Abg. Essl und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 11-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Salzburger Patientenvertretung (Nr. 11-BEA der Beilagen)
10. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 10.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. November 2015 zur Petition betreffend „Weil wir Arbeitsplätze dringend brauchen“ (Nr. 23 der Beilagen)
- 10.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 8. Juni 2016 betreffend Suizidprävention für Kinder und Jugendliche im Bundesland Salzburg (Nr. 24 der Beilagen)
- 10.3 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. Dezember 2015 betreffend die Unterstützung von wirtschaftlichen Aktivitäten mit starkem Wertschöpfungsanteil in Salzburg (Nr. 25 der Beilagen)
- 10.4 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 7. Oktober 2015 betreffend flächendeckende Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker (Nr. 26 der Beilagen)
- 10.5 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 18. März 2015 betreffend Maßnahmen gegen radikale islamistische Entwicklungen (Nr. 27 der Beilagen)
- 10.6 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 6. Juli 2016 betreffend Familienfreundlichkeit im Salzburger Landtag (Nr. 28 der Beilagen)
- 10.7 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Februar 2016 betreffend Maßnahmen und weitere Vorgangsweise im Asyl- und Flüchtlingswesen (Nr. 29 der Beilagen)
- 10.8 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. März 2016 betreffend die Erhöhung des Schonvermögens (Nr. 30 der Beilagen)

.....

(Beginn der Sitzung: 09:05 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ein herzliches Willkommen zu unserer heutigen Plenarsitzung. Ganz herzlich begrüßen möchte ich die Schülerinnen und Schüler des BORG Oberndorf mit Frau Mag. Ingrid Schörkhuber-Schablas. Schön, dass Sie uns heute besuchen und einmal live quasi eine Landtags-sitzung miterleben und sich überhaupt für Landespolitik und politische Verfasstheit unseres Landes interessieren. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall)

Ich steige nunmehr ein in

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl ganztags, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA von 11:30 Uhr bis 14:00 Uhr sowie ab 18:00 Uhr, Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc ab 16:00 Uhr, Abgeordnete Riezler-Kainzner ab 14:00 Uhr, Abgeordneter Brand ganztags, Abgeordnete Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl ganztags sowie die Bundesräte OSR Saller, Mag.^a Kurz, Dr.ⁱⁿ Reiter und Dr. Schmittner ganztags, weil gleichzeitig eine Bundesratssitzung in Wien stattfindet und Herr Landesrat Dr. Schwaiger ab 18:20 Uhr.

Ich rufe auf

Punkt 2: Beschluss über den Beginn der 5. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Gemäß unserer Geschäftsordnung (§ 1 Abs. 2) haben wir den Beschluss über den Beginn jeder Session zu fassen. Ich gehe davon aus, dass es keinen Einwand gegen den Beginn und den Start der 5. Session der 15. Gesetzgebungsperiode gibt und stelle daher die Beschlussfassung fest. Danke.

Ich rufe auf

Punkt 2a: Landtagsklub, Änderungsanzeige

Ich darf mitteilen, dass mit Schreiben vom 27. Juli 2016 Klubobmann Dr. Karl Schnell mitgeteilt hat, dass die Bezeichnung des Landtagsklubs nunmehr „Landtagsklub der Freien Partei Salzburg (FPS), Liste Dr. Karl Schnell, und Kurzbezeichnung FPS-Landtagsklub“ lautet.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 3: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 8. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Das Protokoll ist allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. Einwände gegen das Protokoll sind in der Landtagsdirektion nicht eingelangt.

Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe! Danke. Keine Gegenstimmen. Ich stelle die einstimmige Genehmigung fest und wir fahren fort mit

Punkt 4: Einlauf

4.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Im Einlauf befinden sich zehn Vorlagen und drei Berichte der Landesregierung. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind diese Geschäftsstücke zugewiesen.

4.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über Maßnahmen der Gentechnik-Vorsorge (Gentechnik-Vorsorgegesetz) geändert wird
(Nr. 3 der Beilagen)

4.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung – 3. GruVe-ÄVE)
(Nr. 4 der Beilagen)

4.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art 48 L-VG betreffend eine Haftungsübernahme für Verbindlichkeiten der Land-Invest Salzburger Baulandsicherungsgesellschaft mbH
(Nr. 6 der Beilagen)

4.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Naturschutzgesetz 1999 geändert wird
(Nr. 7 der Beilagen)

4.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend die Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe
(Nr. 9 der Beilagen)

4.1.6 **Bericht** der Landesregierung über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) gemäß § 27 SAGES-Gesetz 2016 betreffend das Jahr 2015
(Nr. 5 der Beilagen)

4.1.7 **Bericht** der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht des Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds für das Jahr 2015
(Nr. 2 der Beilagen)

4.1.8 **Bericht** der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Salzburger Tourismusförderungsfonds im Jahr 2015
(Nr. 1 der Beilagen)

4.1.9 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Tanzschulgesetz aufgehoben und das Salzburger Veranstaltungsgesetz 1997 geändert wird
(Nr. 31 der Beilagen)

4.1.10 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der HI-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals *¹
(Nr. 32 der Beilagen)

4.1.11 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der FG-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals *²
(Nr. 33 der Beilagen)

4.1.12 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der DE-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 34 der Beilagen)

¹ **Hinweis:** Für die Vorlage der Landesregierung konnte nicht - obwohl in Aussicht genommen - zeitgerecht die Übersetzung des Vergleichstextes geliefert werden. Deshalb kam der Regierungsbeschluss für diese Vorlage nicht zustande und damit stellt diese keinen Verhandlungsgegenstand des Salzburger Landtages dar.

² **Hinweis:** Für die Vorlage der Landesregierung konnte nicht - obwohl in Aussicht genommen - zeitgerecht die Übersetzung des Vergleichstextes geliefert werden. Deshalb kam der Regierungsbeschluss für diese Vorlage nicht zustande und damit stellt diese keinen Verhandlungsgegenstand des Salzburger Landtages dar.

4.1.13 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der AB-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 35 der Beilagen)

4.2 **Anträge**

Im Einlauf befindet sich ein dringlicher Antrag der FPS betreffend die Auswirkungen der Steuerreform auf die heimischen Vereine und die Tourismus- und Freizeitwirtschaft.

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Jöbstl um Verlesung des dringlichen Antrages. In meinen Unterlagen ist ein falscher Antrag notiert gewesen. Vielmehr richtig ist, dass es einen dringlichen Antrag der FPS gibt, aber das Thema ist ein anderes. Das Thema ist

4.2.1 **Dringlicher Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Asyl- und Flüchtlingssituation im Land Salzburg

(Nr. 36 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Den ersuche ich jetzt die Schriftführerin zu verlesen. Danke.

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Verlesung. Zu Wort gemeldet hat sich für die Antragsteller Kollege Markus Steiner. Bitte! Du hast fünf Minuten.

Abg. Steiner BA MA: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Mit der Aussage der Salzburger Landesrätin, der Frau Mag.^a Berthold, „Schickt uns weitere Flüchtlinge nach Salzburg“ sind wir wohl am Höhepunkt einer völlig gescheiterten Willkommenskultur hier in Salzburg angelangt und vor allem an einer Grenze der Belastbarkeit, wie wir sie in Salzburg kennen. Wir wissen alle, wie es uns in den letzten, besonders im letzten Jahr ergangen ist. Wenn man hier beispielsweise, wie im letzten Ausschuss, Zahlen präsentiert bekommt im Budget, wo ein Mehrbedarf an über zwei Millionen Euro in der Grundversorgung geplant sind oder zwei Millionen Euro im Thema der Asylquartiere vorgeschlagen wird, und im Gegensatz aber dazu in der Gesundheit, im Tauernklinikum um 1,1 Mio. Euro eingespart wird oder auch im Krankenhaus Hallein über eine Million eingespart wird, dann, sehr geehrte Damen und Herren, der Landesregierung, kann ich Ihnen nur sagen, dass wir hier völlig auf dem Holzweg sind.

Die Dringlichkeit unseres Antrages begründet sich alleine aus dieser Aussage. Wir wissen ja auch von diesen Reisen, die hier stattgefunden haben, besonders in Richtung des Bundes, und ich glaube, dass es notwendig ist, die Augen davor nicht zu verschließen.

Eines möchte ich aber anmerken an dieser Stelle, denn es ist für uns ein wesentlicher Standpunkt. In Zeiten wie diesen, wo die eigene Bevölkerung vor schier unglaublichen Problemen steht, ob es nun die Arbeitslosigkeit ist oder mit leistbarem Wohnen oder endlich einmal ein Einkommen zum Auskommen zu bekommen, da muss man wirklich Zweifel daran hegen, dass man dann auf so eine Idee kommt und hier zusätzlich noch weitere Budgetmittel für Asylwerber hier zur Verfügung stellt.

Eines ist klar, wir haben es gehört, die Frau Kollegin Jöbstl hat es verlesen, es sind freie Plätze vorhanden und eines muss man hier ganz klar titulieren. Dieser Umgang, der hier gelebt wird mit dem Steuergeld der Salzburgerinnen und Salzburger, der ist für uns nicht hinzunehmen, denn das Steuergeld der Salzburgerinnen und Salzburger würden wir woanders mit Sicherheit notwendiger brauchen.

Eines hat es aber ganz deutlich gezeigt. Wir haben auch nichts gehört von Absprachen in der Regierung und da muss man ganz offen eines sagen. Wenn es etwas gibt, was hier gelernt wurde von Seiten der Grünen, dann ist es die Bauchflecke zu machen in dieser Regierung, hier mit Sicherheit ein weiterer Bauchfleck im Thema der Asylpolitik. Wenn man Ihnen eines sagen darf, wenn man das kurz zusammenfassen darf, eine Landesregierung, die in wichtigen Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit spart und in Themen wie Asyl hier mit dem Steuergeld so umgeht, da ist ganz klar festzuhalten, spätestens bei der nächsten Wahl werden die Wählerinnen und Wähler hier ein Machtwort sprechen. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich für die ÖVP Frau Klubobfrau Daniela Gutschi. Bitte!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Bänken und zu Hause!

Danke für diesen dringlichen Antrag der FPS. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, und zwar aus dem Grund, weil wir der Meinung sind oder weil ich auch ganz konkret der Meinung bin, dass man nicht oft genug über die Thematik der Integration und Versorgung von Flüchtlingen sprechen kann in diesem Haus und weil das natürlich die große Herausforderung des letzten Jahres und auch der Zukunft sein wird. Also so gesehen der Dringlichkeit stimmen wir gerne zu.

Allerdings, lieber Markus Steiner, teile ich Deine Ansicht nicht, dass wir jetzt am Höhepunkt der Flüchtlingswelle angekommen sind, den haben wir im letzten Jahr bewältigt und das hat die Landesregierung gemeinsam bewältigt. Ein herzliches Dankeschön auch noch einmal von dieser Stelle an alle Verantwortlichen in der Landesregierung, aber auch an alle Menschen, die freiwillig mitgeholfen haben, die in den verschiedenen Organisationen tätig waren, nur so ist es gelungen, dass wirklich vielen durchreisenden Flüchtlinge im letzten Jahr gut versorgen konnten, menschenwürdig auch, weiterreisen lassen konnten nach

Deutschland oder eben auch diejenigen, die sich entschieden haben, in Österreich zu bleiben und in Salzburg zu bleiben, entsprechend unterzubringen. Da möchte ich mich auch ganz explizit bei der Frau Landesrätin Berthold dafür bedanken, dass sie hier wirklich dahinter war und in vielen Gesprächen mit den Verantwortlichen in den Gemeinden, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern geschaut hat, wo können diese Personen untergebracht werden. Allein das ist wohl auch der Grund, warum man vielleicht den einen oder anderen Vertrag auch zum Teil zu langfristig abgeschlossen hat und ich glaube das ist einer der Kritikpunkte der FPS, dass man bei den Quartieren so langfristige Verträge abgeschlossen hat, dass wir jetzt Leerstände haben.

Ein zweiter Punkt, der dem widerspricht, dass wir jetzt auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsströme sind, ist ja wohl auch die Obergrenze, die eingezogen wurde mit 37.500 Flüchtlingen in diesem Jahr, und da auch noch einmal mein spezieller Dank an Landeshauptmann Wilfried Haslauer, der das in die Hand genommen hat, als er Vorsitzender der Landeshauptmannkonferenz war. Denn nur so ist es auch gelungen, dass wir uns ein bisschen Luft verschaffen und jetzt schauen, dass wir entsprechend gut weiterarbeiten können in diesem Bereich.

Eines, da gebe ich Euch Recht, muss man schon sagen. Wenn die Bundesregierung verlangt, dass wir Quartiere vorhalten für zukünftige Flüchtlingsströme, dann ist es auch legitim, vom Bund entsprechend einzufordern, dass die finanzielle Leistung mitgetragen wird. Das ist schon ganz wesentlich. Ich denke es ist auch jetzt in dieser neuen Situation zu überdenken, wie die Verteilung der Quoten der Flüchtlinge zwischen den Bundesländern zu treffen ist. Da sind meines Wissens ja auch schon erste Gespräche gestartet worden, da hat die Landesrätin bereits auch deponiert, dass wir hier eine neue Quotenaufteilung brauchen, und das ist ganz, ganz wesentlich. Also diese Vorhalteplätze, wie vom Bund gefordert, müssen auch vom Bund bezahlt werden.

Jetzt müssen wir unser Augenmerk ganz wesentlich auf die Integration der Menschen, der Asylberechtigten setzen, die im Land bleiben wollen, und hier müssen wir auch entsprechende Budgetmittel vorhalten. Es passiert schon sehr viel. Es gibt verschiedene Sprachfördermodelle. Es gibt auch die Modelle, dass die Asylberechtigten in unsere Gesellschaft entsprechend integriert werden. Es gibt auch den Integrationsvertrag, der immer ganz groß als das Vorarlberger Modell kommuniziert wird in Österreich. Ich möchte darauf verweisen und daran erinnern, dass wir in Salzburg hier federführend auch unterwegs waren und dass wir hier gemeinsam in diesem Haus beschlossen haben, dass wir sehr wohl auch Forderungen an die Menschen stellen, die im Land bleiben wollen, nämlich dass sie sich an unsere Kultur anpassen, dass sie entsprechende Kurse machen, dass sie auch bereit sind, eben die Sprache zu erlernen und dass wir es nicht dulden, dass jemand sich hier einfach nur breit macht, ohne auch seinen Beitragen zu leisten in unsere Gesellschaft. Also hier ist sehr viel passiert und ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind.

Wie gesagt die Integration: hier müssen wir unseren Blick darauf setzen und darauf werfen und die Flüchtlinge, die weiterhin in unser Land kommen, sind ja jetzt so abschätzbar auf-

grund dieser Obergrenze, dass wir tatsächlich auch eine gute Planbarkeit uns erwarten können und davon gehe ich aus, dass das auch passieren wird. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich für die SPÖ Tarik Mete.

Abg. Mag. Mete BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste auf der Zuhörerbank!

Auch ich war erstaunt als ich in den Medien gelesen habe, dass Martina Berthold, Landesrätin Berthold, mehr Flüchtlinge für Salzburg gefordert hat. Ähnlich wie Markus Steiner sehe ich es so, dass wir wirklich ein schwieriges Jahr hinter uns gebracht haben und vor großen Herausforderungen gestanden sind. Aber ich sehe es nicht ganz so brisant wie Markus Steiner, da sich die Situation mittlerweile etwas entspannt hat. Es macht auch jetzt keinen Sinn, die Situation schlechter zu reden als sie ist.

Ebenso unverständlich war es für mich, dass man gerade an einem Hotspot wie dem Salzburger Hauptbahnhof ein zusätzliches Quartier schaffen wollte, insbesondere im Anbetracht der Tatsache, dass über 400 Quartiersplätze frei stehen. Wieso sollte man an einem Hotspot, wo es ständig Probleme gibt, wo verschiedenste Problemkonstellationen vorherrschen, dass man an diesem Standort nochmal Flüchtlinge einquartiert.

Ich war auch bei einer Bürgerinnenveranstaltung in diesem Stadtteil, wo es um dieses Flüchtlingsquartier gegangen ist, und ich habe es auch äußerst schade gefunden, dass es nicht für nötig erachtet worden ist, sich mit diesen Menschen sozusagen im Vorfeld bereits zu unterhalten und diese Menschen mit vollendeten Tatsachen zu konfrontieren.

Ich glaube, dass wir in der Asylfrage grundsätzlich weder mit Sozialromantik noch mit Angstmacherei oder Hetze zu einem guten Ergebnis kommen. Was wir brauchen, ist eine menschliche Politik, eine menschliche Politik, die aber gleichzeitig den Sinn für die Realität und die tatsächlichen Gegebenheiten nicht außer Acht lässt. Grundsätzlich müssen wir auch unter diesem Blickwinkel die in diesem dringlichen Antrag festgehaltenen Punkte diskutieren und im Rahmen des Ausschusses wird es sicher die Gelegenheit dazu geben, die einzelnen Punkte im Detail zu erörtern.

Abschließend stimmen wir der Dringlichkeit dieses Antrages zu und freuen uns auf eine intensive Diskussion, weil die Asylfrage wird uns weiterhin begleiten in unserem politischen Wirken und das Thema Integration. Da möchte ich noch etwas Grundsätzliches festhalten. Es ist natürlich schwierig, mit so viel unterschiedlichen Kulturen, unterschiedlichen Identitäten, unterschiedlichen Wertvorstellungen zurechtzukommen. Aber man darf nicht außer Acht lassen, dass jeder einzelne, der zu uns kommt und Hilfe sucht, ein Mensch ist, ein Individuum ist und nicht eine Quartierzahl, nicht eine Nummer und wir müssen diese Gren-

ze zwischen Realitätssinn und Menschlichkeit, glaube ich, wahrnehmen. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten und Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich für die Grünen Barbara Sieberth. Bitte!

Abg. Mag.^a Sieberth: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe alle, die hier zuhören vor Ort, aber auch live im Internet!

Ich möchte mich gleich in die Inhalte dieses vorliegenden dringlichen Antrages stürzen. Die FPS fordert, dass wir die Quote bei der Aufnahme von Flüchtlingen einhalten und nicht mehr fordern. Da denke ich mir, na ja dann passt ja eh alles, weil genau dieses Ziel verfolgt auch die Landesregierung. Niemand hat jemals mehr als die Quote verlangt. Ich weiß nicht woher Ihr das habt. Das ist ein bisschen eine faktenbefreite Forderung. ...

(Zwischenruf Mag. Mete BA MA: Die Stadt erfüllt die Quote, Frau Kollegin!)

... Um was geht es eigentlich? Es ist eigentlich ganz einfach. Es geht um Planungssicherheit. Es ist einfachstes Managementprinzip, dass man sagt was ist mein Ziel und wie komme ich dorthin.

Als Mitglied der Landesregierung ist Martina Berthold verpflichtet, eine 15a-Vereinbarung einzuhalten und die besagt nun mal, dass es eine Quote gibt für alle in Österreich zugelassenen sozusagen für das Asylverfahren zugelassenen Flüchtlinge. Diese Quote orientiert sich auch nach dem Bevölkerungsschlüssel, ist ein einigermaßen faires Instrument und es ist tatsächlich schwierig, wenn sich die Landesrätin sozusagen an diese Quote halten will und Quartiere organisiert und die dann aber mangels Belegung durch den Bund leer stehen. Das ist tatsächlich schwierig. Eine vorausschauende Planung braucht verlässliche Zahlen, auch von Bundeseite, damit wir dann in Salzburg damit verlässlich auch umgehen können. Fordert übrigens auch die Flüchtlingsreferentinnenkonferenz gerade unlängst, eine Forderung an das Innenministerium, hier konkretere Pläne vorzulegen, dass die Länder entsprechend vorsorgen kommen und eben nicht dann leer stehende Quartiere haben.

Es steht auch jetzt schon ganz klar im Raum, und das ist auch nichts Neues, Quartiere abzubauen oder zu überlegen, wie wir sie anderweitig für Wohnversorgung brauchen, weil die brauchen wir tatsächlich sehr. Viele Asylwerber sind mittlerweile anerkannt und brauchen auch Wohnraum. Obdachlosigkeit, glaube ich, kann kein Ziel sein.

Nächstes Thema die Verträge mit den Quartieren. Da habe ich den Eindruck Ihr glaubt's, dass die Landesrätin und ihre ganze Verwaltung total auf der Nudelsuppe daher geschwommen kommt. Auch hier Planungssicherheit. Das braucht die Landesrätin. Planungssicherheit brauchen aber auch die Partnerinnen, die in einer durchaus fordernden Phase mitgeholfen haben beim Ausbau der Quartiersplätze. Natürlich gab es da auch längerfristige Verträge und ich weiß nicht wie es Euch geht und welche Verträge Ihr abschließt, aber

ich glaube die wenigsten werden auf der Stelle kündbar sein, nehme ich an. Natürlich schaut das Referat auch da nicht tatenlos zu, wie Quartiere leer stehen. Es wird natürlich geprüft wo ist ein Ausstieg möglich, wo lässt ein Vertrag alternative Nutzungen zu und das Stichwort ist auch da wieder Übergangswohnungen für verschiedene Gruppen. Auch hier wird einigermaßen professionell gearbeitet.

Wenn ich eines diesem Antrag abgewinnen kann, ist, dass wir uns im Ausschuss genau diese Fakten anschauen können. Es wird vom Referat auch jemand da sein, da können wir uns dann anschauen, was denn die Pläne mit diesen einzelnen Quartieren sind. Ich finde Fakten in dem Bereich schon wichtig. Ich bin mir nicht sicher, ob Ihr sie hören wollt's oder sie ernst nehmen wollt's, weil ich weiß faktenbefreit ist viel lustiger, ist auch einfacher, man erspart sich viel Zeit in der Recherche, viel Zeit beim Nachdenken, aber unser Stil ist es nicht und zu den straffällig gewordenen Asylwerbern, das ist auch noch ein Thema, kann ich nur sagen, da gibt es tatsächlich die entsprechenden Gesetze, die können wir uns auch im Ausschuss genauer anschauen. Deren Durchführung steht für mich außer Frage. Sie benötigen eben aber auch entsprechende Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern. Die fehlen und da ist sozusagen tatsächlich ein Problem.

Also ja wir brauchen Planungssicherheit, wir wollen verantwortungsbewusst managen, menschlich managen. Das passt durchaus zusammen und faktenbefreite Politik entspricht nicht unserer Arbeitsweise.

Was ich auch noch wahrnehme, und das in Bezug auf Willkommenspolitik oder Willkommenskultur. Wir haben sehr viele Salzburger und Salzburgerinnen im Rücken, die sehr intensiv auch jetzt noch arbeiten, jetzt sozusagen für die Integration von Flüchtlingen. Das heißt da gibt es ganz viele, die mit Herz in der Hand arbeiten und dafür sage ich auch danke von dieser Stelle. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Weitere Wortmeldungen? Bitte Kollege Naderer!

Klubobmann Abg. Naderer: Zur Geschäftsordnung, Frau Präsidentin!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zur Geschäftsordnung!

Klubobmann Abg. Naderer: Gemäß § 32 (5) der Geschäftsordnung des Salzburger Landtages trete ich mein Rederecht an die freiheitliche Abgeordnete Marlies Steiner-Wieser ab.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Bitte, Kollegin Steiner-Wieser, Du hast das Wort.

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Bittgang nach Wien und die Forderung nach noch mehr Asylanten ist gegenüber jedem Salzburger ein Affront. Es zeigt die Verantwortungslosigkeit der zuständigen Landesrätin und ist ein Sinnbild verfehlter grüner Politik in der Landesregierung. Hinten und vorne fehlt das Geld und es haben sicherlich alle mitbekommen, was der Fiskalrat in einer Langzeitstudie berichtet hat. Die Flüchtlinge gefährden unseren Wohlstand. Das sagen nicht wir Freiheitlichen, das sagt nicht die FPÖ alleine, das ist eine Studie des Fiskalrates, Flüchtlinge gefährden unseren Wohlstand.

Bis zum Jahr 2060 kostet uns jeder Flüchtling, der 2015 in das Land gekommen ist, € 277.000,--. Gesamt sind das ca. 23 Mrd. Euro und bis zu zehn Jahre dauert es, bis man Asylanten überhaupt einmal ordentlich in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Das ist nur eine Schätzung der Jetztsituation. Nicht eingerechnet sind dabei die Flüchtlinge, die 2016 ins Land kommen, 2017 ins Land kommen, welche die von Deutschland rückgeschickt werden, die scheinen in der Statistik noch gar nicht auf, und von Familienzusammenführung rede ich da jetzt noch gar nicht. Die wirklichen Zahlen wird man wahrscheinlich der Bevölkerung gar nicht mehr vorlegen können.

Was die im Antrag angesprochenen Mietverträge betrifft, ist festzuhalten, dass leer stehende Objekte endlich einmal vielleicht für Salzburger verwendet werden sollten. Oder wie erklären Sie, Frau Landesrätin Berthold, einer vierköpfigen Familie, die vielleicht im Monat mit € 1.500,-- oder noch weniger auskommen muss, mit diesem Geld aber Miete, Auto, Strom, Versicherung, Kleidung, Essen zahlen muss und Sie im Gegenzug ein leer stehendes Objekt in Abtenau stehen lassen und dafür noch monatlich € 25.000,-- bezahlen. Auch das ist ein Affront den Salzburgern gegenüber. In der Privatwirtschaft würde man so ein Verhalten nicht akzeptieren, aber geht es um Steuergeld, damit geht man großzügig um. Ganz nach dem Motto „Darf es ein bisschen mehr sein“.

Zum Punkt straffällig gewordene Asylwerber und Asylberechtigte braucht man nur einmal einen Blick in unser Nachbarland Schweiz werfen. Dort geht es, dass man vielleicht straffällige Asylwerber und Asylanten abschiebt. Bei uns nicht. Bei uns hört man immer nur ja das geht nicht. Aber anscheinend ist es Usus geworden, dass unsere Regierung immer nur von dem redet was nicht geht, statt von dem redet was gehen sollte, nämlich zum Schutz und im Interesse der Bürger in diesem Land.

In Österreich und in Salzburg ist dringend ein Kurswechsel angesagt, damit nicht der hart erarbeitete Wohlstand in diesem Land gefährdet ist, hart erarbeiteter Wohlstand von unseren Eltern, Großeltern, den es zu erhalten gibt. Die FPÖ wird auf jeden Fall der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen und ich hoffe, dass er auch im Ausschuss durchgehen wird. Dankeschön. (Beifall Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Letzte Wortmeldung steht der FPS zu. Klubobmann Karl Schnell bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Frau Präsidentin! Hohe Landesregierung! Meine jungen Damen auf den Zuhörerbanken! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Manchmal glaubt man schon, sich im falschen Film zu befinden. Während einige hier davon reden und noch immer den Schwärmereien nachfolgen, die uns in große Probleme geführt haben, gehen genau ihre höchsten Vertreter ihrer politischen Parteien her und reden von einem Sicherheitspaket, von Änderung der Bundesverfassung mit genau diesen Argumenten, die wir seit Jahren und seit Monaten in diesem Haus führen. Bitte keinen Abbau der Polizei. Bitte nicht das Bundesheer aushungern. Und was macht die Frau Landesrätin Berthold? Schickt uns bitte noch mehr Flüchtlinge. Bitte das Bundesministerium für Inneres schreibt hier: Die Gefährdung des sozialen Friedens durch die Massenmigration. Genau vor dem, vor dem wir gewarnt haben, nicht den Rechtsstaat außer Kraft zu setzen, nicht jeden und alles hereinzulassen ohne Prüfung, hat uns in diese Situation gebracht. In eine Situation, wo derzeit die Bundesregierung, die Ministerien überlegen, die Verfassung zu ändern, praktisch auszuheben, ohne, und da wird es heute eine dringliche Anfrage geben, auch nachzufragen wo wird hier kontrolliert, wo bleibt hier der Nationalrat und der Landtag, eine neue Aufgabenstellung auch für das Bundesheer im Zivilbereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da gibt es immer noch politische Geisterfahrer, die schon längst auf der falschen Spur sind, obwohl ihnen schon zehn Autos entgegengekommen sind aus der falschen Richtung, noch nicht nachdenken, ob sie nicht umdenken müssen. Sie bleiben hier inzwischen längst schon alleine, auch wenn Sie als Vertreter der Parteien versuchen, das schön zu reden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einem haben Sie Recht. Die Flüchtlingsthematik ist noch längst nicht am Ende. Ich habe hier vor Jahren schon darauf hingewiesen, wenn es uns nicht gelingt, am afrikanischen Kontinent endlich etwas zu unternehmen, dort Hilfestellungen zu leisten damit nicht die Flüchtlingsströme einsetzen. Experten, nicht ich, Experten sagen, dass hier zig Millionen in Bewegung sind. Wissen Sie was das heißt? Was werden dann unsere Verantwortlichen, Regierungsverantwortlichen tun? Wieder jeden hereinlassen? Dass in Puch-Urstein ich glaube an die sechs IS-Terroristen sitzen oder gesessen sind, wo wir darauf hingewiesen haben bitte ohne Kontrolle wissen wir nicht wer kommt herein, das negieren sie alles. Was ist, wenn hier genau sie, ihre höchsten Vertreter der Politik damit argumentieren, dass wir steigende Gefahren haben, hybride Bedrohungen, Terrorismus, Gefährdung des sozialen Friedens. Das sind genau diese Dinge, vor denen wir gewarnt haben als es noch früh genug gewesen wäre, hier in der politischen Verantwortung zu handeln im Sinne der Bevölkerung, gehen Sie noch immer her und verleugnen die Tatsachen.

Haben Sie geredet mit Ihren höchsten Vertretern Ihrer politischen Parteien? Wir werden heute vielleicht etwas hören vom Herrn Landeshauptmann. Übrigens hier gilt wirklich mein Dank. Er war wirklich einer der Einzigen und Ersten, der hier die Bremse gezogen hat, die

Notbremse und darauf hingewiesen hat und gesagt hat bitte Freunde so kann es nicht weitergehen. Aber was Sie teilweise trotzdem noch einfach, um der Frau Berthold hier den Rücken zu stärken, von sich geben, das tut weh, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist wirklich politische Geisterfahrrertätigkeit. Das ist politische Verleugnung der Tatsachen. Dankeschön. (Beifall der FPS-Abgeordneten und Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit ist die Rednerliste abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der FPS einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 18 Anträge. Der ÖVP-Grüne-Antrag betreffend die gesetzliche Verankerung des Salzburger Jugendlandtages enthält einen Gesetzestext. Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, dass von einer Verlesung des Antrages Abstand genommen wird. Danke. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Keine Gegenstimme. Damit sind die Anträge zugewiesen.

4.2.2 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Heilig-Hofbauer betreffend eine Änderung des Gesetzes über die Förderung und den Schutz der Jugend im Land Salzburg 1998 (Salzburger Jugendgesetz) und des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Salzburger Landtages 1998 (Landtags-Geschäftsordnungsgesetz - GO-LT) zur Verankerung des Salzburger Jugendlandtages
(Nr. 37 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

4.2.3 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend eine Flexibilisierung der Arbeitszeit
(Nr. 38 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

4.2.4 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchel und Mag. Scharfetter betreffend eine finanzielle Unterstützung beim Kauf von E-Rollern und E-Motorrädern
(Nr. 39 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchel)

4.2.5 Antrag der Abg. Mag. Mayer und Ing. Schnitzhofer betreffend die Teilung von Fischereirechten
(Nr. 40 der Beilagen - Berichterstatter: Mag. Mayer)

4.2.6 Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und des Klubvorsitzenden Steidl betreffend Bescheide in leichter Sprache
(Nr. 41 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

4.2.7 Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Einrichtung eines Vollzeit-Studiengangs „Soziale Arbeit“ an der FH Salzburg
(Nr. 42 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

4.2.8 **Antrag** der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner betreffend den Ausbau von E-Tankstellen im Bundesland Salzburg

(Nr. 43 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

4.2.9 **Antrag** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und DIⁱⁿ Lindner betreffend Multifunktionsparks im Bundesland Salzburg

(Nr. 44 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

4.2.10 **Antrag** der Abg. Heilig-Hofbauer und DIⁱⁿ Lindner betreffend Busterminal Lastenstraße

(Nr. 45 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer)

4.2.11 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend das Landesmobilitätskonzept

(Nr. 46 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

4.2.12 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Tourismusabgabe im Land Salzburg

(Nr. 47 der Beilagen- Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

4.2.13 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Erhöhung des Schonvermögens auf € 10.000,--

(Nr. 48 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

4.2.14 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die Entflechtung des Salzburger Verkehrsschilderwaldes und verkehrsfremder Information an Landes- und Gemeindestraßen

(Nr. 49 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Naderer)

4.2.15 **Antrag** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

(Nr. 50 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

4.2.16 **Antrag** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Verbot von betäubungslosem Schlachten

(Nr. 51 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

4.2.17 **Antrag** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend zusätzliche Schutzausrüstung für Polizisten

(Nr. 52 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

4.2.18 **Antrag** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Beibehaltung der Beurteilung der Leistung der Schüler nach Noten (Beurteilungsstufen)

(Nr. 53 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

4.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt 61 **schriftliche Anfragen** eingegangen.

4.3.1 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Bonuszahlungen in Betrieben mit Landesbeteiligung
(Nr. 1-ANF der Beilagen)

4.3.2 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Nachmittagsbetreuung
(Nr. 2-ANF der Beilagen)

4.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Kriterien der leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierung
(Nr. 3-ANF der Beilagen)

4.3.4 **Dringliche Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend der Änderungen in der Wohnbauförderung
(Nr. 4-ANF der Beilagen)

4.3.5 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend das verkehrstechnische Gutachten zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf der A1 West-Autobahn im Bereich der Stadt Salzburg
(Nr. 5-ANF der Beilagen)

4.3.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Zukunft des Mittersillier Krankenhauses sowie des Tauernklinikums Pinzgau mit dem Projekt „Mittersill 2020“
(Nr. 6-ANF der Beilagen)

4.3.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2016
(Nr. 7-ANF der Beilagen)

4.3.8 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Vorgänge im Seniorenheim Uttendorf des Gemeindeverbandes Uttendorf/Niedersill
(Nr. 8-ANF der Beilagen)

4.3.9 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Krankenhaushygiene
(Nr. 9-ANF der Beilagen)

- 4.3.10 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend den Salzburger Flughafen
(Nr. 10-ANF der Beilagen)
- 4.3.11 **Anfrage** der Abg. Essl und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Salzburger Patientenvertretung
(Nr. 11-ANF der Beilagen)
- 4.3.12 **Anfrage** der Abg. Essl und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Verwendung des Lands-Logos auf externen Papieren
(Nr. 12-ANF der Beilagen)
- 4.3.13 **Anfrage** der Abg. Essl und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend das Asylquartier in der Elisabethstraße
(Nr. 13-ANF der Beilagen)
- 4.3.14 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Tauernklinikum
(Nr.14-ANF der Beilagen)
- 4.3.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend der Personal-Fluktuation in den Regierungsbüros der Salzburger Landesregierung
(Nr. 15-ANF der Beilagen)
- 4.3.16 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend Wunschkennzeichen an Fahrzeugen der öffentlichen Hand in Salzburg
(Nr. 16-ANF der Beilagen)
- 4.3.17 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend Förderung von NGOs
(Nr. 17-ANF der Beilagen)
- 4.3.18 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Syrischer Lieder in Salzburger Volksschulen
(Nr. 18-ANF der Beilagen)
- 4.3.19 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl bezüglich der Dialysestation des LKH
(Nr. 19-ANF der Beilagen)
- 4.3.20 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrat Mayr betreffend die Baustelle Wolfgangsee-Straße B 158 im Bereich Koppl-Kühberg (Km 2,50 bis 3,40)

(Nr. 20- ANF der Beilagen)

4.3.21 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrat Mayr betreffend EU-Förderungen für die Salzburger U-Bahn
(Nr. 21-ANF der Beilagen)

4.3.22 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend die Kilometergeldabrechnungen der Landtagsabgeordneten
(Nr. 22-ANF der Beilagen)

4.3.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Energieberatung Salzburg und den Verein umwelt.service.salzburg
(Nr. 23-ANF der Beilagen)

4.3.24 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend das Personal in Regierungsbüros
(Nr. 24-ANF der Beilagen)

4.3.25 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2016
(Nr. 25-ANF der Beilagen)

4.3.26 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Flüchtlingsquartiere im Land Salzburg
(Nr. 26-ANF der Beilagen)

4.3.27 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Sozialausgaben und der Verschuldungssituation der Gemeinden im Land Salzburg
(Nr. 27-ANF der Beilagen)

4.3.28 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr betreffend die behördliche Sanktionierung von Werbungen für das Designer Outlet Himmreich und den Europark im gesetzlichen Werbeverbot innerhalb von 100 m an Autobahnen
(Nr. 28-ANF der Beilagen)

4.3.29 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Quartiere
(Nr. 29-ANF der Beilagen)

4.3.30 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Bergbahnen
(Nr. 30-ANF der Beilagen)

4.3.31 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend die Drogenproblematik in Salzburg.
(Nr. 31-ANF der Beilagen)

4.3.32 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Eingliederung des KH Hallein in die SALK
(Nr. 32-ANF der Beilagen)

4.3.33 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl betreffend die Umstellung von Mineralwasserflaschen auf Leitungswasser in den SALK
(Nr. 33-ANF der Beilagen)

4.3.34 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Mayr bezüglich Wohnbauförderung
(Nr. 34-ANF der Beilagen)

4.3.35 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das neu geschürte Sicherheitspaket
(Nr. 35-ANF der Beilagen)

4.3.36 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschl an die Landesregierung betreffend Europäischer Sozialfonds
(Nr. 36-ANF der Beilagen)

4.3.37 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc an die Landesregierung betreffend die personelle Situation der Polizei im Bundesland Salzburg
(Nr. 37-ANF der Beilagen)

4.3.38 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend die Entwicklung des Gütertransportes auf der Lokalbahn
(Nr. 38-ANF der Beilagen)

4.3.39 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Beteiligung der Salzburg AG am Kohlekraftwerk Lünen (D)
(Nr. 39-ANF der Beilagen)

4.3.40 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2016
(Nr. 40-ANF der Beilagen)

4.3.41 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Integration im Land Salzburg
(Nr. 41-ANF der Beilagen)

4.3.42 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Aufarbeitung des Salzburger Finanzskandals
(Nr. 42-ANF der Beilagen)

4.3.43 **Anfrage** der Abg. Heilig-Hofbauer und Scheinast an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Vergnügungssteuern
(Nr. 43-ANF der Beilagen)

4.3.44 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend muslimische Bevölkerung in Salzburg
(Nr. 44-ANF der Beilagen)

4.3.45 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache
(Nr. 45-ANF der Beilagen)

4.3.46 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Neuhofer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Teilnahme Salzburgs an LIFE+Programmen der Europäischen Union
(Nr. 46-ANF der Beilagen)

4.3.47 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Heilig-Hofbauer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend den Fairnesskatalog
(Nr. 47-ANF der Beilagen)

4.3.48 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Erdwärme aus Bayern
(Nr. 48-ANF der Beilagen)

4.3.49 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Heilig-Hofbauer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Qualitätsmanagementsysteme in den Beteiligungen des Landes
(Nr. 49-ANF der Beilagen)

4.3.50 **Anfrage** der Abg. Heilig-Hofbauer und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Haftungen des Landes beim Ausbau der Mönchsberggarage
(Nr. 50-ANF der Beilagen)

4.3.51 **Anfrage** der Abg. Jöbstl und Obermoser an Landesrat Mayr betreffend Verkehrssicherheit vor Schulen in Zell am See
(Nr. 51-ANF der Beilagen)

4.3.52 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landesrat Mayr betreffend Bahnhof Steindorf bei Straßwalchen
(Nr. 52-ANF der Beilagen)

4.3.53 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Heilig-Hofbauer an Landesrat Mayr betreffend „Autonome“ Busse in Salzburg
(Nr. 53-ANF der Beilagen)

4.3.54 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend Kapazitätsengpässe auf der Salzburger Lokalbahn
(Nr. 54-ANF der Beilagen)

4.3.55 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend Fahrgastinformation an Regionalbushaltestellen
(Nr. 55-ANF der Beilagen)

4.3.56 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrat Mayr betreffend ausländische Temposünder
(Nr. 56-ANF der Beilagen)

4.3.57 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrat Mayr betreffend Straßensanierung
(Nr. 57-ANF der Beilagen)

4.3.58 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Novellierung des Salzburger Kinderbetreuungsgesetzes 2007
(Nr. 58-ANF der Beilagen)

4.3.59 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Öffnungszeiten der Kindergärten
(Nr. 59-ANF der Beilagen)

4.3.60 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Wilderei im Bundesland Salzburg
(Nr. 60-ANF der Beilagen)

4.3.61 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Schäden durch Rabenvögel
(Nr. 61-ANF der Beilagen)

4.4 **Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

Der Landesrechnungshof hat den Bericht betreffend Planung und Vergaben Parkhaus Landeskrankenhausbauetappe 1, Ambulanz-Kopf- Schwerpunkt, übermittelt.

4.4.1 **Bericht** des Landesrechnungshofes betreffend Planung und Vergaben Parkhaus Landeskrankenhaus; Bauetappe 1, Ambulanz-Kopf-Schwerpunkt

Außerdem habe ich dem Petitionsausschuss die **Petition gegen die Schließung der neuen Mittelschule Wals-Viehhausen** direkt zugewiesen.

Damit haben wir den Einlauf abgeschlossen und ich rufe nunmehr auf

Punkt 5: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der Grünen „Umweltfreundliche Mobilität als Schlüssel zur erfolgreichen Klimapolitik“ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde vereinbart, dass nach einem Redner oder Rednerin der Grünen Landesrat Mayr zu Wort kommt. Dann wird in der Reihenfolge ÖVP - SPÖ - FPS und Team Stronach Salzburg mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten aufgerufen. Eine zweite Runde wird nach der Stärke der Fraktionen aufgerufen werden. Die Inanspruchnahme von Redezeit von Regierungsmitgliedern wird den jeweiligen Parteien zugerechnet und wie üblich ersuche ich um Zeitdisziplin beim Reden damit wirklich alle Fraktionen zweimal die Möglichkeit haben, ans Wort zu kommen. Ich werde auch wieder nach vier Minuten anläuten und dann pünktlich abläuten.

Ich erteile nunmehr das Wort Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler für die Grünen. Fünf Minuten. Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Hoher Landtag! Geschätzte Kollegin der Landesregierung! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren und Schülerinnen und Schüler aus Oberndorf und Besucher der heutigen Sitzung!

Das Thema „Umweltfreundliche Mobilität als Schlüssel für eine erfolgreiche Klimapolitik“. Ich beginne mit der guten Nachricht. Seit gestern hat diese Erde ihren ersten weltweiten Klimavertrag. Gestern war die entscheidende Abstimmung, dass der Klimavertrag von Paris früher als erwartet in Kraft treten kann. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist ein Meilen-

stein in einer neuen Klimapolitik und 197 Staaten haben dieses Abkommen unterzeichnet und eine entsprechende Anzahl von Staaten, mehr als 62, haben inzwischen ratifiziert. Auch Österreich war ganz früh unter den Staaten, die ratifiziert haben. Es müssen vom Umfang der Staaten mehr als 55 % der weltweiten Emissionen damit erfasst sein. Das heißt gestern wurde mit der Abstimmung in der EU dieser Erfolg erzielt und es ist auch gestern der Welttierschutztag gewesen und ein schönes Zusammentreffen, dass das Überleben von Mensch und Tier von der erfolgreichen Umsetzung dieses Vertrages abhängt.

Das Ziel von Paris heißt plus 1,5° Klimaerwärmung, aber nicht mehr. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, das auch vom Landtag unterstützt wurde. Am 8. Juni dieses Jahres hat auch der Salzburger Landtag sich ausdrücklich dazu bekannt, dieses Klimaziel zu unterstützen und das heißt bis zum Jahr 2050 eine vollständige Dekarbonisierung, heißt auf gut deutsch Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern und Treibstoffen. Hier spielt die Mobilität natürlich eine ganz maßgebliche Rolle.

Im Vergleich mit anderen Sektoren, im Gebäudebereich sind wir ziemlich fortschrittlich unterwegs. Starke Einsparungen des Energieverbrauchs, gute Daten. Wir haben hier rückläufige Zahlen was den Energieverbrauch betrifft und die Energieeffizienz verbessert. Alles relativ gut. Im Industriebereich hohe Effizienzsteigerungen bei den Produktionen, auch in der Landwirtschaft, in der Abfallwirtschaft, überall sind Fortschritte erkennbar, nur leider der Verkehr hinkt ganz stark hinterher. Im Verkehr ist diese Veränderung, dieser Wandel, auch dieser Aufbruch in eine neue klimaverträgliche Mobilität leider noch nicht gelungen. Es wirkt ein wenig als wäre das der blinde Fleck in unserer Umwelt- und Klimapolitik und wir scheuen uns davor, Mobilität anders zu denken, neu zu denken.

Unsere Besucher aus Oberndorf sind das beste Beispiel. Ihr seid mit der Lokalbahn nach Salzburg gefahren, mit unserer schnellen, modernen S-Bahn, seid mit dem Bus, mit dem elektrischen Bus hierher gefahren in den Landtag. Also Mobilität anders zu denken, das muss deswegen nicht schlechter sein, aber neuer, moderner, anders.

Das heißt Klimaschutz nicht auszublenden, sondern alle technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, alle Anreize und Förderungen. Aus meinem Umweltressort gehen jährlich Millionenbeträge in die 20 %-Förderung aller Jahreskarten, in die Elektromobilität, in die alternativen Antriebe. € 700.000,-- sind allein in diesem Jahr für die Förderung von Elektroautos sehr schnell abgerufen gewesen.

Wir müssen Mobilität vielfältiger denken. Wir müssen den ÖV stärken, lenkende Maßnahmen beschließen, und das ist sicher der heikelste Punkt. Es geht um die Umsetzung von zum Teil nicht nur Wohlfühlthemen. Das ist, und damit möchte ich schließen, das ist der Appell, das, was wir wissen, auch umzusetzen. Das heißt zum Beispiel den zwingenden Zusammenhang zwischen Siedlungsentwicklung, Klimaschutz und Mobilität nicht länger beiseite zu schieben. Raumordnung, Verkehrsplanung und Klimaschutz sind untrennbar verbunden. Das ist mein Appell an alle politischen Gremien: im Sinne einer klimaverträglichen Mobilität zu entscheiden und es auch durchzutragen, nicht immer wieder zurückzu-

nehmen und sich unbequemen Themen zu verschließen, von der Busspur bis zur Kurzparkzone. Auch eine City-Maut andenken zu dürfen, ein Tempolimit durchzutragen, wenn wir wissen es ist wichtig, und den autofreien Tourismus natürlich auch zu stärken.

Aber mein Appell richtet sich auch an die Bevölkerung, an uns als Gesellschaft, und das ist mein dringlichster Appell, diese wichtige Aufgabe mitzutragen, zu akzeptieren, weil es einem höheren Ziel dient. Es dient dem Klimaschutz, es ist ein gesellschaftlicher Auftrag. Es sind nicht nur Wohlfühlthemen, die wir hier vermitteln müssen, aber eine Weiterentwicklung zuzulassen, eine Entwicklung in eine Mobilität, die ohne fossile Treibstoffe auskommt, und die es uns ermöglicht, Klimaschutz der nächsten Generation glaubwürdig zu hinterlassen. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, der Abgeordneten Fürhapter, des Abgeordneten Konrad MBA und Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Unser Zuhörer- und Zuschauerraum füllt sich zunehmend, was schön ist und eine große Freude macht. Wir begrüßen noch die Schülerinnen und Schüler der Tourismusschule Bramberg mit Frau Mag. Christine Wöhrer und die ÖVP-Frauen aus dem Lungau. Herzlich willkommen! Wir befinden uns zur Orientierung mitten in der Aktuellen Stunde und das Thema ist „Umweltfreundliche Mobilität als Schlüssel zur erfolgreichen Klimapolitik“. Bei diesem Punkt stehen wir gerade.

Ich darf jetzt dem zuständigen Herrn Landesrat Mayr das Wort übergeben. Du hast zehn Minuten. Ich werde ungefähr nach acht Minuten kurz anläuten. Danke.

Landesrat Mayr: Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Liebe Gäste auf den Besucherbänken!

Jetzt hoffe ich natürlich, dass von Bramberg auch mit der Pinzgauer Lokalbahn und mit der ÖBB hier der Weg nach Salzburg gefunden wurde.

Mobilität war und ist und wird auch in Zukunft Basis für wirtschaftliche Entwicklung sein einerseits. Wir wissen aber sehr wohl, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sich die Mobilität der Menschen ganz massiv verändern wird. Darüber hinaus steht die internationale Verpflichtung zu Klimaschutz und fordert auch zu entschlossenem Handeln. Wir müssen aber auch wissen, dass der Pik Car erst in einigen Jahren erreicht sein wird. Das heißt, wir haben damit zu kämpfen, dass es noch mehr Autos auf unseren Straßen geben wird. Davon können wir nichts verändern, das ist Tatsache. Es zeigen aber auch Untersuchungen, dass es Trends gibt, dass gerade die jungen Menschen ihr Mobilitätsverhalten verändern. In den großen Städten Europas und der Welt gibt es immer mehr Menschen, die gar keinen Führerschein geschweige denn ein Auto haben und das heißt aber auch eine wichtige Herausforderung für unseren Tourismus, dass wir einen öffentlichen Verkehr darstellen müssen, damit dass sich die Gäste im schönen Salzburg bewegen können.

Wir haben sehr, sehr viele Herausforderungen, die ich jetzt so pauschal genannt habe, in ganz konkreten Punkten im Landesmobilitätskonzept „Salzburg mobil 2025“ zusammenge-

fasst. Einige Beispiele. Wir müssen die Erreichbarkeit sicherstellen und verbessern, nämlich auch in allen 119 Gemeinden. Wir müssen eine Mobilität für alle gewährleisten. Wir müssen natürlich die Verkehrssicherheit erhöhen und vieles andere mehr. Dieses Landesmobilitätskonzept muss uns alle sehr, sehr ernst sein und ich habe mich auch verpflichtet, ein jährliches Monitoring zu machen wo wir Jahr für Jahr mit diesen Zielen gelandet sind.

In Salzburg gibt es aus meiner Sicht zwei ganz große Herausforderungen. Die eine Herausforderung ist die Stadt Salzburg und das ganze Umland. Die Probleme, die teilweise erfreulich sind, viele Pendler, die hereinkommen, und vor allem viele Touristen. Diese Kombination kann zu dem führen, was wir genau vor zwei Tagen erlebt haben. Die zweite große Herausforderung, die ist im Pinzgau, wo wir heuer im Sommer gesehen haben, wenn einfach ein Verkehrssystem zu kippen droht oder gekippt ist. Hier müssen wir ganz klare Maßnahmen setzen.

Ich bleibe beim Pinzgau. Alles das, was ich jetzt sage, das ist in der konkreten Umsetzung. Zum Beispiel, dass wir eine Haltestelle in Schüttdorf errichten müssen. Es wird gerade von der ÖBB die Haltestellensituation in der Porsche-Allee geprüft. Unser ursprünglicher Favorit wäre eigentlich das Tischlerhäusl gewesen, nur da ist uns dazwischengekommen, dass es eine neue Verordnung für die Eisenbahnkreuzungen gibt und wenn wir diese Eisenbahnkreuzung jetzt so umgebaut hätten, wie wir sie geplant haben, dann wäre es am Tag zu acht Stunden Schließzeiten gekommen, und das war einfach für den restlichen Verkehr nicht machbar.

Wichtig ist uns auch ein Schnellbuskonzept zwischen dem Saalachtal und der Stadt Salzburg. Wichtig ist es, ein Gesamtkonzept für den Pinzgau, und da bin ich in enger Kooperation mit den Bürgermeister, mit den Tourismusvertretern unter Federführung von Bürgermeister Franz Wenger. Es gibt eine bestehende Analyse im Pinzgau, die vor allem jenen Teil darstellt, wenn die Pinzgauer nach Salzburg oder nach Wien pendeln, wir müssen aber das jetzt noch ergänzen um den Verkehr innerhalb des Bezirkes, und das wird in den nächsten Jahren fertiggestellt werden und wird auch von uns finanziell unterstützt.

Derzeit lasse ich auch prüfen das Thema zwischen den Kreisverkehren vom Einkaufszentrum Richtung Zell am See, ob es hier eine Verbesserung der Kapazität unter brauchbarem finanziellen Einsatz geben kann. Ganz, ganz wichtig ist natürlich auch der Hochwasserschutz und mit dem Hochwasserschutz in Verbindung stehende Entlastungsstraßen. Das ist der ganzen Landesregierung sehr, sehr ernst. Wir haben das kürzlich erst besprochen. Es ist davon auszugehen, dass 17, 18 der Hochwasserschutz gebaut wird und 2019 die Entlastungsstraße.

Es gibt aber jetzt auch einige ganz konkrete Änderungen in naher Zukunft. Ab Mitte Oktober wird ein Railjet in den Pinzgau fahren. Das ist jetzt nicht ein Zusatzangebot, sondern das ist ein Fahrzeugaustausch, aber macht natürlich das Reisen sehr, sehr viel bequemer. Es gibt eine ganz große Verbesserung ab Dezember, wo wir Verstärker einführen in der S-Bahn und im Rex, sodass wir in den Morgen- und in den Abendstunden jetzt schon einen

Halbstundentakt zusammenbringen und während des Tages einen Stundentakt. Das ist schon ein sehr gutes Angebot in Richtung Pongau, in Richtung der Stadt Salzburg.

Das Thema S-Bahn Pinzgau: Wir treffen derzeit alle Vorbereitungen, dass wir das entsprechend ausschreiben können, wird aber auch dann das Ergebnis dieser Pinzgauer Gruppe sein, in welcher Art und Weise diese S-Bahn Pinzgau kommen soll und kommen kann. Das kann einerseits sein genau dieses Pendeln zwischen Saalfelden und Bruck oder um eine Verlängerung der S2 von Schwarzach Richtung Saalfelden.

Noch einige Lösungsansätze für den Tourismus. Der Winter klappt schon hervorragend in guter Zusammenarbeit mit dem Tourismus und mit den Bergbahnen. Auch im Sommer haben wir zum Beispiel in diesem Jahr mit der Nationalparkkarte einen ganz, ganz wichtigen Akzent gesetzt, der von den Gästen sehr, sehr gut genützt wird. Also sehr vieles, was im Gang ist, was auch demnächst umgesetzt werden muss.

Ich komme zur Stadt Salzburg. Die Herausforderung, wie eingangs erwähnt, sind die Pendler, sind die Touristen. Die Herausforderung ist die Uneinigkeit in der Stadt, wo einfach vier Menschen tätig sind und alle vier sagen etwas anderes. Die Herausforderung ist auch die schwierige Zusammenarbeit vom Land in die Stadt Salzburg, das sage ich ganz offen, wie sie ist. Die Erkenntnis, dass die tägliche Verkehrssituation kein Zufall ist, der müssen wir auch Rechnung tragen. Das, was vor zwei Tagen passiert ist, das, was im letzten Sommer passiert ist, das waren keine Zufallstage. Diese Tage werden noch öfter stattfinden, wenn nicht hier entschlossen und gezielt gehandelt wird. Da helfen uns keine Schuldzuweisungen, ob die Pendler schuld sind, die von außen hereinströmen, ob das Land schuld ist, die uns die Touristen nach Salzburg schicken, das ist es nicht, wir müssen Lösungen finden.

Wenn ich heute in einer Tageszeitung lese, dass einer dieser vier Spitzenpolitiker schreibt ich habe kein Rezept mehr, dann sage ich läuten alle Alarmglocken wirklich sehr, sehr schrill. Es geht wirklich um eine gemeinsame Vorgangsweise. Die Lösungen, die gibt es, aber zuerst muss einmal der Wille zur Zusammenarbeit gefunden werden. Es braucht eine Lösung für den touristischen Verkehr und den Pendlerverkehr. Es wird so etwas wie die Stadtrationalbahn brauchen in welcher Form auch immer, ein vom motorisierten Individualverkehr unabhängiges Verkehrsmittel. Wir müssen massiv die Park&Ride-Parkplätze ausbauen. Da sage ich später noch was wir konkret vorhaben. Wir werden den Nord-Ost-Korridor massiv verbessern, und zwar einen ersten Teil mit dem Fahrplanwechsel 2017/2018. Wir werden hier einen Halbstundentakt, zwar noch einen unsaubereren von Straßwalchen Richtung Salzburg schaffen und dann durch das Zusammentreffen in der Stadt Salzburg von S2 und S3 wird es sogar dann einen Viertelstundentakt vom Bahnhof in Richtung Freilassing geben.

Dann möchte ich noch eines erwähnen. Es ist bereits sehr, sehr viel passiert. Wir haben das Landesmobilitätskonzept wirklich sehr, sehr mit vielen Facetten erstellt. Wir haben ein Verkehrsradleitbild erstellt. Wir haben ein flächendeckendes Park&Ride-Konzept erstellt, wo über 1.000 Park&Ride-Parkplätze in den nächsten Jahren entstehen werden. Wir haben

die Lokalbahn nach Ostermiething verlängert. Wir haben die Pinzgauer Lokalbahn im Jahr 2014 nach dem Hochwasserschutz in Rekordzeit wieder aufgebaut. Wir haben den Gastein-express in der Früh und am Abend eingeführt. Wir haben ein neues Eilzugangebot für die Pinzgauer Lokalbahn geschaffen. Wir haben die SUPER s'COOL-CARD geschaffen, die StudentCARD und das Cityticket.

Wir haben mit der neuen Ticket-App des Salzburger Verkehrsverbundes österreichweit etwas Einzigartiges hergestellt. Man kann am Handy seine Fahrt planen und gleichzeitig die Karte kaufen. Wir haben eine leistungsfähige Ortsdurchfahrt oder Umfahrung Saalfelden geschaffen. Wir haben Hagenau zu einem Viertel gebaut. Wir haben Langwies, die Umfahrung, die kleine Umfahrung gebaut. Wir sind jetzt gerade dabei, die Haltestelle und den Park&Ride-Parkplatz zu bauen und wir haben die Euregio-Studie fertiggestellt. Also sehr viel was passiert ist, noch viel was vor uns steht, wird nur funktionieren, wenn wir gemeinsam den Weg gehen und mein Aufruf an die Stadt Salzburg, so, wie wir derzeit zusammenarbeiten, so kann es nicht funktionieren, so kann nichts herauskommen. Da gilt es um keine Schuldzuweisungen, da gilt es um gemeinsame Konzepte, da gilt es darum, die Ärmel hochzukrempeln, da gilt es auch darum, Geld in die Hand zu nehmen, sonst werden wir nachhaltig dieses Versagen der Verkehrspolitik auch wirtschaftlich und touristisch in Stadt und Land Salzburg spüren. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Das war quasi eine Punktlandung zeitmäßig. Für die SPÖ zu Wort Kollege Schneglberger. Bitte! Entschuldigung, es kommt zuerst die ÖVP. Ich hätte die stärkste Fraktion im Hause übergangen. Zuerst die ÖVP. Kollege Schöch! Nicht zu übersehen und zu überhören.

Abg. HR Dr. Schöch! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Danke für dieses Wort. Dass Verkehr polarisiert und dass Verkehr emotionalisiert, haben wir gerade gehört und das erleben wir jeden Tag. Das ist auch kein Wunder, weil Verkehrspolitik befand sich immer, befindet sich und wird sich auch immer befinden in diesem Spannungsfeld. In diesem Spannungsfeld auf der einen Seite nach dem berechtigten Wunsch der Menschen nach Freiheit und Mobilität und andererseits natürlich den berechtigten Wunsch und sehr berechtigten Wunsch der Anrainer nach Schutz vor Lärm und Staub und Abgasen. Durch dieses Spannungsfeld emotionalisiert sich dieses Verkehrsthema auch so ungeheuerlich und es gibt ja kaum einen Bereich, der so heiß diskutiert wird. Interessanterweise wird immer Verkehrsbeschränkung im Allgemeinen gefordert, aber Freizügigkeit des Verkehrs in der besonderen persönlichen Situation. Alle schimpfen über den Stau, aber jeder steht selbst im Stau und ist auch Teil dieses Staus.

Verkehr ist ein Dauerbrenner in der öffentlichen Debatte und daran wird sich auch in Zukunft wahrscheinlich nichts ändern, weil die Mobilität in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat und wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren nicht abnehmen wird.

Sie bestimmt unser tägliches Leben wie sonst kaum etwas und sie bestimmt auch die Qualität des Wirtschaftsstandortes. Es ist heute schon einmal erwähnt worden. Es ist ganz, ganz wesentlich, dass für Wohlstand und Weiterentwicklung hier die Infrastruktur auch passt. Ebenso auch die Abwicklung des Verkehrs im Ballungsraum auf der einen Seite bzw. auch die Erreichbarkeit in den ländlichen Regionen.

Mobilität und Infrastruktur ist ein ganz wesentlicher Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region, unseres Landes und eben auch die Voraussetzung, dass der Standort eine gute Weiterentwicklung macht und es braucht auch neue Infrastruktur und ich betone es, es braucht verschiedene Projekte, die umgesetzt werden.

Mobilität ist auch ein ganz wesentlicher Punkt unserer Lebensqualität, weil natürlich das Freizeitverhalten - denken wir nur an uns selbst - wesentlich durch die Mobilität geprägt wird. Umso wichtiger ist es, dieser permanenten Herausforderung ein zielführendes und zukunftsfähiges Konzept entgegenzuhalten, Herr Landesrat Mayr hat es schon erwähnt, das Landesmobilitätskonzept salzburg.mobil 2025 ist ein solches Konzept, das realistisch und nicht utopisch ist. Utopische Ziele zu verfassen, wäre es ein leichtes, die aber nie einzuhalten sind, sondern ein realistisches Konzept, das auch unter Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger, es hat einen Bürgerbeirat auch gegeben bzw. der verschiedenen Beteiligten erstellt worden ist und daher ist Realismus gefragt gewesen. Es ist hoffentlich der Ausgleich gefunden worden, eine Balance zwischen Erhalt und Neubau der Infrastruktur, der Stärkung des öffentlichen Verkehrs ganz wesentlich zu umweltfreundlichen Alternativen zum motorisierten Verkehr, auch neue Denkmodelle und der Einsatz neuer Technologien sind darin enthalten.

Dieses Landesverkehrskonzept „salzburg.mobil 2025“ stellt eine verbindliche Grundlage für das verkehrspolitische Handeln im Land Salzburg dar und wurde von der Landesregierung vor wenigen Wochen auch gemeinsam präsentiert und veröffentlicht.

Ganz klar ist, dass die öffentlichen Mittel, so wie in jedem anderen Bereich, auch im Verkehrsbereich, so sinnvoll und so effizient wie nur irgendwie einzusetzen sind. Aber das beste Konzept hilft nicht, wenn wir nicht auch selbst vor der eigenen Haustüre kehren. Es braucht eine bewusstere Wahl des Verkehrsmittels und - wie das bei den Verkehrsexperten heißt - die multimodale Mobilität, das bedeutet nichts anderes, dass man verschiedene Verkehrswege auch mit verschiedenen Verkehrsmitteln macht und nicht immer auf das Auto automatisch zurückgreift.

Wenn man in der Statistik liest, dass fast die Hälfte aller Autofahrten weniger als 5 km und ein Viertel aller Autofahrten weniger als zwei Kilometer sind, so wird der beste Ausbau des öffentlichen Verkehrs nicht ausreichen, keine Radwegoffensive und auch eine City-Maut macht nach zwei Kilometern wohl keinen Sinn.

Es ist unbestritten, dass - und die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Rössler hat es erwähnt - der Verkehr einen wesentlichen Anteil an den Treibhausgasen hat und es war

gestern sicher ein historischer Tag, dass das Europäische Parlament den Pariser Weltklima-vertrag, dafür gestimmt hat und dieser dann ratifiziert wird. Es wird nur zu wenig sein, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments gestern begeistert zugestimmt haben, zumindest der überwiegend große Teil, sondern es muss wirklich auch in den einzelnen Ländern, eigentlich bei jedem Unionsbürger etwas passieren. Ganz konkret, wenn man kurz auf die Pendler noch eingehen will, ein Erfolgsmodell ist die S-Bahn Richtung Freilassing bzw. in den Süden, aber genauso, und der Herr Landesrat hat es schon gesagt, gehört diese S-Bahn nach Norden, Straßwalchen, in den oberösterreichischen Raum und genauso im Pinzgau die S4 Saalfelden-Bruck gemacht.

Zusammenfassend soll der Weg weitergegeben werden. Überzeugen statt behindern. Anbieten statt zwingen. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, der Abgeordneten Fürhapter und Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Jetzt für die SPÖ Kollege Schneglberger.

Abg. Schneglberger: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren der Salzburger Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geschätzte Zuhörer hier im Hohen Haus!

Das von den Grünen eingebrachte Thema zur heutigen Aktuellen Stunde der Haussitzung ist ein wichtiges und auch dringliches Thema. Massive Emissionen aus Industrie, Verkehr, um nur die beiden Hauptverursacher zu nennen, belasten weltweit unser Klima, die Natur, damit unseren globalen Lebensraum und verändern diesen massiv und nachhaltig negativ. Es kommt zu klimatischen Veränderungen mit oft dramatischen Auswirkungen, die gerade in der jüngeren Vergangenheit für verheerende Katastrophen gesorgt haben. Wir erleben es in den Medien ja tagtäglich mit.

Internationale Staatenkonferenzen beraten Strategien und Lösungsmöglichkeiten, um die Schäden bei einem weiteren derart sorglosen Umgang mit unserer Mutter Erde durch die Menschheit noch irgendwie in Grenzen zu halten. Meist sind diese ergebnislos, Gott sei Dank gab es gestern erstmals eine Ausnahme, oder enden in mehr oder weniger schalen oder vielleicht, um es ehrlich zu nennen, faulen Kompromissen, weil die Realität von einem bestimmt wird - den Gewinnerwartungen der Shareholder. Deren Interessen dominieren hier, weil - ich will das auch ganz vorsichtig ausdrücken - die gewebten Netze doch sehr engmaschig sind. Diese Interessen dominieren in einem unerträglichen Ausmaß, alle weltweiten Anstrengungen für einen effizienten Schutz der Umwelt und Natur.

Dennoch sollte und darf es auch keine Vision oder Utopie sein, dass wir als Land Salzburg vielleicht nicht sogar einen durchaus überproportionalen Anteil am Erhalt einer gesunden Umwelt und eines konstanten Klimas beitragen. Gerade Salzburg ist als klar definierte und wirtschaftlich darauf ausgerichtete Tourismusregion davon abhängig. Soweit einmal meine Einschätzung der internationalen Ausgangssituation, die irgendwie ja gleichzeitig die Auf-

gabe, nein eigentlich vielmehr die Verpflichtung der Grün-Schwarzen und einem dritten politisch wohl undefinierbaren Teil der Landesregierung ist. ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Das hast jetzt sagen müssen!)

... Es gab viele Optimisten im Land, die nach einem jahrelangen Stillstand bei diesem Thema, verursacht und verantwortet durch den jahrelang zuständigen Verkehrsreferenten, einen Aufbruch, ja einen Paradigmenwechsel durch die Grünen erhofft und erwartet haben.

Ich gebe schon zu, wie es auch mein Vorredner Sepp Schöchel formuliert hat, dass das Mobilitätsbedürfnis des Einzelnen ein sehr individuelles und forderndes ist. Um adäquate Lösungen zu finden und umsetzen zu können, braucht es Mut, Verhandlungsgeschick, Fantasie und Tatkraft. Ehrlich gesagt vermisse ich seit dem Antritt dieser Landesregierung alle diese Tugenden bei der generellen und auch umweltfreundlichen Lösung dieses Themas. Eine Grüne-Handschrift kann ich leider nicht erkennen. Die Ambitionslosigkeit des vorhergehenden Verkehrsreferenten ist durch die Überforderung des amtierenden abgelöst worden.

Herausgekommen ist ein Landesmobilitätskonzept, das wenig ambitioniert und auch wenig ambitioniert ist. Der Radverkehrsanteil soll laut dem Mobilitätskonzept von elf auf 13 % angehoben werden und gleichzeitig wird das Budget für den Radwegeausbau massiv zurückgefahren. Wie geht das zusammen? Die Umsetzung der S-Bahn Pinzgau, von der der Herr Landesrat gerade berichtet hat, ist ein fixer Bestandteil des Arbeitsprogrammes und wurde aber gerade von Ihnen, Herr Landesrat, Ende 2015 medial sang- und klanglos totgesagt. Gerade das S-Bahn-Konzept im Salzburger Zentralraum hat sich zwischenzeitlich als wohl klares Zeichen eines funktionierenden und umweltfreundlichen Beispiels etabliert nach dem Motto „Wenn das Angebot passt, dann passen auch die Fahrgastzahlen“. Wo bleibt hier der Aufschrei der Grünen?

Der Grüne Klubobmann Cyriak Schwaighofer betont, dass möglichst viele Menschen möglichst viele Wege mit dem Fahrrad, dem E-Bike und vor allem auch mit dem Elektroauto zurücklegen müssen. Da gebe ich Dir vollkommen Recht, Cyriak. Allerdings muss die Frage erlaubt sein, wieso die Landesregierung hier nicht mit positivem Beispiel vorangeht. Im Mobilitätskonzept des Landes wird eine überwiegende Umstellung des Fuhrparks des Amtes der Landesregierung auf Elektroautos angekündigt und im Voranschlag für 2016 ist bei weit über 100 Dienstkraftwagen gerade ein einziges Elektroauto in der Anschaffung vorgesehen. Gleichzeitig kritisiert er den Ausbau der Mönchsberggarage in Salzburg und schweigt zum Bau des sinnlosen Gitzentunnels. Greift man seine Argumentation auf, die da heißt Autoverkehr konsequent zu reduzieren, dann ist das ein klarer Widerspruch.

Statt rund 220 Mio. Euro für einen vollkommen unverständlichen Gitzentunnel zu investieren, verwenden wir doch das Geld für einen sinnvollen und attraktiven Ausbau der Nahverkehrsmittel, dann hätten wir einen sehr starken Beitrag zur Reduktion der Emissionen. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrter Herr Kollege!

Um die Zeit der Aktuellen Stunde einzuhalten, werden ich die 30 Sekunden Überzeit dann vom nächsten Redner, bei beiden, abziehen. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Zur Geschäftsordnung!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte!

Abg. Mag. Mayer: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Erlauben Sie mir darauf hinzuweisen, dass laut § 32 (8) die Redner ihre Ausführungen in freier Rede vorzutragen haben.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für den Hinweis. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sollen wir jetzt jemanden einsperren oder verhaften?)

... Es ist ein Punkt der Geschäftsordnung. Als Nächster zu Wort für die FPS ist Kollege Wiedermann. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Du hast selbst vom Blatt gelesen, war keine Rede.)

Abg. Wiedermann: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wenn ich nur die Debatte jetzt so kurz Revue passieren lasse, dann möchte man tatsächlich meinen, das Problem Verkehr und Stau existiert erst seit vorgestern oder vielleicht seit Sommer dieses Jahres. Aber ich glaube ich habe die Zeit nicht verschlafen oder ich fühle mich um zehn, 15 Jahre zurückversetzt. Wenn das so ist, dann danke ich dafür, dann bin ich 15 Jahre jünger, ist auch etwas Schönes. Aber Spaß beiseite, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Salzburg ist jene Stadt, die österreichweit die größten Stauprobleme hat und dazu bedarf es doch einiger Dinge, mehr als Ankündigungen. Lieber Herr Landesrat, Deine Ankündigungen, die wir seit dieser Periode immer wieder hören, mögen ja recht gut und schön sein, nur mit der Umsetzung da hapert es ein bisschen, und zwar ganz gewaltig. Es ist nichts anderes als ein laues Lüfterl, weil wenn wir heute hören 2017, vielleicht 2018 sollen diese Maßnahmen gesetzt werden, vielleicht gibt es diese Landesregierung in der Form 2018 ja gar nicht mehr, was ja sehr, sehr wahrscheinlich ist.

Eines ist auch klar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Um welche Probleme es sich hier handelt, das wissen wir alle. Wir brauchen nur uns die Medienberichte anschauen, die Leserbriefe, wie z.B. in der heutigen Krone, eine Seite nur Leserbriefe zum Thema Stau, Megastau am deutschen Feiertag, Stau oder Garage, das ist auch ein Punkt. Auch hier gibt es die verschiedensten Meinungen, aber eines ist sicher. Herr Landesrat, da gebe ich Dir Recht, Du hast das Thema schon angeschnitten, es gibt keine Einigkeit zwischen Stadt und Land und schon gar nicht innerhalb der Stadt. Was hier passiert im Zentralraum in der Stadt Salzburg, um die Stadt Salzburg, ist nichts anders als eine völlig verfehlte unfähige Verkehrspolitik. Man ist nicht imstande, man ist nicht imstande, sich einmal gemeinsam an einen Tisch zu setzen, nämlich Stadt und Umlandgemeinden, um herauszufinden bzw. zu besprechen und abzusprechen, wie sehen die räumlichen Entwicklungskonzepte aus, welche Planungsziele haben die einzelnen Gemeinden, wo soll Wohnbau errichtet werden, wo soll das geschehen, wo soll das geschehen. Negative Beispiele dafür sind der Raum Elixhausen und Bergheim mit diesen riesen Betriebsansiedlungen, mit diesen Transportgewerben, die natürlich immensen Verkehr nach sich gezogen haben.

Aber eines ist auch klar. Diese täglichen Staus in der Stadt, um die Stadt Salzburg gefährden unseren Wirtschaftsstandort und es ist bereits jetzt so, dass es Klagen zahlreicher Unternehmen, ob es in der Stadt oder um die Stadt Salzburg, gibt, dass sie eklatante Umsatzeinbußen haben und diese Umsatzeinbußen soweit gehen, dass das eine oder das andere Unternehmen bereits zu Kündigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schreiten musste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn das kein Alarmsignal für die Politik ist, dann verstehe ich diese Politik nicht mehr. Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann, hier wirklich, so wie im Bereich des Wohnbaus, die Dinge persönlich in die Hand zu nehmen und zu versuchen, Stadt und Land, was den Verkehr betrifft, wirklich mit einer Hand zu dirigieren, mit einem Stab zu schlagen, hätte ich jetzt bald gesagt, darf man nicht, Herr Landeshauptmann, aber ich ersuche Dich wirklich, hier in diese Richtung zu gehen, damit endlich etwas passiert. Vielen Dank. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für das Team Stronach Salzburg Helmut Naderer. Bitte!

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Der Wortmeldung der Vorgänger war teilweise zu entnehmen die Menschen müssen oder sollten. Meiner Ansicht nach müssen wir, der Landtag, muss die Landesregierung attraktive Konzepte schaffen, damit die Leute nicht müssen, sondern wollen, dass sie umsteigen wollen und nicht umsteigen müssen. Im Verkehr liegt so vieles im Argen, dass eigentlich eine Aktuelle Stunde gar nicht ausreicht. Man müsste wahrscheinlich eine aktuelle Woche oder ein aktuelles Monat machen, um diese vielen Probleme, die da anstehen, lösen zu können.

Warum steigen viele Leute nicht auf den öffentlichen Verkehr um? Ich bin heute Morgen mit dem Zug von Seekirchen nach Salzburg und dann mit dem Obus weitergefahren. Ich war in einem 30 Jahre alten Obus, der im Sommer, wo es ziemlich heiß war heuer und ziemlich schwül, über nicht einmal eine Klimaanlage verfügt. Jedes Kleinauto hat heutzutage eine Klimaanlage. Man fährt mit dem Anzug, ist dann durchgeschwitzt, es ist natürlich viel interessanter, dass man dann mit dem privaten Auto fährt. Heute Morgen war der Obus gerammelt voll mit Schülern, auch mit Schultaschen natürlich. Wenn eine Tiertransportkontrolle gemacht wird, die der Pepi Schöchel gerne leitet, dann muss ein Tier, wenn es transportiert wird, gewisse Quadratmeter Raum haben, dass es überhaupt transportiert werden darf. Bei Schülern, bei Menschen ist das nicht erforderlich, da wird der Bus angefüllt und die Leute stehen dann drinnen und erdrücken sich gegenseitig.

Dann gibt es auch von der SVG keine Qualitätskontrollen im öffentlichen Verkehr. Es wird dort zwar bezahlt, aber es wird nicht kontrolliert, ob denn alle Funktionen immer funktionieren, ob die Toiletten gereinigt sind in den Zügen usw., das wird alles den Fahrunternehmen überlassen, wie sie es machen oder nicht. Dann hortet, weil ich gerade beim SVG bin, diese Gesellschaft des Landes 29 Mio. Euro laut Rechenschaftsbericht vom letzten Jahr, die sie nicht ausgibt, aber wir können uns kein 365-Euro-Ticket leisten in dem Land. Das steht in keinem Verhältnis.

Auch die Park&Ride-Plätze, wir haben zuletzt im Ausschuss über den Park&Ride-Platz Bergheim diskutiert, dass er immer so überfüllt ist, die müssen endlich ausgebaut werden. Stichwort Bergheim: Seit Jahrzehnten wird dort eine Problemlösung gesucht, die ich selber am Leib erlebe, dort muss sicher etwas geschehen, auch wenn die Lokalbahn sehr gut ist, aber ich kann nicht alle Probleme mit der Lokalbahn lösen und vor allem wenn das Siedlungsentwicklungsgebiet, insbesondere die Erweiterung von Gewerbegebieten im nördlichen Flachgau Richtung Oberndorf, Lamprechtshausen, Anthering erfolgen soll, dann brauche ich dort ein funktionsfähiges Straßennetz, denn die LKW müssen diese Firmen dann anfahren und wieder wegfahren und das erzeugt hohen Verkehr. Das kann ich mit der Lokalbahn unmöglich abarbeiten. Man sieht es ja bei der ÖBB, die geht die verkehrte Richtung. Der Güterverkehr wird von der ÖBB, dem größten Spediteur Österreichs, auf die Straße verlagert, weg von der Schiene, auf die Straße. Jetzt geht man sogar soweit, habe ich gesehen, dass man einen Autobus von München nach Italien, Venedig oder so schickt, nicht mehr mit der Eisenbahn, sondern da ist jetzt ein Autobusunternehmen. Also die Tendenz ist nicht die, die wir haben wollen, dass die Öffentlichkeit schaut, dass wir den Verkehr auf die Schiene, in die Busse bekommen, sondern ganz im Gegenteil. Unsere Unternehmen, die der Republik Österreich gehören, die wir mitbestimmen könnten, gehen den Weg, die Straßen noch mehr zu belasten.

Und wo wir sehr viel machen können als Land sind diese Raumordnungsfehler. Das Verteilerzentrum, Paketverteilerzentrum im Kothäusl ist eine Raumordnungssünde ersten Ranges und ein Verkehrsverursacher, der die Leute in Elixhausen nicht mehr schlafen lässt, auch wenn dort jetzt die Lärmschutzwand neu gebaut worden ist und das um einen halben Me-

ter höher als vorher. Das heißt, da müssen wir ganz andere Lösungen suchen und finden, um so etwas nicht mehr zuzulassen.

In der Stadt Salzburg, das Stauchaos, das ist eh schon angesprochen worden, das war ja nicht nur am 3.10., am Tag der Deutschen Einheit, sondern dieses Stauchaos hat de facto die ganze Ferienzeit geherrscht. Und was ist dort passiert? Man hat den Obusfahrplan auch noch ausgedünnt, sodass man dann logischerweise lieber mit dem Auto gefahren ist als mit dem Obus, bevor man 15 Minuten oder länger wartet, weil die Pünktlichkeit ist ja auch nicht so gegeben, wenn alle Straßen verstopft sind. Wenn ich dann von der Stadt höre, dass der Stadtrat Padutsch sagt, er hat kein Konzept dafür, dann sind wir umso mehr gefordert, hier Konzepte zu finden. (Beifall der Abgeordneten Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir gehen in die zweite Runde der Redner. Für die ÖVP Martina Jöbstl. Bitte!

Abg. Jöbstl: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mit den Schlussworten meines Klubkollegen Josef Schöchel fortsetzen. Anbieten statt zwingen. Wir müssen uns aber viel mehr die Frage stellen, warum steigen die Leute nicht auf die öffentlichen Verkehrsmittel um, statt sie zu zwingen, wie es der Kollege Naderer schon gesagt hat, oder sie zu bevormunden oder teilweise auch mit dem erhobenen Zeigefinger als böse zu beschimpfen. Ich muss ehrlich sagen ich bin auch eine von diesen bequemen Autofahrerinnen. Mein Auto steht unten im Hof, aber ich sehe leider auch oft für mich in meinem privaten Leben oder auch in meinem beruflichen Leben keine Alternative. Wir sind es gewohnt, dass wir flexibel sowohl zeitlich als auch örtlich mit unserem Auto unterwegs sind.

Aber auch ich als bequeme Autofahrerin kann meinen Beitrag zur Klimapolitik leisten, und zwar das Stichwort sind Fahrgemeinschaften. Wir müssen auch diesen kleinen Bereich, glaube ich, ein bisschen mehr ins Auge fassen. Wer von uns, wie wir heute dasitzen, ist komplett alleine im Auto gesessen. Ich glaube nicht nur wir, sondern auch viele, viele andere Pendler und Personen da draußen. Jeder, der von uns als Politiker schon einmal bei einer Stauverteileraktion war, sieht mindestens 95 % sitzen am Morgen alleine im Auto. Ich glaube das ist schon ein großer Punkt. Wenn man sich vorstellt 100 Personen bedeutet 100 Autos. Wenn man sich das einmal um eine Vierfünftelreduktion vorstellt, wenn man jedes Auto vollmacht, dann sind das keine 100 Autos mehr, dann sind es nur mehr 20 Autos. Ich glaube das ist schon ein kleiner Anteil. Es ist sehr ambitioniert das Landesmobilitätskonzept, aber alle Probleme werden wir nicht lösen können und das ist, glaube ich, schon ein großer Teil.

Zurück zur Frage warum für viele Pendler die Öffis nicht attraktiv sind oder wie es in derzeitigen Modellen möglich ist, die Öffis attraktiver zu gestalten. Ich glaube das Landesmobilitätskonzept, wie es der Herr Landesrat vorher vorgestellt hat, bietet viele Möglichkeiten, wie es einfach attraktiver werden kann. Sei es die Taktabstimmung, sei es Umsteige-

möglichkeiten, aber auch Konzepte, wie man eben vom Fahrrad umsteigen kann auf Zug oder Bus. Ich glaube es ist auch gerade in abgelegenen Regionen wie dem Pinzgau, wo ich herkomme, müssen Konzepte entwickelt werden, wie es möglich ist, dass mehrere kleine Busse fahren statt wenigen großen. Es muss einfach flexibler, sowohl örtlich als auch zeitlich werden.

Ich glaube auch ein großer Faktor wär ein regionales günstiges Ticket. Eine Plattform im Pinzgau fordert es gerade, für den gesamten Pinzgau ein Ticket einzuführen mit 400 Euro eine Jahreskarte, so wie es in der Stadt Salzburg ist. Ich glaube es wäre nötig, dass es wirklich in jedem Bezirk eine Jahreskarte um einen leistbaren Preis gibt, weil es würde schon viele Personen dazu bewegen, dass sie auf die Öffis umsteigen.

Wo man sich schon auch Gedanken machen muss, wir leben jetzt im 2016, aber wo geht die Reise hin. Wenn man es sich in Großstädten wie München anschaut, da gibt es schon Carsharing-Projekte, wo die Leute einfach wirklich dazu umsteigen, dass sie nicht mehr das eigene Auto besitzen, kein Eigentum mehr an einem Auto haben, sondern miteinander Autos teilen. Da ist es einfach möglich, dass vor der Haustür ein Auto steht, ich gehe mit dem App hin, sperre das Auto auf, fahre meinen Weg und stelle es irgendwo in der Stadt wieder ab. Ich glaube das sind schon Zukunftsprojekte. Man muss sich auch Gedanken machen, in wie vielen Jahren wird es flächendeckend selbstfahrende Autos geben. Ich glaube ich werde es noch erleben. Es gibt mittlerweile schon Projekte, wo eben selbstfahrende Autos in Städten unterwegs sind. Ich stelle mir das schon so vor, in weniger als 20 Jahren vielleicht bestellt man sich sein selbstfahrendes Auto, bestreitet seinen Weg und schickt das selbstfahrende Auto wieder weiter. Natürlich ist das Zukunftsmusik. Natürlich müssen wir jetzt in der Realität bleiben und da Konzepte angehen. Aber ich glaube unter der Landesregierung, unter dem Landesrat wurde da ein realistisches, wie es auch schon mein Vorredner Josef Schöchel angesprochen hat, ein realistisches Konzept entwickelt, wie wir mit den derzeitigen Problemen umgehen, aber wir dürfen die Augen vor der Zukunft nicht verschließen. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, der Abgeordneten Fürhapter, des Abgeordneten Konrad MBA und Klubobmann Abg. Naderer).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Du hast exakt vier Minuten 30 gesprochen. Danke. Bitte Tarik Mete!

Abg. Mag. Mete BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste, die jetzt zu uns gestoßen sind!

Wir leben in bewegten Zeiten und das Thema Verkehr, Mobilität beschäftigt uns tagtäglich. Gestern war ein besonders heftiger Tag, da habe ich vom Salzburger Hauptbahnhof bis zum Flughafen ungefähr eineinhalb Stunden gebraucht, bin im Stau gestanden, es ist nichts weitergegangen, verschiedenste Baustellen. Also es gibt vieles dort zu tun.

Die Zeiten sind bewegter und die Ansprüche von Wirtschaft, von Arbeit, von Schule sind auch viel flexibler geworden. Und um dieser Flexibilität gerecht zu werden, brauchen wir

ein adäquates Mobilitätsprogramm. Ein adäquates und zukunftsweisendes Mobilitätskonzept, das über alle Lebensphasen hinweg, von der Jugend bis zum Alter die Menschen von A nach B bringt. Natürlich ist es oberste Prämisse, die Menschen jetzt immer mehr zum öffentlichen Verkehr hinzubringen, dass die Menschen mehr die Öffis verwenden und dabei darf man aber nicht auf die Jugend vergessen. Ich glaube es ist ganz, ganz wichtig, zielgruppenorientierte Angebote zu schaffen, ohne einen Tarifschunegel zu erzeugen, wo man sich nicht auskennt welches Ticket muss ich mir jetzt besorgen, ist das das richtige oder ist es das falsche und der Schaffner schimpft wieder, dass du das falsche Ticket gebucht hast. Das kann es nicht sein. Wir brauchen adäquate und attraktive Angebote was die Preisgestaltung betrifft. Der Preis ist ein wichtiger Indikator für Mobilität.

Zweitens: Wir brauchen eine gute Taktung. Gerade für die Regionen muss die Ausgestaltung und die Umsetzung des öffentlichen Verkehrs gewährleistet sein. Die Zukunft soll natürlich unsere Bevölkerung mehr und mehr dazu ermuntern, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Wie ist das möglich? Ich glaube es ist ganz, ganz wichtig bei der Jugend anzusetzen. Beispielsweise wäre denkbar ein Allinklusive-Ticket oder ein bundesländerübergreifendes Ticket. Ein spannendes Projekt ist auch das, was die EU jetzt angesprochen hat mit dem Ticket zum 18. Geburtstag, wo jungen Menschen ein Ticket zur Verfügung gestellt hat, dass sie alle europäischen Mitgliedsstaaten, also Mitgliedstaaten der Europäischen Union besuchen können und das kostenlos. Wieso sage ich das? Wenn wir nachhaltige Ergebnisse haben wollen in Sachen Mobilität, wenn wir unsere Umwelt schützen wollen, dann müssen wir bei den Jugendlichen ansetzen. Dort, wenn sie positive Erfahrungen mit Mobilität, mit öffentlichen Verkehr haben, wird sich das auch nachhaltig und positiv insgesamt auf die Mobilität auswirken.

Daher sollte man nicht in Prestigeprojekte wie den Gitzentunnel dreistellige Millionenbeträge hineinpumpen, sondern den öffentlichen Verkehr attraktivieren. Wenn der motorisierte Individualverkehr tatsächlich, wie in diesem Mobilitätskonzept drinnen steht, von 49 % auf 45 % sinken soll, dann macht es wenig Sinn, Millionen aus dem Fenster zu schmeißen für einen Tunnel, der tatsächlich dann mehr Autoverkehr herbeiführt. Die Öffis sollen von 12 % auf 14 % im Bundesland Salzburg hinaufgehen, das wird in dieser Form aber nicht klappen.

Um einiges darzustellen, wo wir uns in Salzburg in Sachen Mobilität befinden, nur ein paar kleine Beispiele. In Wien werden 39 % der Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln abgewickelt. In Linz und Graz haben wir 20 % und in Salzburg, in der Stadt haben wir 15 %. Der Radverkehr soll laut dem Mobilitätskonzept von elf auf 13 %, also nur zwei Prozentpunkte in zehn Jahren hinaufgehen und Vorarlberg beispielsweise ist jetzt schon bei 15 %, was weitaus besser ist. Der motorisierte Individualverkehr liegt in Salzburg derzeit bei 49 %, in Vorarlberg sind es 43 %, in unserem Mobilitätskonzept 2025 sprechen wir von 45 %. Also Vorarlberg ist zig Schritte voraus. Ein anderer Wert. Beachtenswert ist auch die Tatsache, dass in Vorarlberg doppelt so viele Beförderungen durch den öffentlichen Verkehr durchgeführt werden wie in Salzburg. Wenn man das auf pro Kopf runter bricht, dann sind wir bei dreimal so vielen Beförderungen.

Ich bin schon am Ende meiner Wortmeldung. Ich möchte das aufgreifen, was Kollege Schöchel gesagt hat. Das Mobilitätskonzept ist nicht realistisch und nicht utopisch, sondern zu wenig ambitioniert. Dankeschön. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Für die Grünen Herr Klubobmann Schwaighofer. Bitte!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zuerst auf ein paar Wortmeldungen von vorhin eingehen und dann einen Gedanken zum Grundsätzlichen noch äußern. Der Othmar Schneglberger hat in seinen Ausführungen mir am Anfang sehr imponiert, weil er etwas zur Sprache gebracht hat, auf das ich später noch kommen werde, nämlich die Klimarelevanz, all dessen was wir da tun, hat aber dann im zweiten Teil, glaube ich, einige Dinge nicht ganz richtig dargestellt.

Ich bin überzeugt, dass man gerade in so einem Bereich wie dem Verkehr nicht in zehn Jahren - das Mobilitätskonzept geht bis 2025 - die Welt auf den Kopf stellen kann. In Vorarlberg bin ich vor 25 Jahren zu Gast gewesen, da haben die schon einen wunderbaren Stadtbusverkehr gehabt und jetzt sind sie natürlich weiter, weil die konsequent über viele Jahrzehnte daran gearbeitet haben. Wir in Salzburg haben natürlich auch das Problem, das könntest Du ausrichten an der richtigen Stelle, dass wir in der Kooperation nicht so richtig vorankommen. Ich glaube daher, dass das Mobilitätskonzept nicht futuristisch angelegt ist, sondern realistisch angelegt ist, dass es nämlich sehr mühsam ist, das wissen wir ja, mühsam ist hier umzustellen in einzelnen Bereichen, wenn wir immer noch steigenden Verkehr haben, steigende PKW-Zulassungen und ähnliche Dinge mehr. Das ist ein mühevoller Weg, der immer viele braucht, die dabei mitspielen. Daher glaube ich, dass dieses Konzept gut ist und wer halbwegs gut aufgepasst hat, hat auch gehört, dass der Landesrat Mayr eine ganze Reihe von Maßnahmen festgehalten hat, die bereits umgesetzt sind, die in Ausarbeitung sind, in Umsetzung sind und natürlich gibt es auch noch viel zu tun, das ist ja ein Programm für zehn Jahre. Ich bin überzeugt, dass der Weg und die Richtung dabei stimmt.

Zum Fuhrpark der Landesregierung und dazu, dass da zu wenig geschieht. Da, glaube ich, liegst Du, lieber Othmar, ziemlich falsch. Ich fange einmal ganz oben an bei den Landesregierungsmitgliedern. Es sind noch nie annähernd so wenig Kilometer von den Landesregierungsmitgliedern gefahren worden als derzeit. Da kann man sich jedes Jahr die Zahlen anschauen. Ich möchte auch den Landeshauptmann da explizit einmal loben. Der kommt in der Früh immer mit seinem Mini Cooper und nicht wie es früher war, dass der Herr oder die Frau Landeshauptfrau mit dem Chauffeur, die Frau Landeshauptfrau ist auch zweiweisse mit dem Rad gekommen, oft mit dem Chauffeur, aber er kommt mit dem Privatauto. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Von Hallein mit dem Rad hergefahren!)

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Öfter als der Landeshauptmann!)

... Was die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin macht, ist etwas, was wahrscheinlich ganz wenige in diesem Land schaffen werden, mit der Konsequenz, wie sie das macht, hier entsprechend vorbildhaft zu sein in ihrer Mobilität. Aber feststeht, dass wir wesentlich weniger Autos auch innerhalb der Regierung haben, weil dort werden Autos geteilt, dass wir wesentlich viel, viel weniger Kilometer fahren und insgesamt in der Kfz-Beschaffung und im Fuhrpark des Landes ist auch festzuhalten, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Dafür fährt Landesrat Mayr das Doppelte. Der gleicht das wieder aus.)

... nur zur Aufklärung, lieber Othmar, es sind die Schadstoffgrenzen deutlich heruntergesetzt worden. Es ist die größte Umstellung im Fuhrpark in den letzten Jahren passiert derzeit mit neuen Richtlinien, die 2016 erlassen worden sind, die eine massive CO₂-Entlastung bringen werden, genau in dem Sinn, wie Du es vorher gesagt hast, wie notwendig das ist. Ich glaube da ist es gut, wenn man hinschaut, wie die Realität sich wirklich darstellt.

Umweltfreundliche Mobilität, der Schlüssel für eine erfolgreiche Klimapolitik. Jetzt möchte ich auf diesen Punkt gerne eingehen. Wir haben, es ist gesagt worden, gestern einen denkwürdigen Beschluss erlebt, dass nämlich das EU-Parlament dieses Pariser Abkommen mit ganz großer Mehrheit beschlossen hat. Kleine Anmerkung dazu. Es ist allerdings seltsam, dass gerade die FPÖ-Abgeordneten und alle österreichischen FPÖ-Abgeordneten - ja, ja, aber ideologisch bist Du wahrscheinlich schon in der Nähe ungefähr dieser FPÖ - gegen dieses Abkommen gestimmt haben, was ich überhaupt nicht begreifen kann, gerade angesichts Deiner Wortmeldungen.

Letzter Punkt, die letzte Minute möchte ich dazu nutzen, um zu sagen. Es muss uns klar sein, dass wir jede Aktivität, die wir derzeit setzen, heute, morgen, übermorgen, nächstes Jahr sich in Richtung Klimaziele auswirken wird. Wenn wir 2050 klimaneutral sein wollen, dann dürfen wir in der nächsten Zukunft keine Maßnahmen mehr setzen, die verkehrs- und individualverkehrserregend sind, und das muss auch ein klarer Hinweis sein dafür, dass wir vor allem versuchen müssen, diese Regionalstadtbahn auf die Beine zu bringen und dass wir bei anderen Projekten durchaus skeptisch sein sollen, wenn ich es einmal so sagen darf. Ich teile ja da in weiten Teilen, das wisst Ihr alle, die Sicht, dass das nicht das Zukunftsmodell sein kann, vor allem wenn wir in Richtung Klimaneutralität gehen wollen, dann können wir nicht mehr solche Projekte vorantreiben, die genau das Gegenteil in diesem Zusammenhang bewirken werden. Daher noch einmal es muss uns klar sein, mit jeder Aktivität, die wir im Verkehrsbereich setzen, gefährden wir das Ziel klimaneutral im Jahr 2050 zu sein. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die FPS Kollege Markus Steiner.

Abg. Steiner BA MA: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuseher! Hohes Haus!

Das Thema der Aktuellen Stunde ist ein wesentliches. Es ist nämlich sozusagen jenes Instrument, normalerweise die Aktuelle Stunde der Opposition, um hier sich klar zu situieren. Wer macht dieses Thema heute, wenn wir uns das ansehen? Dieses Thema macht diese Landesregierung, die normal dafür zuständig wäre, dass hier die Mobilität reibungslos in unserem Bundesland ist.

Wenn ich das so höre, Herr Klubobmann Schwaighofer, es sind noch nie so wenige Kilometer gefahren worden wie jetzt. Das ist ja schlecht. Die Politiker sollten ja bei der Bevölkerung unterwegs sein und sich nicht brüsten, wie wenige Kilometer man unterwegs ist. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Die fahren mit dem Zug!)

... Aber ich werde Ihnen jetzt noch weiter ausführen, und zwar wie wir erlebt haben, hat der Pinzgau ein massives, wirklich ein massives Stauprobem in diesen Sommermonaten, wenn ich das so bezeichnen darf, erlebt. Da fragt man sich schon: Was macht hier die Landesregierung dagegen? Jetzt lassen wir einmal die ganzen Probleme im Wohnbau, in der Asylpolitik oder sonstiges einmal weg und schauen wir uns die Verkehrsproblematik an.

Wenn wir das näher betrachten, dann werden wir sehen, dass hier verschiedene Komponenten ganz klar zusammenspielen. Das wird beginnen von einer Erweiterung der Straßen bis hin zu Umfahrungsstraßen in Zell am See, wird hingehen auf den öffentlichen Verkehr, aber eines bitte möchte ich schon auch hier anmerken. Wenn wir jetzt zum Beispiel aktuell in den Pinzgau sehen, dann werden wir draufkommen, dass in der Früh der Pendlerverkehr steht, und das ist glaube ich wirklich eine schlechte Koordination, die hier vorherrschend ist, denn selbst wenn wir das öffentliche Verkehrsmittel heranziehen. Beim öffentlichen Verkehrsmittel ist es nämlich so, dass derzeit ein Schienenersatzverkehr ist und selbst eine Baustelle hier vorherrschend ist in der Pinzgauer Lokalbahn. Ich glaube das ist alles andere als attraktiv was wir uns vorstellen.

Wenn wir aber hier ganz genau betrachten, dann sehen wir auch, und das hat ja eine Diskussion gezeigt, ein Mittagsjournal hat es darum gegeben, wie frustriert hier die Bevölkerung, auch zu Recht, ist. Ich glaube diese Maßnahmen, die hier gesetzt werden müssen, sehr geehrter Herr Landesrat, die müssen schnell kommen, die müssen so schnell wie möglich kommen und ich verwundere mich immer wieder, denn die S-Bahn zum Beispiel ist in diesem Regierungsübereinkommen festgeschrieben. Zu Beginn dieser Regierung, wie die Regierung angetreten ist, bereits zuvor, ich weiß das noch, vom Verkehrslandesrat Haslauer ist das ja auch immer den Pinzgauern und allen versprochen worden. Bis heute haben wir keine Umsetzung. Wenn man in den Rechnungsabschluss 2015 hineinsieht, dann sieht man, dass über € 200.000,-- verwendet wurden hier Angebotseinholung und sonstige Thematik.

Ich glaube, dass es notwendig ist, ich weiß schon, Ihr tut immer gerne kaschieren, lieber Cyriak, aber die Bevölkerung spürt das, dass hier ein Bauchfleck nach dem anderen stattfindet und ich glaube doch, dass sofort sichtbare Maßnahmen nämlich gesetzt werden müssen und besonders weil der Tourismus auch angesprochen worden ist. Die Raumordnung ist ein wesentliches Thema. Jetzt kann man sagen leider haben wir nicht mehr den Landesrat Karl Schnell, da wo die Raumordnung ja aufgeblüht ist und sonstiges was war, aber ich glaube, dass man doch hier festhalten muss, dass auch diese Zweitsitzproblematik im Pinzgau eine massive Rolle spielt. Es werden hier, schauen Sie nach Kaprun, jetzt in Niedernsill beispielsweise wieder aufgekommen, dass eine Firma in Holland wirbt mit Chalets, ohne dass eine Gemeindevertretung hier involviert worden ist. Hier werden Sachen indoktriniert und aufgestellt, lieber Cyriak, die so nicht mehr passen. Wir müssen uns das Gesamtkonzept vor Augen führen. Ein Gesamtkonzept, das sowohl den Tourismus beinhaltet als auch jene, wie sie vorher angesprochen worden sind, die Park&Ride-Parkplätze oder die öffentlichen Verkehrsmittel hier zu verstärken.

Eines kann ich mit Zuversicht sagen und ich glaube hier spreche ich mit einer Stimme für den gesamten Pinzgau. Ich habe mich mit sehr vielen Bürgermeistern auch hier diesbezüglich abgestimmt und unterhalten. Die S-Bahn, so wie sie niedergeschrieben ist im Regierungsprogramm dieser Landesregierung, die werden wir als Pinzgauer einfordern, denn das ist unser Recht dazu, Versprechen, die hier getätigt worden sind, auch einzufordern. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Die letzte Wortmeldung steht bei Team Stronach Salzburg Helmut Naderer. Bitte!

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Zweiter Teil meiner Wortmeldung. Ich möchte mich mit dem Landesmobilitätskonzept 2025 befassen und vielleicht auch den Markus Steiner noch ergänzen. Karl Schnell war nicht nur Raumordnungslandesrat, sondern Verkehrslandesrat. Damals haben wir einen Tunnel nach dem anderen eröffnet. Zuerst Schwarzach dann Zell am See, da ist wirklich etwas weitergegangen, und zwar bis 1999, nachher ist das Ressort in SPÖ-Hände geraten. Danach hat man nur noch irgendwelche Schikanen bei den Straßen eingebaut, aber mit den großen Bauarbeiten war es leider vorbei. An dem leiden wir bis heute, dass eben seit 1999 im Bereich des Verkehrs nichts mehr weitergegangen ist.

Jetzt haben wir ein Konzept, das sich mit dem Verkehr in den nächsten zehn Jahren beschäftigen soll. Öffentlicher Verkehr Steigerung um 2 % und Autoverkehr, motorisierter Individualverkehr minus 4 %. Was ist das für ein Ziel? Das ist ja gar nichts. Jetzt stellt Euch vor, vergangenen Montag wären 4 % weniger in der Stadt mit dem Auto gefahren, dann hätte man statt drei Stunden durch die Stadt zwei Stunden 45 gebraucht. Hätte uns genauso wenig gefreut. Also diese 4 %, das sind gar nichts in zehn Jahren. Wenn ich mir das in ein, zwei, drei Jahren vorstelle oder das Ziel setze, dann ist das ok, aber in zehn Jahren ist 4 % minus gar nichts und 2 % mehr im öffentlichen Verkehr ist auch nicht viel. Nur wenn ich

endlich den öffentlichen Verkehr attraktiviere und endlich ordentliche Fahrzeuge angeschafft werden, was unser Hauptziel sein muss, kann ich das Problem lösen. Von irgendwelchen Fotos in den Zeitungen, wo ein Regierungsmitglied mit der Schaufel oder sonst irgendetwas ankündigt, dass irgendetwas gebaut wird, aber geschehen tut nichts, von diesen Fotos haben wir Pendler nichts. Wir brauchen Taten.

Die Frau Mag. Heidi Huber in den Salzburger Nachrichten hat als Headline geschrieben: „Magere Ausbeute zum Landesverkehrskonzept 2025.“ Ich würde sagen jetzt werden die Nächte wieder länger und die Sonne steht tiefer. Wenn die Sonne tief steht, werfen auch Zwerge einen langen Schatten.

Projektmanagement bei diesen Sachen. Nicht Fotos in den Zeitungen. Zuerst einmal festlegen was kann ich mir leisten, was können wir uns leisten, dann Prioritäten setzen. Ist uns der Gitzentunnel wichtiger? Ist uns die Stadtreionalbahn wichtiger? Und dann zur Tat schreiten. Das wäre der normale Weg. Aber die Zeitungen jahrelang mit irgendwelchen Ankündigen zu füllen, bringt uns überhaupt nichts.

Die Situation zwischen dem zuständigen Landesregierungsmitglied und dem Bürgermeister von der Stadt Salzburg, der ihn via Zeitung sogar Filialleiter nennt, die ist einfach untragbar. Ich bin der Meinung, hier muss wieder, so wie bei der Flüchtlingsobergrenze, so wie er die Kohlen bei der Wohnbauförderung aus dem Feuer geholt hat, so muss auch hier der Landeshauptmann, es ist ein sehr wichtiges Thema, dass hier in der Stadt etwas weitergeht, das Heft in die Hand nehmen und wirklich schauen, dass man dort etwas weiterbringt.

Auch wichtig ist in dem Zusammenhang, dass wir gute Kontakte nach Wien pflegen, dass wir dort mehr Lobbyismus betreiben. Unsere Bundesräte bringen inzwischen immer einen Bericht, aber da steht nichts drinnen was sie für Salzburg auch wirklich geleistet haben, wo sie etwas gebracht haben. Was ist mit dem Rahmenplan der ÖBB? In den nächsten fünf Jahren kein nennenswerter Bau, nur kleine Beträge, während in der Steiermark, in Niederösterreich, in Oberösterreich, in Tirol Milliardenbeträge drinnen stehen, steht bei uns fast nichts drinnen. Das heißt wir brauchen einen gezielten Lobbyismus, um den Verkehr in der Stadt Salzburg und im ganzen Land Salzburg zu verbessern.

In dem Sinn mein Ersuchen an den Chef der Landesregierung, hier das Heft in die Hand zu nehmen, damit der Stau in Salzburg endlich der Vergangenheit angehört. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Damit haben wir die Aktuelle Stunde abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zu

Punkt 6: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Es wurden insgesamt fünf mündliche Anfragen eingebracht. Es war jetzt geplant, dass wir eine Umstellung in der Reihenfolge in der Form machen, dass die Zweite Präsidentin als Erste die Anfrage an den Herrn Landeshauptmann stellt, der im Moment nicht im Raum ist. Jetzt ist er da. Dann darf ich bitten, liebe Gudrun, dass wir Deine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann und dann die Anfrage des Herrn Abgeordneten Schöchgl aufrufen. Nach der Anfrage der Zweiten Präsidentin werden wir einen Vorsitzwechsel vornehmen. Bitte Gudrun, Du hast das Wort!

6.2 Mündliche Anfrage der Zweiten Präsidentin Abg. Mosler-Törnström BSc an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Kosten für den Betrieb der Salzburg 20.16 GmbH

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke Frau Präsidentin.

Ich stelle meine Anfrage an Sie, Herr Landeshauptmann. In der Presseunterlage zur Halbjahresbilanz des Jubiläumsjahres „Salzburg 2016“ steht, dass vom Gesamtbudget in der Höhe von fünf Millionen Euro insgesamt € 650.000,-- für Betrieb und Personal ausgegeben werden. Da die Salzburg 2016 GmbH lediglich über einen Mitarbeiterstab von 4,3 Vollzeitäquivalenten verfügt, scheint es als seien die Kosten für den Betrieb exorbitant hoch.

Darum stelle ich gemäß § 78 der Geschäftsordnung des Landtages folgende Anfrage. Die Unterfragen ergeben sich dann etwa aus Ihrer Antwort. Wie hoch sind die Kosten für den Betrieb der Salzburg 2016 GmbH und wie setzen sich zusammen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte Herr Landeshauptmann, Du hast fünf Minuten Zeit zur Beantwortung.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Vielen Dank. Ich darf zunächst in Erinnerung rufen, dass das Gesamtbudget von 2016 mit € 4 Mio. vom Bund und € 1,5 Mio. vom Land finanziert wurde, € 750.000,-- von der Stadt Salzburg. Die Kosten ergeben sich aus dem Personalaufwand, aus Reisekosten, Betriebskosten, Büro-, Energiekosten, Reinigung, Rechts- und Beratungsaufwand, Spesen- und Geldverkehr, Dokumentation über die interne Kontrolle und externe Dokumentation und die künftigen Liquidationskosten.

Wenn ich das aufschlüsseln darf. Wir hatten Personalkosten im Jahre 2014 € 1.400,--, vernachlässigbar, 2015 laut Jahresabschluss € 110.000,--, 2016, jetzt, heuer im Voranschlag € 230.000,-- und 2017 im Voranschlag € 70.000,--, wo die Gesellschaft dann liquidiert werden soll. Wir haben bei den Reisekosten und diversen sonstigen Spesen 2015 im Jahresabschluss € 6.500,-- gehabt, 2016 im Voranschlag € 17.500,-- und 2017 sind € 3.000,-- vorgesehen. Was Betriebskosten, Büro, Strom, Reinigung, etc. betrifft Jahresabschluss 2015 € 5.400,--, 2016 im Voranschlag € 7.500,-- und 2017 € 5.000,--. Dann haben wir die Position Büro- und Verwaltungsaufwand, Post- und Botendienste. Da gehört auch dazu Materialverwaltung, Druckkosten, Grafik, Postgebühren. Jahresabschluss 2015 € 800,--, Voranschlag

2016 € 38.700,--, Voranschlag 2017 € 21.000,--. Die Netzwerkkosten sind budgetiert mit 2016 € 40.000,-- also EDV-Kosten, 2017 € 10.000,--. Da gehen wir aber davon aus, dass die von der Landesinformatik erbracht werden und nicht bezahlt werden müssen. Aber wir haben es jedenfalls einmal so budgetiert.

Rechtsberatungsaufwand, Lohnverrechnung, Buchhaltung, Steuerberatung, Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, wir haben auch noch eine Wirtschaftsprüfung, damit das alles wirklich auch seine Ordnung hat. Jahresabschluss 2014 € 2.500,--, Jahresabschluss 2015 € 12.300,--, im Voranschlag für 2016 sind es € 19.000,--, für 2017 € 18.000,--. Die Höhe erklärt sich daraus, weil das Projekt ja dann abgeschlossen sein soll. Spesen Geldverkehr glaube ich kann ich mir ersparen. Das sind geringe Beträge. Wir haben bei Versicherung und sonstigen Gebühren auch geringe Beträge. Wir haben eingestellt für die Liquidierung der GmbH € 20.000,-- im Jahr 2017, für die Dokumentation € 30.000,-- und wir haben budgetiert für Unvorhergesehenes € 62.000,--. Das sind die Gesamtkosten, die sich so aufgliedern, wie ich es Ihnen geschildert habe, wobei ich feststelle, das ist relativ sparsam besetzt. Wir haben wenig Personalaufwand in diesem Bereich. Der Geschäftsführer Urban macht das gegen ein Anerkenntnis oder Anerkennungshonorar, da würde man normalerweise nicht jemanden bekommen zu diesem Betrag und ansonsten schauen wir, dass wir da sehr sparsam durchkommen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Liebe Gudrun, Du hast die Möglichkeit zu zwei Zusatzfragen oder Zusammenfassung oder beides.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Ich möchte zwei Fragen stellen. Habe ich richtig verstanden, es gibt keine Mietkosten. Das Haus Waagplatz 1 ist im Landeseigentum?

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Das ist richtig ja, soweit ich sehe.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Ok. Die zweite Frage: Wann genau wurde die GmbH gegründet und wann soll sie endgültig abgeschlossen oder beendet werden? Ist das 2017? Wann?

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Gegründet wurde sie 2014 gegen Jahresende und das Jahr 2016 ist ja am 1. Jänner 2017 zu Ende und demgemäß wird die Gesellschaft entweder dann liquidiert, wenn alle Rechnungen bezahlt sind, die Dokumentation über das Jahr erstellt ist oder sie wird einem anderen Zweck zugeführt. Derzeit gibt es aber dazu keine Beschlüsse.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Zusammenfassung?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Ich bedanke mich für die ausführliche Antwort und habe keine Zusammenfassung.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Dann ersuche ich Dich, den Vorsitz zu übernehmen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Wir kommen zur zweiten

6.1 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchgl an Landesrat Mayr betreffend die Öffnung von Busspuren für Motorzweiräder

BITTSCHÖN Herr Abgeordneter!

Abg. HR Dr. Schöchgl: Danke Frau Präsidentin. Eine Anfrage an den Verkehrslandesrat Hans Mayr, glaube ich eine Anfrage, die sich sehr gut einreicht in das Thema der Aktuellen Stunde bzw. auch für die vielen jungen Zuhörerinnen und Zuhörer.

In den letzten Jahren ist die Anzahl von Mopeds und Motorrädern in Salzburg stark angestiegen. Diese haben vor allem im Stadtverkehr natürlich gegenüber PKWs erhebliche Vorteile wie beispielsweise eine wesentlich effizientere Platznutzung und eine damit verbundene Zeitersparnis. Um den Verkehrsfluss zu erhöhen, haben einige Bundesländer wie zum Beispiel Wien oder auch Oberösterreich beschlossen, gewisse Busspuren für die Benutzung durch Motorzweiräder freizugeben. Das wäre auch für Salzburg eine sinnvolle und vernünftige Möglichkeit, um einerseits den Verkehrsfluss zu optimieren und andererseits, vor allem auch andererseits die Verkehrssicherheit zu erhöhen, weil gemacht wird es ja ohnehin, Stichwort Durchschlängeln.

Ich darf an Dich, Herr Landesrat, folgende Anfrage stellen: Werden von Seiten des Verkehrsressorts Überlegungen angestellt, gewisse Busspuren für Motorzweiräder zu öffnen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: BITTSCHÖN!

Landesrat Mayr: Danke Herr Abgeordneter. Vielleicht noch erfreulicher wäre es, wenn diese Mopeds einen Elektroantrieb hätten, weil da gibt es ja auch schon sehr gute Technologie.

Grundsätzlich aber sei an dieser Stelle festgehalten, dass Busspuren im Wesentlichen der Nutzung durch öffentliche Verkehrsmittel gewidmet sind und denen zweifellos der Vorrang zu geben ist. Des Weiteren möchte ich festhalten, dass Busspuren von der jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörde, das heißt entweder von der Bezirkshauptmannschaft oder vom Bürgermeister der Stadt Salzburg straßenpolizeilich zu verordnen sind. In solchen Verordnungen können natürlich Ausnahmen für die Benützung der Busspur durch andere Fahrzeuge, z.B. einspurige Kraftfahrzeuge vorgesehen sein. Da eine derartige Ausnahme aber eine generelle Freigabe von Busspuren für die Benützung durch einspurige Kraftfahrzeuge mit zahlreichen, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigenden Umständen verbunden wäre, die bedürfen natürlich schon einer sehr individuellen Beurteilung jeder Busspur, um eine

derartige Eignung durch die Behörde zu prüfen. Gerade in der Stadt Salzburg gibt es durch Lichtzeichen geregelte Kreuzungen oft ganz spezielle Signale, die nur für die Obusse gelten, nicht aber für andere Fahrzeuge, auch wenn sie die Busspur benützen dürfen. Das heißt da kann es zur Konfliktsituation an der Kreuzung, an der ampelgeregelten Kreuzung kommen.

Wenn neben den Bussen auch andere Fahrzeuge die Busspur benutzen, kommt es eben genau an diesen Kreuzungen zu Konflikten oder unklaren und sicherheitsbeeinträchtigenden Situationen. Die genannten Gründen sowie einige weitere Umstände würden auf Basis der derzeitigen rechtlichen Grundlage und im Interesse der Verkehrssicherheit erstens einen enormen Verwaltungsaufwand hervorrufen und zweitens die Prüfung jeder einzelnen Busspur erfordern, nämlich vom Anfang bis zum Ende. Demgegenüber ist offen, in welchem Umfang Busspuren für entsprechend geeignet empfunden werden können und tatsächlich durch die Benützung einzelner Busspuren durch einspurige Kraftfahrzeuge eine wirksame Erhöhung der Flüssigkeit, Sicherheit des Verkehrs möglich wäre.

In der Gesamtbetrachtung, und da komme ich zum Resümee, kann festgehalten werden, dass es grundsätzlich möglich ist, eine derartige Ausnahme zu verordnen, die Sinnhaftigkeit aber, sage ich auch im Hinblick der Verkehrssicherheit und der Flüssigkeit des Verkehrs, das sehr genau geprüft werden muss.

Abschließend darf ich auf eine gesetzliche Regelung hinweisen, nämlich die Lenker einspuriger Fahrzeuge die haben eine Regelung. Der Gesetzgeber hat dies seit längerem im § 12 Abs. 5 StVO so geordnet, dass Lenker von einspurigen Fahrzeugen neben oder zwischen bereits angehaltenen Fahrzeugen vorbeifahren dürfen, wenn für das Vorbeifahren ausreichend Platz vorhanden ist und die Lenker von Fahrzeugen durch ihre Absicht zum Einbiegen angezeigt haben, dadurch beim Einbiegen nicht beeinträchtigt zu werden. Das ist die Regelung, die es bereits gibt, alles andere sehen meine Verkehrsexperten und meine Verkehrsjuristen eher kritisch und wie gesagt das Recht, das zu regeln, liegt in der Bezirkshauptmannschaft bzw. beim Bürgermeister der Stadt Salzburg.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, hast Du noch Fragen?

Abg. HR Dr. Schöch: Danke, Frau Präsidentin, keine Frage, aber vielleicht eine Zusammenfassung oder Replik.

Herr Landesrat, heute im Einlauf war ein Antrag von uns, von mir enthalten, wo auch die Förderung von Elektromotorrädern bzw. Elektrorollern gefordert wird analog zu dem wie Elektroautos auch von der Landesregierung gefördert werden, weil das, glaube ich, zur Abrundung ganz gut passen würde. Wir haben heute schon gesprochen davon, dass der Klimawandel ein Werk aus vielen kleinen Puzzles ist und vielen kleinen Bausteinen und vielleicht wäre das auch ein kleiner Baustein, um hier einen Schritt wesentlich nach vorne zu kommen.

Ich teile Deine Einschätzung, dass natürlich jede entsprechende Busspur extra zu beurteilen ist und dass man hier ganz genau schauen muss, dass es nicht genau zu dem Gegenteil kommt, nämlich dass die Verkehrssicherheit gemindert und nicht gehoben wird, dass es einer genauen Prüfung bedarf, aber trotzdem bitte ich es sozusagen positiv zu bewerten, weil ich denke, wenn es in der Großstadt Wien geht, dann wird es wahrscheinlich auch bei uns gehen, sodass wir nicht nachdenken warum was nicht geht, sondern dass wir dem positiv gegenüberstehen, um Dinge zu ermöglichen und nicht zu verhindern. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Somit kommen wir zur

6.3 Mündliche Anfrage der Abg. Essl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Vermögensauseinandersetzung mit der Republik Österreich

Bitteschön!

Abg. Essl: Danke Frau Präsidentin. Herr Landeshauptmann Dr. Haslauer!

Ich stelle an Sie die mündliche Anfrage zum Stand der Vermögensauseinandersetzung mit der Republik Österreich. Ich frage Sie: Wie ist der aktuelle Stand bei den Verhandlungen mit dem Bund? Wie sehen die Forderungen gegenüber dem Bund konkret aus? Wann wurden die Forderungen an den Bund übermittelt?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke für die Anfrage. Die Vermögensauseinandersetzung zieht sich wie ein am Schuh klebender Kaugummi durch die Geschichte der Republik. Der Verfassungsgerichtshof hat 2002 erkannt, dass mit dem Verfassungsüberleitungsgesetz von 1925 bzw. 1921 in der Fassung von 1925 diese Vermögensauseinandersetzung noch nicht abgeschlossen ist, der Bund Treuhänder des Ländervermögens bis zu einer endgültigen Vermögensauseinandersetzung wäre. Der Bund hat das Wort Vermögensauseinandersetzung wahrscheinlich immer in Sinne von Auseinandersetzung ausgelegt, der Verfassungsgerichtshof meint natürlich Vermögensregelung.

Ich möchte das Thema schlicht und einfach einmal beendet wissen und dazu bietet so ein Jubiläumsjahr wie das Jahr 2016 eine Gelegenheit. Da geht ein Fenster auf und dann geht es wieder zu. Ich darf in Erinnerung rufen, dass zum 50 Jahre Republik Jubiläum wir die alte Residenz rückübertragen bekommen haben ins Eigentum des Landes - solche Jubiläen sind nun einmal eine Gelegenheit. Wir haben in einer langjährigen Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern die Themen diskutiert. Das Problem besteht vor allem darin, dass der Bund sagt, ihr könnt schon euer Vermögen zurückhaben, aber dann müssen wir euch alle Investitionen und die Bezahlung der Kriegsschulden des ersten und auch des zweiten Weltkrieges anteilig gegenrechnen, und das ist natürlich kein Weg, der zielführend ist. Daher kann das nur politisch gelöst werden. Wir haben dieses Thema in vier Sachbereiche unter-

gliedert, in einen Teilbereich Liegenschaften, in einen Teilbereich Denkmäler, in einen Teilbereich Bundesforste und in einen Teilbereich Kunst- und Kulturgüter.

Ich muss dazu sagen, dass die Regelung, dass der Bund Treuhänder des Ländervermögens ist, ihn nicht daran hindert, dass er einzelne Vermögensgegenstände verkaufen darf, solange er nur die Substanz insgesamt aufrechterhält. Wenn ich zum Bereich Kunst- und Kulturgüter komme, es wurden in diesen Jahren, bis 1816, in diesen kritischen 15 Jahren, ungefähr 10.000 Kunstgegenstände aus Salzburg weggebracht, da haben sich alle bedient. Zuerst die Toskana-Habsburger, dann die Franzosen, dann die Bayern, dann die Österreicher, dann die Franzosen noch einmal, dann die Bayern ganz kräftig und dann war Napoleon endgültig besiegt und alle Länder haben sich das, was nach Paris gekommen ist, zurückgeholt, nur die Habsburger und Wien hat das überhaupt nicht interessiert was von Salzburg nach Paris gekommen ist, daher ist auch noch Erhebliches in Paris. Einen Teil, einen winzigen kleinen Teil kann man ja bei der Landesausstellung anschauen, was aus Florenz, Paris, München und Wien ausgestellt wird.

Bei diesen Gegenständen im Ausland, da haben wir keine Chance, aber mit Wien haben wir eine gewisse Chance. Es gibt auch einen politischen good will. Ich bitte aber um Verständnis, dass ich jetzt aus verhandlungstaktischen Gründen keine Details sagen möchte, was wir alles vorgelegt haben, was restituiert werden soll. Es gibt natürlich die Festung, das ist klar, die ist eine Symbolgeschichte, die wollen wir wieder zurück haben, aber es gibt natürlich auch andere Liegenschaften und auch im Bereich der Kunst- und Kulturgüter gibt es einiges, das wir zurück haben wollen, da sind laufende Gespräche im Gang. Die Forderungen sind im Wesentlichen vorgelegt.

Mein Ziel ist, diese Gespräche im Laufe dieses Jahres abzuschließen und eine politische Gesamtvereinbarung zustande zu bekommen. Ich muss Dir leider sagen, dass es sehr kompliziert ist, weil wir es nicht nur mit dem Finanzminister zu tun haben, der da generell mitredet, sondern auch mit dem Wirtschaftsminister, der für die historischen Bauten zuständig ist. Die Burghauptmannschaft ressortiert ja zum Wirtschaftsminister, wie auch die Denkmäler. Wir haben es mit dem Landwirtschaftsminister zu tun, weil der für die Bundesforste zuständig ist und wir haben es mit dem Kunstminister zu tun und diversen Museumsdirektorinnen in Wien, die für die Kunstgegenstände zuständig sind. Dass aus der Verwaltung diese Dinge nicht besonders unterstützt werden, in den Wiener Ministerien, ist im Bereich des Erwartbaren gewesen. Wie es ausgeht, werden wir sehen.

Ich würde mich freuen, wenn wir dieses Thema abschließen könnten und als Ergebnis einiges nach Hause bringen, z. B. was die Bauten betrifft, aber nicht um jeden Preis. Bei den Kunstgegenständen schaut es anders aus, da wollen wir schon einiges zurück haben, aber auch nicht 10.000 Gegenstände, weil wir könnten sie ja gar nicht restaurieren, sie auch nicht in Depots legen, wir hätten gar nicht die Möglichkeiten dazu, aber einige besonders aussagekräftige und für uns bedeutsame Stücke gehören wieder her. Einige Akten, die in der Nationalbibliothek sind, wollen wir ebenso haben, da hat es eine Arbeitsgruppe ge-

ben, die eingesetzt wurde, die hat Vorschläge erarbeitet von Spezialisten, und ich versuche zu erreichen, was zu erreichen ist.

Wie gesagt am Anfang steht eine politische Vereinbarung, wenn sie zustande kommt, das Ergebnis ist offen, ich kann jetzt nichts versprechen, auch ein Scheitern ist im Bereich des Möglichen, das sage ich auch ganz ehrlich. Das ist die erste Hürde. Die zweite Hürde ist, dass wir ein Verfassungsgesetz im Nationalrat brauchen. Das heißt, da müssen wir für die entsprechenden Mehrheiten sorgen und wenn wir diese beiden Hürden übersprungen haben, dann kann man, glaube ich, einen positiven Bericht abgeben. Aber ob es dazu kommt, ist offen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Abgeordneter, bitte schön!

Abg. Essl: Herr Landeshauptmann!

Ich möchte wirklich danke sagen für Ihren Einsatz. Sie haben das jetzt geschildert, ist ein langer Kampf. Ich habe mich 16 Jahre beteiligen dürfen bei dieser Vermögensauseinandersetzung mit dem Bund und ich glaube, dass der Salzburger Landtag Sie voll unterstützen wird, dass wir unsere Kulturgüter, unseren Besitz zumindest zu Teilen wieder erhalten. Danke sehr.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Somit kommen wir zur mündlichen Anfrage Nummer vier.

6.4 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner an Landesrat DI Dr. Schwaiger zur Veröffentlichung der Einkommensberichte des Landes 2014 und 2015

Bitteschön Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler-Kainzner: Dankeschön Frau Präsidentin. Herr Landesrat!

Laut einstimmigen Beschluss des Landtages aus dem Jahr 2013 soll es auch für das Land Salzburg Einkommensberichte geben, bis heute liegen die nicht vor. Ich habe vor dem Sommer eine Anfrage gestellt und in der Anfragebeantwortung Nr. 205 geben Sie dafür folgende Gründe an: Erstens, weil die Einkommensberichte noch nicht im Salzburger Gleichbehandlungsgesetz verankert sind, weil die Art und Basis der Veröffentlichung nicht geklärt ist und es offen ist, welche Unternehmen des Landes einbezogen werden, weil die ressortverantwortlichen Regierungsmitglieder Landeshauptmann Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl und Sie selbst einer Veröffentlichung noch nicht zugestimmt haben.

Ich stelle daher laut § 78 a Geschäftsordnung des Landtages folgende mündliche Anfrage. In der Anfragebeantwortung wurde eine mögliche Veröffentlichung der Einkommensberich-

te für den Herbst avisiert. Es ist Herbst. Wann werden die Einkommensberichte veröffentlicht?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Ich danke für die Frage und die Feststellung, dass Herbst ist, aber noch nicht lange.

Wie in der Anfragebeantwortung im Juli 2016 sind hier, Sie haben die vier maßgeblichen Punkte angegeben, die durchaus zu Verzögerungen, Abstimmungsproblemen nicht nur im Ressort, sondern da gibt es auch Abteilungen und unterschiedliche Institutionen wie Krankenhaus, wie Schule und wie der Bereich der Hoheitsverwaltung, für den ich zuständig bin. Das heißt das ist nicht eine politische Abstimmung, die wäre nicht wahnsinnig schwer, sondern auch eine inhaltliche, wie wir das Gesamte angehen.

Ich kann Ihnen berichten der Bericht ist im Rohkonzept fertig. Ich kann heute hier nur für meinen Bereich sprechen und für den Teil der Hoheitsverwaltung. Die Gestaltung des Berichtes hat in den letzten Wochen noch stattgefunden, der tatsächlich aussagekräftig und, weil es der erste Einkommensbericht ist, auch die Basis für die kommenden darstellt, um Vergleiche heranzuziehen können zu einem späteren Zeitpunkt. Das heißt der Erste hat natürlich mehr Aufwand in der Darstellung wie der Zweite oder der Dritte. Die Verankerung im Salzburger Gleichbehandlungsgesetz hat sich verzögert, aber wir sind jetzt soweit, dass der Herr Landesamtsdirektor von der Regierung beauftragt worden ist, diesen Bericht zu veröffentlichen.

Ich gehe davon aus, der Landesamtsdirektor ist heute nicht da, dass dies im Laufe des Oktobers, und das ist noch die erste Hälfte des sozusagen des Herbstes, tatsächlich stattfindet. Die Abstimmungen auf Amtsebene sind abgeschlossen und es wurde dem Landtagsbeschluss sozusagen, wenn man den Gesamtbericht dann sieht, aus meiner Sicht vollinhaltlich entsprochen. Selbstverständlich bekommen Sie, sobald er fertig ist, alle Landtagsklubs den Bericht. Vielleicht ganz kurz zum Inhaltlichen, was nicht wirklich jetzt die Frage ist, aber eine Grobdurchsicht in einer Minute.

Nach der Aufbereitung einiger kleiner Änderungen, sozusagen zur Synchronisierung der Bereiche, die im Bericht drinnen sind, ist es aus meiner Sicht so, dass Form und Tiefe des Berichtes geeignet sind, ihn als wirkliche Vorlage für die Jahre der Wiederholung, das kann man diskutieren, ob das jährlich ist, ist nach dem großen Aufwand jetzt zu hinterfragen, aber in einem zwei-, dreijährigen ist das mit Sicherheit durchaus möglich. Der Bericht zeigt, dass es noch immer Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen gibt. Die Gründe sind, und das war auch ein Teil das herauszuarbeiten und aufzubereiten, erstens das Lebensalter und die Berufsgruppen. Das Lebensalter ist insofern deutlich unterschiedlich, weil die Frauen im Schnitt deutlich jünger sind wie die männlichen Kollegen. Das ist im Landesdienst, in der Verwaltung ganz massiv, in anderen Bereichen auch. Es gibt einen wesentlich größeren, und das ist ja nichts Neues, Anteil der Teilzeitbeschäftigung,

die dann in gewisser Weise zu bereinigen sind. Unterschiedliches Pensionsalter spielt eine Rolle, insbesondere nicht bei den Beamten, sondern im VB Bereich und wir haben insbesondere in der Nichthoheitsverwaltung einen sehr hohen Anteil an VB Bereich. Es gibt auch sonst noch Unterschiede, die dann jeder, der den Bericht liest, in gewisser Weise ja interpretieren will, aber ich kann Ihnen sagen, dass wenn man die diversen Punkte, das kann man statistisch aufrechnen logischerweise, sind wir hier in einem Unterschiedsbereich, der nicht sehr groß ist.

Ich kenne jetzt nicht die anderen Bundesländer, aber ich kenne jetzt aufgrund dieses Datenmaterials den Bund und im Vergleich zum Bund stehen wir gut da, aber das ist noch nicht sozusagen die Antwort, sondern das ist Auftrag, noch besser zu werden. Mit dem Regierungspartner sind auch diesbezüglich laufend Gespräche, die Frau Mag. Berthold ist momentan nicht mehr da, wo Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der schon relativ gut ausgeprägt ist, noch verbesserungswürdig sein kann, in Einzelbereichen nicht generell, wo bestimmte Maßnahmen getroffen werden, mehr weibliche Führungskräfte im Landesdienst zu haben und insbesondere, und das ist die Wurzel meistens, dass die Aus- und die Weiterbildung hier so abgestimmt wird, dass sie auch tatsächlich möglich ist. Ich habe gerade umgestellt, dass ein Kurs für Mitarbeiter, Maturanten insbesondere, Mittelbau so gelegt wird, weil der hohe Frauenanteil im letzten Jahr ein gewisses Problem dargestellt hat, ist mir berichtet worden, das haben wir jetzt so gelegt, dass es in der Dienstzeit möglich ist. Auch der Frauenförderplan ist letzte Woche in der Regierung umgelaufen.

Es war auch die Frage einen Bericht des Jahres 2014. Da habe ich mich dafür entschieden, die 2014er nicht, die sind sehr, sehr ähnlich mit 2015. Es ist ein wirklicher Datensalat, eine unglaubliche Anzahl in der Differenzierung auf die jeweiligen Bereiche. Ich habe dann gemeinsam festgelegt, dass wir uns mit den 2015 Daten und das Jahr 2010 als Vergleich dazu legen, weil ein Jahresvergleich in der Tiefe nicht möglich ist. Das ist auch kaum interpretierbar. Dass wir jetzt einen Bericht haben, das Jahr 2010, eine vollinhaltliche Darstellung des Jahres 2015 und wir dann diskutieren können, in welchen Abständen dieser Bericht zu legen ist, ich würde vorschlagen so drei Jahre, da sind Entwicklungstendenzen sehr gut ablesbar, aber das obliegt dann ohnehin dem Hohen Landtag, sich dieser Frage näher zu widmen.

Ich halte fest es ist immer noch Herbst und dass es zu Allerheiligen vielleicht einige Tage gibt, wo man den Bericht durchaus studieren kann, dass Ende Oktober der Bericht dem Landtag und auch der Öffentlichkeit zugeführt ist.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler-Kainzner: Dankeschön. Herr Landesrat, danke für diese ausführliche Beantwortung meiner Frage. Mir ist es einfach ganz, ganz wichtig, dass der Bericht vorliegt, das ist vollkommen klar, nach drei Jahren, weil eben auch das Land ist in einer Vorbildfunktion, um in diesem Bereich die Einkommensschere wirklich soweit wie möglich hintanzuhalten und in diesem Sinne hoffe ich, dass der Bericht bald kommt, aber wirklich lesbar ist,

dass man herauslesen kann, wo man ansetzen muss. Ich glaube das ist der wichtigste Ansatz und in der Hinsicht danke schön und natürlich werde ich ihn genau lesen und dann werden wir weiter diskutieren. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Somit die letzte

6.5 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend neues Raumordnungsgesetz

Bitteschön!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Astrid!

Wie bereits im Juni und ein halbes Jahr davor, darf ich wieder einmal die Anfrage stellen, wie es mit dem Raumordnungsgesetz aussieht, nachdem es mittlerweile doch seit Jahren angekündigt wird. Bei der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen als auch in Medien kündigt die Landesregierung jetzt die Zuleitung des Gesetzes regelmäßig an. Zuletzt wurde von Dir in einer Anfragebeantwortung gesagt, dass eine Punktation der Legistik zugeleitet werden soll.

Ich darf daher fragen: Wann wird die Salzburger Landesregierung dem Landtag die Novelle des Raumordnungsgesetzes vorlegen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke Herr Abgeordneter. Ich bedanke mich ausdrücklich für Deine Anfrage, weil sie auch zeigt, dass nicht nur die Zeit schneller vergeht als mir lieb ist, sondern es trifft ja auch bei mir inzwischen auf eine gewisse Ungeduld, mit der ich auch fertig werden muss, dass der Entwurf noch nicht fertig vorliegt. Ich darf Dir aber gerne antworten auf die Frage der Zuleitung der Punktation an die Legistik. Die ist im Sommer erfolgt. Die Punktation war die politische Einigung, die auch in den Medien im Zuge der Pressekonferenz und der Unterlagen veröffentlicht worden ist und dazu gibt es Textentwürfe für darüberhinausgehende Änderungen im Raumordnungsgesetz. Diese Texte sind bei der Legistik und seit Sommer wird auch konkret an der Ausarbeitung der legistisch formulierten Paragraphen und dazu der Erläuterungen gearbeitet. Es gibt dazu wöchentliche Arbeitssitzungen in einem sehr kleinen Kreis zwischen Abteilung und Legistik. Es gibt parallel dazu seit Herbst auch die politische Abstimmung dort, wo Fragen oder Änderungsbedarf im Zuge der legistischen Formulierung auftauchen. Bei dieser politischen Abstimmung sind unter anderem auch die Raumordnungssprecher der Regierungsparteien dabei, um fortlaufend die Arbeit der Legistik zu erörtern.

Ein gewisser limitierender Faktor sind derzeit schlichtweg auch die personellen Ressourcen in der Legistik, obwohl aus meiner Sicht die Bearbeitung der ROG-Novelle jedenfalls jetzt vorrangig erfolgt. Der nächste Schritt ist, sobald diese legistischen Entwürfe vorliegen, ist

die Novelle, die in die öffentliche Begutachtung gehen soll. Das ROG ist eine sehr komplexe Materie und auch in den vielen Fragestellungen, die medial diskutiert werden, sichtbar. Heikle Themen von der Zweitwohnsitzproblematik bis zur Baulandbilanz und Siedlungsschwerpunkte, viele Fragen, die einer tieferen Erörterung bedürfen und auch medial immer wieder behandelt werden. Es geht auch anderen Ländern nicht viel anders, dass es ein zeitlich aufwendiger Prozess ist. Wenn man nach Südtirol schaut, wo derzeit ein neues Raumordnungsgesetz in Ausarbeitung ist, dort hat der Diskussionsprozess im Herbst 2014 begonnen, dann wurden Leitlinien beschlossen, also parallel jetzt, wie auch von uns in der politischen Abstimmung die wichtigsten Eckpunkte vorgegeben worden sind, und trotzdem ist ein formulierter Gesetzestext noch nicht soweit fertig, sondern soll laut Ankündigung zwischen Oktober 2016 und Oktober 2017 beschlossen werden können. Also tatsächlich bedarf es dann, sobald man einsteigt in die Debatte, einer tiefergehenden Diskussion und es braucht immer wieder ein Abwägen, weil es ein verzahntes System ist. Das heißt ich gehe davon aus, dass wir jetzt, wir haben von den Paragraphen mehr als die Hälfte derzeit fertig bearbeitet, einschließlich der Erläuterungen, dass wir Oktober, Anfang November den Text soweit fertig haben, dass er dann in die Begutachtung gehen sollte. Also das definitive Ziel ist es, jedenfalls im Herbst noch den Text noch in die öffentliche Begutachtung zu schicken.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke sehr. Du hast davon gesprochen, dass es eine politische Abstimmung der einzelnen Textierungspunkte gibt. Haben sich dabei auch noch unterschiedliche Sichtweisen in grundlegenden raumordnungspolitischen Punkten ergeben oder ist das insofern jetzt alles geklärt? Gerade der Landeshauptmann hat ja vor kurzem doch sehr markant einen Unterschied in der Wahrnehmung des ländlichen Raumes in den Regierungsparteien angesprochen. Ist das auch noch politische Debatte bei Ihren Abstimmungsgesprächen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Eine solche Differenz wäre mir bisher in den politischen Gesprächen nicht aufgefallen, kann ich bisher ausschließen. Wir sind in den Entwürfen der Novelle unverändert auf dem Zielpfad, den wir im Juli auch öffentlich vorgestellt haben.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke sehr. Dann darf ich zusammenfassen. Dann harren wir der Dinge und warten weiter auf den Entwurf des konkreten Textes und ich merke mir einmal diese Anfrage für die Dezembersitzung wieder vor.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Somit haben wir die mündlichen Anfragen abgearbeitet und wir kommen zu

Punkt 7: Dringliche Anfragen

Ich übergebe wieder an Präsidentin Pallauf.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (hat den Vorsitz übernommen): Danke vielmals, Frau Zweite Präsidentin.

Wir kommen nunmehr zur

7.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Mayr bezüglich Wohnbauförderung (Nr. 34-ANF der Beilagen)

Ich ersuche die Schriftführerin um Verlesung der dringlichen Anfrage. Bitte!

Abg. Jöbstl (verliest die dringliche Anfrage):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Sehr geehrter Herr Landesrat Mayr, ich ersuche Dich jetzt um Beantwortung der dringlichen Anfrage. Du hast zehn Minuten.

Landesrat Mayr: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorweg möchte ich die fünf Fragen konkret beantworten. Erste Frage: Im Bereich der Errichtungsförderung wurden für den genannten Zeitraum abzüglich abgelehnter und zurückgezogener Anträge 1.043 Anträge eingebracht. Im Bereich der Kaufförderung wurden für den genannten Zeitraum abzüglich zurückgezogener und abgelehnter Anträge 1.045 Anträge eingebracht. Bei beiden Fördersparten muss darauf hingewiesen werden, dass sich aufgrund von Übergangs- und Bearbeitungsfristen noch Veränderungen nach unten ergeben können.

Zweite Frage: Mit Stichtag 4. Oktober 2016 wurden im Bereich der Errichtungsförderung 471 Förderungen zugesichert und im Bereich der Kaufförderung 464 Zusicherungen ausgestellt.

Dritte Frage: Der Gesamtbetrag für die zugesicherten Förderungen beträgt präzise € 41,835.700,--. Wie erfolgt die budgetäre Bedeckung? Vierte Frage: Die budgetäre Bedeckung für die zugesicherten Förderfälle aus den im Zeitraum genannten Ansuchen erfolgen aus den Landeshaushalten 2015 und 2016, und zwar im Rahmen der 141Mio. und zehntausend Euro bzw. valorisierten Wohnbauförderungsbudget und in den Folgejahren wird der Mehrbedarf im Bereich der Eigentumsförderung aus Umschichtungen innerhalb des Wohnbaubudgets bedeckt werden. Ein diesbezüglicher Regierungsantrag wurde am 29. September 2016 entsprechend beschlossen. Ich sage gleich dazu es gibt auch mit diesen Umschichtungen überhaupt keine Einschränkungen sowohl in der Menge von insgesamt

1.500 geförderten Wohnungen wie auch z.B. in der Höhe der Miete. Das zur Beantwortung Ihrer fünf Fragen.

Jetzt ein paar Worte zur Wohnbauförderung an sich. Habe ich eine vergessen? Entschuldigung. Letzte Frage: Die Auswertung aus dem Datenbestand der Wohnbauförderung kommt zum Ergebnis, dass es im Bundesland Salzburg insgesamt 25.500 geförderte Mietwohnungen gibt. Derzeit stehen 4.300 Wohnungen an, dass diese eine Mietenzstützung mit 1. Jänner 2017 bekommen werden. Weiters kommen noch 2.400 private Mietwohnungen dazu in der Gesamtbetrachtung und davon werden 250 Wohnungen die geplanten Referenzwerte überschreiten und somit auch einen Zuschuss bekommen. Jedes Jahr praktisch wachsen wieder neue Fälle hinein bis zu einer Gesamtzahl von 25.500 und bis zum Jahr 2046.

Jetzt ein paar Dinge zur Wohnbauförderung an und für sich. Es war eine Neukonzeption der Wohnbauförderung dringend erforderlich aus folgenden vier Gründen. Erstens: Diese Landesregierung wollte diese Politik des Schuldenmachens nicht mehr weiter machen, wollte nicht, konnte nicht, durfte nicht auch aufgrund von Stabilitätsgründen. Zweitens war es uns und ist es uns sehr wichtig, eine konsequente Wohnbaupolitik in allen Rechtsformen anzubieten. Drittens, was uns sehr wichtig ist, eine echte soziale Hilfestellung für jene Menschen, die eine Unterstützung brauchen gerade in der Wohnbeihilfe. Viertens die Mietensenkung, wo einfach eine Fehlentwicklung der letzten Jahrzehnte korrigiert werden muss, wo sehr viel Geld in die Hand genommen wird. Das heißt in der alten Wohnbauförderung gab es einfach ein Versagen, das muss man ganz einfach so feststellen, in der Finanzierung, in der Wohnungspolitik an und für sich und vor allem auch im Bereich der Mieten und der Wohnbeihilfe.

Warum Finanzierung? Der Liquiditätsbedarf der Jahre davor betrug rund 300 Mio. Euro im Jahr. Das konnte nicht aufgebracht werden und das konnten wir auch so nicht weiterführen. Mit diesen 300 Mio. wurden im Schnitt von 2008 bis 2013 rund 1.270 geförderte Wohnungen jährlich errichtet. Wir haben jetzt ein Wohnbaubudget von valorisierten 140 Mio. und werden nachhaltig mindestens 1.500 Wohnungen, geförderte Wohnungen im Jahr errichten. Besonders dramatisch war der Eigentumsbereich z.B. in der Kaufförderung 2012 221 Fälle, 2013 232 Fälle, 2014 158 Fälle. Noch dramatischer im Errichtungsbereich. 2012 79 Fälle, 2013 33 Fälle, 2014 18 Fälle. Da musste natürlich eingeschritten werden.

Im Mietbereich war das Problem insofern hoch, dass es meinem Vorgänger immer wichtig war, bei Übergabe der Wohnung eine günstige Miete darstellen zu können. Die war nicht mehr berechenbar. Jetzt hat man sich dazu entschlossen, eine sogenannte Staffelannuität in der Finanzierung dahinter zu stellen, was dann die Folge hatte, dass sich diese sehr günstige Miete am Anfang sehr schnell sehr negativ entwickelt hat, eine Steigerung um bis zu 70 % in den ersten zehn Jahren. Die Menschen konnten sich diese Wohnungen schlichtweg nicht mehr leisten.

Ein weiteres Problem war die Wohnbeihilfe. Da hat die SPÖ offenbar vergessen, sich mit dieser Wohnbeihilfe zu beschäftigen, die Zumutbarkeitstabelle entsprechend jährlich an-

zupassen und irgendwann ist das Land Salzburg hier an letzter Stelle gelandet. Wir haben mit 1. April die Bedingungen massiv verbessert und werden sie noch einmal, und das ist ein Teil der Mietenförderung, mit 1. Jänner 2017 noch einmal verbessern. Heute, zwei Jahre in der neuen Wohnbauförderung, erhalten um 50 % mehr Haushalte eine Wohnbeihilfe. Wir haben die Ausgaben für die Wohnbeihilfe nahezu verdoppelt, von rund 11 Mio. auf rund 22 Mio.

Ich habe ein Beispiel, das das sehr klar darstellt. Ich habe als Beispiel eine Alleinerzieherin mit einem Kind, die hat ein Nettoeinkommen von € 1.200,-- 14 mal, und bezieht 12mal Alimente in der Größenordnung von € 250,--. Die erhielt bis zum 31. März 2015 € 161,-- an Wohnbeihilfe, die erhält sein 1. April 2014 € 244,-- und die erhält ab 1. Jänner 2017 € 260,--. Das ist eine Steigerung von über 60 % und hilft natürlich diesen Menschen massiv und deshalb war uns genau dieser Bereich so wichtig.

Mietenstützung: Diese Regierung ist bereit, dieses sozialdemokratische Wohnbaudesaster wirklich zu sanieren. Das kostet uns unwahrscheinlich viel Geld, um die 300 Mio. Euro bis zum Jahr 2046. Wir sind bereit, diese Sache zu reparieren. Die große Dankbarkeit höre ich nicht. Es hat im Sommer ja sehr, sehr viel da mediale Berichterstattung gegeben, obwohl wir das eigene Versagen da reparieren. Wir reparieren das, was Burgstaller, Brenner und Blachfellner wirklich da, ich sage es einmal ganz flapsig, verbockt haben. Das muss auch repariert werden, weil den Menschen geholfen werden muss und weil wir einfach einen Miettourismus vermeiden möchten.

Das neue Gesetz gibt es nun seit eineinhalb Jahren und das Gesetz ist völlig neu. Dass es dann gewisse Nachbesserungen gibt, das versteht sich von selber. Die Regierung hat mit den aktuellen Maßnahmen folgende Punkte wirklich erreicht. Erstens: Die langfristige Finanzierbarkeit und das Erreichen der Fallzahlen von 600 Einheiten im Eigentum, von 900 Mietwohnungen und von 3.500 Sanierungsfällen ist nachhaltig sichergestellt. Zweitens: Ein ambitioniertes Mietensenkungsprogramm wurde ausgearbeitet und wird mit 1. Jänner 2017 in Kraft treten als Hilfe für die Menschen, als Vermeidung eines Mietentourismus. Drittens: Wir haben auch eine Maastricht-schonende Förderung des Mietwohnbaus beschlossen unter Einbeziehung der gemeinnützigen und der gewerblichen Wohnbaugesellschaften und natürlich ohne dass die Mieter in irgendeiner Art und Weise hier Nachteile bekommen und die Gesamtfinanzierungslaufzeit immer noch unter jener liegt, die beim früheren Wohnbauförderungsmodell angewendet wurde, eine neuerliche Senkung des zumutbaren Wohnungsaufwandes, um wirklich Menschen zu helfen, die es brauchen.

Ich bedanke mich am Schluss wirklich ganz, ganz herzlich bei den Regierungsmitgliedern, bei den Wohnbausprechern und bei den Klubobleuten der beiden Regierungsparteien, bei den Mitarbeitern der Abteilung zehn und der Abteilung acht und auch bei den gemeinnützigen und gewerblichen Bauträgern für diese tolle Zusammenarbeit in den letzten zwei Monaten und ich bin ganz überzeugt, dass wir hier genau das erreicht haben was wir möchten, nämlich eine wohnbaupolitische Maßnahme, wo mit möglichst wenig Einsatz sehr viel an Effizienz und sehr viel an neuen Wohnungen errichtet werden können und auch unter

Einbeziehung eines großen sozialpolitischen Zweckes, dass einfach die Wohnbeihilfe für die Menschen, die es brauchen, ganz entschieden verbessert worden ist. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, der Abgeordneten Fürhapter und des Abgeordneten Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, Herr Landesrat, für die Beantwortung. Kollege Meisl für den Fragesteller, die SPÖ. Bitte, Du hast auch zehn Minuten. Ich werde auch bei acht Minuten erinnern, dass nur mehr zwei Minuten übrig sind.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben vor rund eineinhalb Jahren diese Wohnbauförderung der Landesregierung, genau gesagt war es am 14. Jänner 2015, im Landtagsausschuss sehr ausführlich und auch sehr kontroversiell diskutiert und es gab damals die Anregung an uns Oppositionsparteien, wir sollten doch nach einem angemessenen Zeitraum und nach ersten Erfahrungen die Regierung bei ihren Worten und bei ihren Taten messen. Heute ist dieser Tag gekommen und ich darf anhand von sechs Aussagen von damals einen sogenannten Faktencheck dieser Regierung durchführen.

Eine Aussage war eines Regierungsvertreters „Diese Wohnbauförderung ist ein wohnpolitisch großer Wurf.“ Das ist immer ein Zitat, wenn ich das anführe. Eine Salzburger Tageszeitung titelt ganz anders vor einigen Wochen. Sie betrachtet diese Wohnbauförderung als Bruchlandung. Eine zweite Salzburger Tageszeitung erfindet gleich auf eine sehr zynische Art und Weise den Mayr-Jackpot und betitelt diese Wohnbauförderung mit einem Mayr-Jackpot und eine österreichweite Tageszeitung titelt erst vor wenigen Tagen ein Debakel der Landesregierung von Landeshauptmann Haslauer.

Es wurde auch damals gesagt von einem Regierungsvertreter „ein ganz zentrales Anliegen dieser Wohnbauförderung“, es wurde heute ja wiederholt, „ist es die Senkung der 19.000 Altmieten. Es kommen 19.000 Mieterinnen und Mieter in den Genuss einer Mietsenkung“. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir warten heute noch darauf und dieselbe Ankündigung hören wir heute nach knapp zwei Jahren wieder. Leider gab es für die Mieterinnen und Mieter bis dato noch keine Mietsenkung.

Auch wurde angeführt, und das diene zur Untermauerung wie toll das System ist, 35 Jahre Erfahrung in Finanzangelegenheiten stecken in diesem neuen System. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen jetzt nach knapp einem guten Jahr, dass aufgrund dieser großzügigen Geldgeschenke der Landesregierung in der Wohnbauförderung, speziell im Eigentumsbereich, wir einen budgetären Mehrbedarf von rund 50 Mio. Euro haben, der - wie auch immer - in den nächsten Jahren gedeckt werden muss. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landesrat! Offensichtlich reichen 35 Jahre Erfahrung in Finanzangelegenheiten für die Wohnbauförderung nicht aus.

Es wurde auch behauptet, dass die Beibehaltung des alten Darlehenssystems hätte zu großen Problemen mit Maastricht geführt. Ein Zitat aus der damaligen Wortmeldung. Wir wissen heute unzweifelhaft, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Diese Wohnbauförderung mit nicht rückzahlbaren Zuschüssen ist Maastricht-relevant und hat die Landesregierung dazu gezwungen, im Mietwohnbereich, zumindest in Teilbereichen wieder zum Darlehensmodell zurückzukehren eben aus Gründen des Maastricht-Defizits, aber, wie nicht anders zu erwarten, wurde das, und das ist, Herr Landesrat, wieder eine falsche Aussage von Ihnen, wurde das auf dem Rücken der Mieter ausgetragen, die in Zukunft nämlich länger die hohe Miete zahlen müssen und definitiv belastet werden.

Auch wurde damals gesagt, dass es definitiv falsch ist, das wurde sehr vehement gesagt von einem Regierungsvertreter, dass der Wohnbaufonds ein Nettovermögen von 1,5 Mrd. Euro hat. Spätestens seit dem Tag als der Finanzreferent seinen Bericht dem Landtag übermittelt hat, wo der Wohnbaufonds aufgelöst worden ist, wissen wir, dass er exakt ein Vermögen hatte der Wohnbaufonds von 1,56 Mrd. Euro. Das heißt er war unzweifelhaft die Schatzkiste der Landesregierung und es wurde, und das möchte ich herausgreifen, ein letztes Zitat sagen, und das ist für mich heute noch unverständlich, wie man das sagen kann: „Mit der neuen Wohnbauförderung sind wir sozialpolitisch am richtigen Weg.“ Wie man ein Fördersystem, das zulässt, dass Luxusvillen gefördert werden, die Baukosten von über 1 Mio. Euro haben, und da sind Grund und Boden nicht mit dabei, wie man das zulassen kann, und dann noch sagt das ist ein Fördersystem, das sozialpolitisch am richtigen Weg ist, ist mir völlig schleierhaft.

Tatsache ist jedenfalls, dass diese Wohnbauförderung ganz massive Konstruktionsfehler hat und diese Konstruktionsfehler wurden auch damals debattiert. Wir als Sozialdemokraten haben darauf hingewiesen, aber vor allem haben viele Experten darauf hingewiesen, leider wurde auf diese Kritik nicht eingegangen. Dieser Versuch, der jetzt unternommen wird, dieser Reparaturversuch, diese Wohnbauförderung umzugestalten, kann vielleicht in einigen Punkten gelingen, aber aus unserer Sicht wurde ein ganz zentraler Punkt nicht mitaufgenommen und völlig außen vorgelassen, das sind nämlich diese hohen Einkommensgrenzen, die diese Salzburger Wohnbauförderung hat. Was bewirken nämlich diese hohen Einkommensgrenzen? Zum einen habe ich Mitnahmeeffekte. Die Förderung landet nicht dort, wo sie landen soll, nämlich bei Salzburgerinnen und Salzburgern, die dringend Geld brauchen, um sich ihr Eigenheim oder ihre Mietwohnung leisten zu können, sondern ich habe reine Mitnahmeeffekte, und das beweisen auch die Zahlen der Statistik Austria, die mittlerweile bis 2016, bis zum ersten Quartal vorliegen, dass wir nicht mehr Wohnbau in Salzburg haben, sondern dass die Wohnbauleistung in den letzten Jahren immer dieselbe war, das heißt wir haben Mitnahmeeffekt.

Zum Zweiten bewirkt diese hohe Einkommensgrenze, dass ich einen großen Bevölkerungsbereich habe, der grundsätzlich einen Antrag stellen können. Das heißt die Anzahl der Antragsteller ist nicht abgebildet in den budgetären Mitteln und das führt dazu, und das erleben wir wahrscheinlich mit 1. Jänner 2017, dass wir in Zukunft in der Wohnbauförderung nach dem Prinzip leben wer als Erster kommt, malt als Erster, eine Zeitung bezeichnet es

als Windhundprinzip. Ich bin der Meinung, und wir Sozialdemokraten sind der Meinung, das kann man von mir aus bei anderen Förderungen machen, aber hier geht es um die Lebensgrundlagen von Salzburger Menschen, hier geht es ums Wohnen und hier kann es nicht sein, dass nach dem Prinzip wer als Erster kommt malt als Erster Förderungen vergeben werden. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Besonders bemerkenswert waren aber aus meiner Sicht einige der Äußerungen des Landesrates in den letzten Wochen, die nicht nur widersprüchlich waren, die zum Teil einfach objektiv falsch waren und die die Glaubwürdigkeit alles andere als des Landesrates erhöht haben. Ich darf drei Beispiele dazu anführen. Ganz kurz. Am 22. Juni habe ich im Landtagsausschuss den Landesrat gefragt, ob es tatsächlich stimmt, dass es Budgetnöte in der Eigenheimförderung gibt. Er hat es damals beantwortet mit dem Satz: „Das ist eine Legende.“ Nachzuhören in der Videoaufzeichnung des Landtagsausschusses. Wenige Tage später wussten wir es ist alles andere als eine Legende, sondern auch der Landesrat musste zugeben, dass die Töpfe leer sind.

Weiter ging es mit einer Aussage des Landesrates, es war im Zuge des Aufkommens dieses Falls dieser Luxusvilla, die gefördert wurde, wo er behauptet hat, dass ihm und auch der Abteilung die Bausummen von Objekten nicht bekannt sind. Herr Landesrat, da ist einfach falsch, schlichtweg falsch. Der Wahrheitsbeweis ist relativ leicht anzutreten, weil jedem Akt liegt nämlich das sogenannte Formblatt „Finanzierungsplanung Errichtung“ bei und aus diesem Formblatt kann man relativ leicht ersehen die Nutzflächen des einzelnen Objektes, aber vor allem kann man die Bausumme des Objektes sehen, weil das ganz klar aufgelistet ist sogar in einzelnen Gewerken. Also die Äußerung war einfach falsch.

An einem dritten Beispiel möchte ich es fest machen. 19.000 Mieter, jetzt sind es 25.500, werden in den Genuss einer Mietsenkung kommen. Wir unterstützen das im Übrigen. Tatsache ist aber, dass Einkommensgrenzen eingezogen werden. Bis vor wenigen Wochen war die Einkommensgrenzen noch so hart, dass laut Experten rund die Hälfte dieser 19.000 Mieterinnen und Mieter möglicherweise in einen Genuss dieser Mietsenkung kommen, mittlerweile sind die Einkommensgrenzen ein wenig angehoben worden. Wir warten einmal was tatsächlich mit 1. Jänner dann in Kraft, wie der Gesetzestext wirklich aussieht und die Verordnung. Tatsache ist aber jetzt schon, dass nicht 19.000 Mieterinnen und Mieter in den Genuss kommen werden, sondern viel weniger, weil es Einkommensgrenzen gibt.

Diese, ich gebe zu, sehr markanten Beispiele aus den letzten Wochen zeigen aber ganz deutlich, wie überfordert der Landesrat mit dem Thema Wohnbau ist und sie zeigen auch, wie unglaublich die Aussagen des Landesrates sind. ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Du bist verurteilt!)

... Manchmal hat man fast den Eindruck, man schweift in manchen Aussagen ab in das Märchenhafte oder mit einem märchenhaften Charakter. Für uns Sozialdemokraten haben die letzten Wochen gezeigt, ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Rechtskräftig verurteilt!)

... dass die hochgepriesene Wohnbauförderung des Landes einen wahren Bauchfleck erlebt hat, dass sie gescheitert ist, aber wir sind gerne bereit, an der Neuaufstellung einer Wohnbauförderung konstruktiv mit unserem Wissen mitzuarbeiten. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Mayer von der ÖVP. Fünf Minuten!

Abg. Mag. Mayer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf den Zuhörer- und Zuschauerbänken!

Jetzt kommt der Faktencheck zum Faktencheck. Der Faktencheck soll ja auf Fakten basieren. Ich habe mitgeschrieben, Roland, sechs Punkte hast Du vorgebracht. Ich werde versuchen, dass man das auch ein bisschen vergleichen kann, anhand Deiner sechs Punkte zu strukturieren.

Erstens der Vorwurf wohnungspolitisch großer Wurf. Ich darf vergleichen Wohnbauförderung alt mit Wohnbauförderung neu. Wohnbauförderung alt – wir haben unsere wohnungspolitischen Ziele nicht erreicht und zu wenig Wohnungen gebaut und wir waren unsozial, Schlusslicht beim zumutbaren Wohnungsaufwand, Schlusslicht was die Mietentwicklung betrifft. 70 % Steigerung in zehn Jahren. Das ist jetzt nicht mehr so. Ich würde sagen wohnungspolitisch großer Wurf, Faktencheck erfüllt.

Zweitens: Senkung der Altmieten. Wird mit 1. Jänner in Kraft treten. Der Faktencheck wird am 1. Jänner nachgereicht. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: 1.1. wann?)

... 1. Jänner 2017. Ich darf hier kurz noch anmerken, warum ist diese Mietensenkung erforderlich. Weil wir einen Systemfehler im Altsystem gehabt haben, weil die zugrundeliegende Einkommensentwicklung ein wenig zu optimistisch war und weil man einfach nur darauf geschaut hat, dass die Wohnung günstig übergeben wird, aber nicht darauf geschaut hat, wie entwickelt sich die Miete. Wir senken nicht nur die Mieten im alten System, sondern wir werden das auch systematisch bereinigen. Jetzt haben wir nicht die Blachfellner-Miete, die so nach oben geht, dass es sich die Menschen nicht mehr leisten können, sondern wir haben Mayr-Jackpot, die Mayr-Miete, die flach um 2 % sich anhebt.

Dritter Vorwurf: Budgetärer Mehrbedarf. Ist nicht richtig. Wir haben valorisiert 140 Mio. Euro budgetiert und es werden valorisiert 140 Mio. Euro für diesen Bereich ausgegeben. Mehr übrigens als wir zweckgebunden vom Bund bekommen, nämlich 112,56 Mio.

Vierter Vorwurf: Maastricht würde auf dem Rücken der Mieter ausgetragen. Das einzige, was sich für den Mieter ändert, ist, dass er eine günstigere Miete bekommt, dass seine Miete gleich bleibt und dass sie weniger steigt. Für den Mieter ändert sich nichts. Er zahlt weniger Miete, seine Miete steigt weniger an und die Maastricht-Kompetenz der SPÖ haben wir eindrucksvoll im letzten Ausschuss demonstriert bekommen.

Nächster Punkt Wohnbaufonds, das Nettovermögen wäre, Zwischenruf Steidl, Du hast erklärt, dass die Auflösung von Rücklagen nicht Maastricht-schädlich wäre. Wohnbaufonds, das Nettovermögen würde abgestritten werden. Was soll denn ein Fonds haben außer ein Nettovermögen, wenn nur Geld einbezahlt wird, das verliehen wird. Das Problem war, dass zusätzlich mit diesem Wohnbaufonds spekuliert worden ist, und zwar in südafrikanischen Rand, in anderen Sachen und dass der Wohnbaufonds völlig intransparent und technisch schlecht aufgemacht war.

Der letzte Vorwurf war, wie kann man das zulassen, sozialpolitisch sind wir am richtigen Weg und das sei eine völlige Fehldarstellung. Wie kann man es zulassen, dass es eine Mietsteigerung von 70 % in zehn Jahren gibt? Wie kann man es zulassen, dass wir absolutes Schlusslicht beim zumutbaren Wohnungsaufwand sind? Das ist doch ein sozialdemokratisches Urthema. Wir haben, diese Regierung hat, nachdem es zehn Jahre nicht angehoben worden ist, zum zweiten Mal senken wir den zumutbaren Wohnungsaufwand.

Wir erreichen jetzt unsere Ziele im Wohnbereich und wir haben eine Mittelstandsförderung und vielleicht noch einen Punkt. Wir stehen auch zum Eigentum. Wenn die Einkommensgrenzen kritisiert werden im Eigentumsbereich, bei führenden Sozialdemokraten ist man bei den Einkommensgrenzen nicht so genau, dann muss ich sagen, wir wollen, dass sich der Mittelstand in Salzburg Eigentum schaffen kann. Die Menschen wollen Sicherheit und Sicherheit gibt Wohneigentum, und das wollen wir für den Mittelstand sicherstellen. Wir haben arbeitsmarktpolitisch einen Rückgang von über 8 % in der Baubranche. Man kann den Erfolg abmessen. Wir wissen von den gewerblichen und von den gemeinnützigen Wohnbauträgern, dass die Branche boomt, dass wir die Wirtschaft ankurbeln, der heimische Installateur, der heimische Fliesenleger, der hier zum Zug kommt. Wenn in der Errichtungsförderung 25.000 bis 30.000 Euro ausbezahlt werden, der nimmt sich doch noch einen Kredit von € 400.000,-- auf, den er in Salzburg investiert und bei den heimischen Handwerkern investiert. Wir haben also eine sozial ausgewogene Wohnbauförderung, eine Wohnbauförderung für den Mittelstand, eine Wohnbauförderung, die die Wirtschaft ankurbelt und eine Wohnbauförderung, die Arbeitsplätze schafft. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, der Abgeordneten Fürhapter, des Abgeordneten Konrad MBA und Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort kommt Kollege Scheinast von den Grünen. Ich wiederhole die Modalitäten der dringlichen Anfrage. Insgesamt 45 Minuten. Ende der Aktuellen Stunde nach 45 Minuten und jeder, der sich meldet, fünf Minuten. Bitte!

Abg. Scheinast: Hohes Haus! Frau Präsidentin! Liebe Regierungsmitglieder! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer!

Ich habe jetzt aufgezeigt nach dem Kollegen Meisl, weil es mir ein Anliegen ist, festzustellen, dass wir versuchen, unter den Rahmenbedingungen, so wie sie sind - und da ist der Stabilitätspakt und die Maastricht-Umstände - die Altmodelle zu sanieren und da geht es darum, das Leben für die Mieter leistbar zu machen, da geht es darum, attraktive Wohnbauförderung zu implementieren. Unter diesen Rahmenbedingungen haben wir jetzt vor allem in der Sanierung dessen, was wir vor eineinhalb Jahren beschlossen haben, glaube ich, Meilensteine gesetzt, mit denen wir ganz gut leben können. Wir haben das, was wir vergessen hatten, z. B. Quadratmeterbeschränkungen eingeführt, es kommen jetzt Begrenzungen bei der Höhe der Baukosten, es wird kostendämpfende Effekte im Eigentumsbereich geben durch die lineare Absenkung bei den Zuschüssen.

Wir werden mit der Änderung beim zumutbaren Wohnungsaufwand die sozial treffsicherste Maßnahme machen, und zwar nicht nur für Mieter im Bereich der Gemeinnützigen, sondern insgesamt für alle Mieter. Das halte ich für eine ganz wesentliche Geschichte, denn obwohl wir wieder erhöhen, sind wir immer noch Schlusslicht - auch das muss gesagt werden - das Bundesland mit den höchsten Wohnkosten. Zum Bereich Wohnbaufonds, wenn es heißt "Nettovermögen des Wohnbaufonds", hat man jetzt gesehen nein, es waren die aushaftenden Darlehen, die jetzt ins Landesbudget eingegliedert worden sind, und das ist bitte nicht das Nettovermögen, weil dem stehen Schulden des Landes gegenüber, die nicht im Wohnbaufonds dargestellt wurden. Insofern stimmt der Begriff mit dem Nettovermögen wirklich nicht. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Steidl: Die sind da schon abgezogen. Darum heißt es ja netto. Der Stöckl hat das referiert. Darum heißt es netto.)

... Dass ich nicht dabei war, macht ja das nicht richtiger oder? Sorry. Man muss schon die Kirche im Dorf lassen. Das Vermögen des Wohnbaufonds sind aushaftende Darlehen und die aushaftenden Darlehen wurden zu einem großen Teil von der OeBFA aufgenommen und sind Teil der Gesamtschulden des Landes. Anders kann man das nicht sehen.

Eine weitere Geschichte, die mir wichtig ist: ich habe, was die Darlehensfinanzierung betrifft, immer gesagt ich halte das für keinen falschen Weg. Ich glaube auch, dass es das Nachhaltigste ist letztlich, nur muss man es machen aus einem Vermögen heraus und nicht durch Schuldenaufnahme. Ich denke mir der Mittelweg, den wir jetzt finden, dass wir einen Teil der Zuschüsse rückzahlbar machen, das ist genau der Weg, den man einschlagen muss, weil eine nachhaltige Wohnbauförderung, die aus den Mitteln, die man zur Verfügung hat, gezahlt wird, das ist die, wo uns nicht parallel zu den Verbindlichkeiten Schulden anwachsen. Das wäre ja genau das Falsche und insofern glaube ich, dass wir mit diesem Weg, einen Teil der Zuschüsse in rückzahlbare Darlehen zu verwandeln, einen richtigen Weg gehen.

Genauso ist es richtig, zum jetzigen Zeitpunkt dafür zu sorgen, dass nicht die Anfangsmieten zu hoch sind, aber dass auch nicht die Steigerung zu hoch ist, dass es eine Balance gibt. Die alten Modelle, am Schlimmsten war, soweit ich mich erinnere, die 90er Förderung, die in den Baukosten auf 18 Euro pro Quadratmeter hinaufgeht und dann kommt noch alles dazu und das bei einer Laufzeit von an die 40 Jahre. Also was da die Idee war, dass man Lohnsteigerungen von 70 %, 80 % in einem gewissen Zeitraum zusammenbringt, das ist einfach nicht realisierbar gewesen und insofern glaube ich, dass wir mit dem, wie wir jetzt vor allem den Mietern helfen, mit dieser Sanierung der Altlasten sozusagen, ich glaube, dass wir da sozialpolitisch eine ganz wichtige Initiative setzen, und das ist mir auch in der gesamten Wohnbaudebatte immer am wichtigsten gewesen, dass das sozial treffsicher ist. Mir ist wichtig, dass die Wohnbauförderung eine Sozialförderung ist und die muss greifen und ich glaube, dass man mit dem, was wir jetzt da beschließen werden noch heuer, auf einem guten und richtigen Weg sind. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, der Abgeordneten Fürhapter und des Abgeordneten Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster Kollege Wiedermann von der FPS. Laut unserer Geschäftsordnung, habe ich schon angeführt, 45 Minuten, aber jede Landtagspartei hat zu Wort zu kommen und als letzte der Antragsteller hat zu Wort zu kommen und da kommen wir mit den 45 Minuten, weil unsere Geschäftsordnung nicht auf fünf Landtagsfraktionen ausgerichtet ist, nicht ganz aus. Mit Ihrem Einverständnis werde ich ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Ich verzichte auf meine Wortmeldung!)

... Gut, dann geht es sich gut aus. Danke. Das war die Frage, ob Du Dich zu Wort meldest. Bitte Kollege Wiedermann!

Abg. Wiedermann: Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Damen und Herren der Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube die Menschen draußen interessiert nicht, ob in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden und Ankündigungen der Politik. Die Menschen draußen wollen einfach Wohnen, das bezahlbar ist. Hier möchten wir von der FPS doch, Herr Landesrat, wir haben ja das in einem Vier-Augen-Gespräch schon ganz kurz angesprochen, einen Weg gehen, der heißt Mut zu günstigem Wohnraum. Ich glaube alleine mit den drei Punkten, die wir hier uns ausgesucht haben, könnte man ohne weiteres Wohnen, den Quadratmeter um € 3,-- billiger gestalten. € 3,--, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist viel Geld auf einen Quadratmeter. Ich möchte das jetzt ganz kurz darlegen.

Die Miete setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen. Unter anderen bei den Grundkosten, der Grundkostenanteil ist derzeit in der Stadt Salzburg liegt bei € 2,--, das ist limitiert, bei anderen Gemeinden ist genau aufgezählt € 1,80 abgestuft bis Innergebirg maximal € 1,20. Hier könnte man nach Rücksprache mit privaten Bauträgern diese Grundkosten um die Hälfte reduzieren. Nach 25 Jahren ist es für den Bauträger immer noch ein gutes Geschäft. Die erste Einsparung.

Das Zweite sind die Errichtungskosten. Man braucht sich nur die Modelle anschauen. Es ist nicht alles gut, was in Oberösterreich ist, aber wenn man sich die Modelle anschaut was die Oberösterreicher haben, dann muss man sich fragen, warum sind die Errichtungskosten in Oberösterreich um rund € 1.000,-- billiger als in Salzburg. Auch hier könnte man entsprechend einsparen, wenn man annähernd das Modell Oberösterreich hier übernehmen würde.

Der dritte Punkt, ein leidiges Thema, das sind die Betriebskosten. Die Betriebskosten, die auch im geförderten Wohnbereich, auch bei den Gemeinnützigen, jetzt hätte ich mich bald versprochen, gemein- und eigennützig, Entschuldigung, bei den Gemeinnützigen die Betriebskosten teilweise an die € 4,-- pro Quadratmeter und sogar darüber liegen. Rechenbeispiele dazu gibt es, Herr Landesrat, ich habe Dir vor kurzem dieses eine Beispiel gezeigt, das ist auf die Dauer nicht hinnehmbar. Also allein diese drei Komponenten, wenn man die wirklich beachten würde, könnte man mit etwas Mut, natürlich muss man eingreifen, auch bei den Gemeinnützigen mit etwas Mut könnte man das Wohnen um € 3,-- billiger gestalten als es jetzt ist. Würde man diese Maßnahme in die Realität umsetzen, würde man das auch konsequent vollziehen, dann könnten wir uns diese Debatten, wie finanziere ich das, wie komme ich zu dieser Förderung, können wir uns das leisten, diese Debatten wären letztlich überflüssig und jenes Geld, das wir uns dadurch ersparen, nämlich bei den Förderungen, in den Wohnbau finanzieren, in den Wohnbau hineinstecken, würde letztlich auch dazu dienen, dass sich das Preisgefüge vielleicht etwas abflacht und nicht ständig steigt.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre ein Weg, den wir vielleicht einmal gemeinsam überdenken sollten in Absprache mit den Zuständigen in der Regierung und auch hier im Hohen Haus und ich darf jetzt schon ankündigen, dass wir in dieser Richtung einen Antrag einbringen werden und freue mich schon auf die Debatte dann im Ausschuss. Vielen Dank. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Die letzte Wortmeldung steht bei den Anfragstellern. Klubobmann Steidl, bitte!

Klubobmann Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein Gesetz wurde am 1. April 2015 vorgelegt, dem glaube ich wenig oder fehlende Erfahrung und gepaart mit politischer Selbstüberschätzung zu einer Regierungsvorlage geführt hat, wo viele geglaubt haben es handelt sich hier um einen Aprilscherz, wurde es ja am 1. April 2015 in Kraft gesetzt, und man sieht im Verlauf der wenigen Monate, dass aus einem vermeintlichen Aprilscherz so etwas werden kann wie ein Debakel der gesamten Regierung, ein Chaos der gesamten Regierung. Das ist nicht ein Terminus, der von uns kommt, sondern so titelten mehrere Salzburger Medien.

Es ist tatsächlich so, hätte der Herr Landesrat und hätte die gesamte Salzburger Landeregierung auf das gehört, was viele Expertinnen und Experten vorgelegt haben im Jahr 2013, dann hätte man sich diesen Bauchfleck und diese zweimonatige Diskussion des Chaos auch erspart und man hätte dem Salzburger Land und damit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auch viel Geld letztendlich erspart, weil es bei diesem Roundtable, der 2013 getagt hat, durchaus ein sehr, sehr gutes und tragfähiges Ergebnis gegeben hätte, aber der Herr Landesrat hat das entgegengenommen diese Ergebnisse und hat es in den nächsten Papierkorb entsorgt und etwas Neues erfunden, das ein Rohrkrepiierer war und das man jetzt wieder reparieren muss. Eineinhalb Jahre in Kraft und eine große Reparatur, ein quasi Totalschaden ist hier entstanden und den muss man reparieren.

Lieber Joschi Scheinast, mit Verlaub. Das sind jetzt keine Zahlen, die von uns kommen, sondern die hat der Herr Landesfinanzreferent beim Rechnungsabschluss hier in diesem Hohen Haus auch präsentiert, nämlich diese 1,56 Mrd. Euro Nettovermögen. Er spricht auch selbst davon und das ist auch der richtige Terminus. Netto heißt da sind die Schulden auch schon abgezogen und das sind grundbücherlich besicherte Darlehen, die draußen sind bei den Darlehensnehmern und die ohne Ausfälle, das zeigt die Vergangenheit auch, retour kommen in den Salzburger Landeshaushalt. Wenn man dann eine Rechnung aufstellt wie hoch sind die Finanzschulden des Landes und dem gegenüberstellt wie hoch ist das Finanzvermögen über diese Darlehen des Landes, dann kommt man zu einem Ergebnis, dass die Finanzschulden, das sind Zahlen des Christian Stöckl nicht von uns, die hat er präsentiert, die habt Ihr alle in Euren Unterlagen, dass die Finanzschulden 2,1 Mrd. betragen und das Finanzvermögen 2,2 Mrd. beträgt. Warum? Weil es nicht nur das Finanzvermögen aus diesem Darlehen des alten Wohnbaufonds, der 2006 gegründet wurde, herausgeht, sondern es hat davor ja auch eine Wohnbauförderung gegeben und der Rest auf diese 2,2 kommt aus diesen Altdarlehen, die ja auch Eingang finden in den Salzburger Landeshaushalt. Das heißt rund 110 bis 120 Mio. erwarten wir jährlich aus diesen Wohnbaudarlehen, die bei den Salzburgerinnen und Salzburgern draußen sind. Das ist letztendlich die Wahrheit.

Ihr seid vor drei Jahren angetreten und habt gesagt ihr müsst in diesem Land einiges reparieren. Tragt jetzt nicht die Schuld irgendwo in die Vergangenheit, sondern seit drei Jahren habt Ihr die Verantwortung und Ihr habt ein Gesetz beschlossen, das überhaupt nicht sozial ist. Ihr habt vor drei Jahren angekündigt, die Mieten zu senken. Was habt Ihr gemacht in diesem Bereich? Nichts und null, aber Luxusvillen werden gefördert, und das seid Ihr jetzt gerade dabei zu korrigieren. Das könnt Ihr nicht abstreiten, das ist letztendlich Fakt. Es ist Euch das Geld ausgegangen bei Eigentum und bei Eigenheim, Ihr habt umstrukturieren müssen von der Sanierung, wir haben eine klimapolitische Aktuelle Stunde gehabt und da wird Grüne Politik kontaktiert, das was Klimapolitik betrifft, im Wohnbauförderregime. Sanierungen werden reduziert, es werden die Eigeheime massiv gefördert und was die Zersiedlung des Landes betrifft, da tut ihr bei diesem Förderregime mit, aber auf der anderen Seite fordert Ihr klimarelevante Politik. Maastricht ist auch nichts Neues, das haben wir von Beginn an kritisiert, dass das Maastricht schädlich sein wird in der gesamtwirtschaftlichen Rechnung, aber das hat man einfach ignoriert und darum stellt man jetzt wieder um auf ein Fördersystem, weil das leistungsfähiger ist.

Lieber Herr Abgeordneter Mayer, natürlich wird es für die Mieterinnen und Mieter teurer, weil das alte System vom Mayr ist ausgelegt auf 25 Jahre Finanzierung und das neue bis zu 40 Jahre, damit wird es auch in der Finanzierung teurer. Mit der Umstellung auf Förderdarlehen wird ein halber Schritt in die richtige Richtung gemacht und das Ganze wieder auf soziale Basis gestellt, aber beim Eigenheim werden nach wie vor Millionen hergeschenkt und für rund 2.000 Fördernehmer werden 90 Mio. Euro aus unserem Landeshaushalt vom Steuerzahler hergeschenkt. Die kommen nicht mehr retour, die sind verloren. Soviel zur sozialen Bewertung. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zur tatsächlichen Berichtigung Kollege Mayer.

Abg. Mag. Mayer: Zur tatsächlichen Berichtigung halte ich fest, dass das alte System der Wohnbauförderung nicht auf 25 Jahre der Finanzierung ausgelegt war, sondern auf 37 Jahre. Wir reden vom SPÖ-System. 37 Jahre, jetzt werden es 32 Jahre. Das ist weniger.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zur tatsächlichen Berichtigung Herr Klubvorsitzender Steidl.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zur tatsächlichen Berichtigung. Ich habe das Wohnbaufördermodell alt Mayr gemeint, weil wir haben jetzt ein neues. Wir haben ein altes Mayr und ein neues Mayr. Also so schnell geht das ja, wenn man etwas falsch macht.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Damit haben wir die dringliche Anfrage beendet. 12:07 Uhr und wir kommen zur nächsten

7.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das neu geschürte Sicherheitspaket
(Nr. 35-ANF der Beilagen)

Lieber Herr Landesrat, ich ersuche im Hohen Haus nicht mit Stühlen zu werfen und seien Sie eingedenk, es ist ein älteres Modell. (Anmerkung: Beim Aufstehen ist Landesrat Dr. Schellhorn der Sessel umgefallen und über eine Stufe zu Boden gestürzt.)

Ich darf jetzt Dich, lieber Kollege Steiner, ersuchen, die dringliche Anfrage zur Verlesung zu bringen.

Abg. Steiner BA MA (verliest die dringliche Anfrage):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Verlesung. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Du hast zehn Minuten, die Fragen zu beantworten. Bitte!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Ich bedanke mich für die Anfrage. Die Sicherheitslage des Landes Salzburg ist im Gesamtkontext der österreichischen Sicherheitslage zu beurteilen. Dazu gibt es einschlägige Berichte des Bundesministeriums für Inneres, wie den Sicherheitsbericht 2015 oder den Staatsschutzbericht. Durch eine enge Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden, Polizei und wichtigen sonstigen Partnern wie dem österreichischen Bundesheer ist es möglich, die Sicherheit der Salzburgerinnen und Salzburger auf einem hohen Niveau zu halten. Dazu möchte ich ergänzen.

Erstens: Es ist erfreulich, dass die Zusammenarbeit zwischen Innenminister Sobotka und Verteidigungsminister Doskozil eine Qualität bekommen hat, wie wir sie in der Vergangenheit nicht hatten, und das erleichtert uns.

Zweitens: Ich freue mich, dass mit vereinten Kräften, und da möchte ich alle Landtagsfraktionen hier einbeziehen, die geplante Bundesheerreform in dieser Weise nicht durchgeführt wurde, und ich rede jetzt bewusst nicht von der Militärmusik, sondern von der Aufrechterhaltung der Kasernenstruktur in Salzburg, vor allem von Tamsweg. Ich rede auch davon, dass wir wieder Infanterieeinheiten in Salzburg bekommen, ein Jägerbataillon bekommen, das FIAB 3 wird ja umgewandelt in ein Jägerbataillon acht heißt es dann, das neben dem Milizbataillon in Salzburg Dienst versehen wird mit einer Jägerkompanie in der Schwarzenbergkaserne, einer weiteren Jägerkompanie in Tamsweg. Tamsweg wird sozusagen vom Jägerbataillon 26 herausgeschält und direkt dem Militärkommando unterstellt, mit einer entsprechenden Stabskompanie.

Geplant ist auch, dass dann eine dritte Jägerkompanie das Bataillon noch vollständig macht, wobei noch ungeklärt ist, ob diese dritte Jägerkompanie nach Tamsweg kommt oder an einer anderen Stelle aufgestellt wird. Das Milizbataillon Salzburg, dessen Verlegung mit Mobilager nach Saalfelden geplant wird, bleibt in Tamsweg. Das ist der aktuelle Stand der Dinge. Um das noch vollständig abzuschließen, das Tanklager und die Tankstelle nehmen den Betrieb wieder auf, die Schneiderei usw. usf.

Also das ist gelungen und uns war auch wichtig, nicht nur der Dienstposten und der Beschäftigung wegen. Ich freue mich sehr, dass auch das Luftstreitkräftekommando jetzt in Salzburg etabliert ist mit Brigadier Gruber an der Spitze. Das sind auch erhebliche Dienstposten, das ist ein ganz spezieller Bereich, aber ich freue mich sehr, dass wir wieder Infanterie- und Jägereinheiten hier in ausreichender Anzahl haben, weil das sind genau diejenigen, die wir brauchen im Katastrophenschutz, in der Bewachung von Gebäuden, in den verschiedensten Einsatzbereichen - ohne Infanterie geht es einfach nicht. Das wissen wir alle. Erste Frage.

Zweite Frage: Gibt es die konkreten Anzeichen von Gefahren für unser Land, die zur raschen Erstellung des Sicherheitspaketes führen? Nein. Die Entwicklung des Sicherheitspaketes erfolgt auf Grundlage von sicherheitspolitischen Analysen, aus denen sich eine Verschlechterung der Sicherheitslage im Umfeld der EU ergibt. Daraus wird eben ein gestaltendes sicherheitspolitisches Handeln in Österreich notwendig. Die Bedrohungsbilder haben

sich ja verändert. Wir haben die kriegerische Entwicklung, die ja nicht wirklich zu einem Ende gekommen ist, zwischen Russland und der Ukraine. Ich möchte in dem Zusammenhang noch einmal in Erinnerung rufen, dass Vorarlberg von Wien weiter entfernt liegt als die Grenze zur Ukraine. Eigentlich unglaublich. Das heißt es ist nicht ein Konflikt, der irgendwo weit weg in den Tiefebenen des Ostens stattfindet, sondern das ist ein Konflikt, der eigentlich unmittelbar in unserer Nachbarschaft liegt. Das ist das eine, das Zweite ist der gesamte Komplex der Flüchtlingsbewegung.

Wir haben Gott sei Dank im Jänner 2016 eine geschlossene Strategie der Bundesregierung, eine Strategieänderung herbeiführen können, indem man sehr grob vereinfacht sagt, wir verweigern uns nicht, einen entsprechenden Anteil an der Bewältigung dieses Problems zu übernehmen, das sind 1,5 % auf die Bevölkerungszahl bezogen, aufgeteilt auf vier Jahre, das sind 37.500 im Jahre 2016. Das ist eine Größenordnung, die können wir bewältigen, da brauchen wir uns international in keiner Weise genieren, auch wenn man die Ziffern anderer Länder sich anschaut. Ich darf Ihnen berichten, dass diese Zahl wahrscheinlich nicht erreicht werden wird, wie es derzeit aussieht. Nichtsdestotrotz ist es aus meiner Sicht richtig, dass sich die Bundesregierung vorbereitet auf den Fall, dass es dann doch zu viele sind. Eine entsprechende Verordnung vorbereitet, die sie dann in der Schublade hat, und wenn es dann soweit ist, jederzeit aus der Tasche ziehen kann.

Ich möchte auch besonders die gute Zusammenarbeit mit der Polizei hervorheben, die nicht nur in der Transitflüchtlingskrise 2015/2016 sehr positiv gelaufen ist, sondern in einer engen Abstimmung sowohl mit der Frau Kollegin Berthold als auch mir permanent gegeben ist und wir haben einen sehr unkomplizierten Zugang zum Innenministerium, die sehr daran interessiert sind, dass die Dinge sich gut entwickeln.

Wie wurde das Land Salzburg im Vorfeld bei der Erstellung des Sicherheitspakets eingebunden? Eine weitere Frage. Das Sicherheitspaket ist das Ergebnis des Berichtes der Arbeitsgruppe Sicherheit, Österreichs Sicherheit neu gestalten an die Bundesregierung. Da waren Ländervertreter auch einbezogen, vor allem auch Mitarbeiter der hiesigen Polizeidienststellen.

Viertens: Gibt es Überlegungen, mit einer sogenannten 15a-Vereinbarung die Hilfeleistung des österreichischen Bundesheeres festzuschreiben? Da geht es um Kompetenzfragen. Sollten neue Aufgabenstellungen in den Kompetenzbereich der Länder eingreifen, wäre das ein adäquates Mittel. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, dass gerade in Zusammenarbeit mit dem Militärkommando, und darum ist das Militärkommando auch so wichtig als unmittelbarer Ansprechpartner, auch bei Bewältigung der Krise 2015/2016, das sofort und problemlos funktioniert hat.

Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel geben. Die Deutschen haben die Grenzkontrollen eingeführt. Es kam wie immer, solche Dinge passieren am Wochenende. Ich habe am Sonntag den Militärkommandanten angerufen, habe um Unterstützungsleistung, nicht Assistenzleistung, weil Assistenzleistung kann nur die Bundesregierung anfordern, ich habe um Unter-

stützungsleistung gebeten und am Montag waren die Soldatinnen und Soldaten bereits vor Ort und haben das wunderbar gemacht. Erst einige Tage später ist dann offiziell die Assistenzleistung des Bundesheeres in Kraft getreten. Also das funktioniert gut. Das haben wir auch in der Alltagsbewältigung, wenn wo ein Lawinenabgang, ein Murenabgang, ein Hub-schraubereinsatz etc. erforderlich ist, ein Waldbrand ist, dann funktioniert das eigentlich sehr unkompliziert und sehr unbürokratisch.

Fünfte Frage: Welche Maßnahmen werden im Bundesland Salzburg getroffen, um die Sicherheit der Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten? Die Sicherheitsbehörden und die Polizei werden in ihrem gesetzlichen Wirkungsbereich die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit der Salzburger Bevölkerung zu gewährleisten. Das ist natürlich schon auch ein Dienstpostenproblem. Wie stark sind die Damen und Herren von der Polizei belastbar? Wie ist die personelle Ausstattung? Da hat die Bundesregierung einiges an Vorsorge getroffen. Es wurden ja auch spezifische Ausbildungslehrgänge für den spezifischen Grenzeinsatz gemacht. Man braucht also nicht den zweijährigen SIAK-Kurs, sondern nur den halbjährigen SIAK-Kurs. Später kann man sich dann aufrüsten lassen zu einem Polizisten, einer Polizistin, die für den gesamten Polizeidienst auch entsprechend ausgebildet ist, um damit auch die reguläre Polizeiarbeit nicht durch Grenzeinsätze zu behindern, sondern die Polizei für ihre ureigensten Aufgaben freizuspielen.

Was uns Sorge macht ist die Kriminalitätsentwicklung, Suchtgiftmittelentwicklung, Einbruchentwicklung. Da muss man schon der Wahrheit ins Auge sehen. Das hat mit diesen migrantischen Bewegungen zu tun. Wir sehen auch eine beachtliche Zunahme des Auffälligkeitsverhaltens bei den einzelnen Ethnien, Marokkanern, Algeriern, Afghanen. Da ist schon besorgniserregend, da bin ich in Kontakt auch mit dem Innenminister.

Wir haben sehr viel Aufmerksamkeit in das Zusammenwirken der einzelnen Partner gelegt. Das betrifft auch Kooperationen zum Schutz kritischer Infrastruktur. Das österreichische Bundesheer leistet hier eine wichtige Unterstützung, bewacht auch Botschaften und gefährdete Konsulate. Das ist deswegen auch wichtig, damit wir die Polizei für ihre eigentlichen Tätigkeiten wieder freispielen können. Es gibt zudem das Projekt gemeinsam.sicher in Österreich. Damit komme ich schon zum Punkt meiner Rede, zum Abschluss meiner Rede und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, des Abgeordneten Konrad MBA und Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Landeshauptmann für die Beantwortung. Für die Fragesteller Karl Schnell. Auch Du hast zehn Minuten Zeit.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Herr Landeshauptmann!

Danke für Deine Ausführungen. Wenn man sich das Schreiben des Bundesministeriums vor Augen führt und auch die Begründungen, warum man ein neues Sicherheitspaket braucht, das sind ja nicht nur jetzt kleinere Reaktionen darauf, sondern schon auch Dinge, die man natürlich im Auge behalten muss, auch Verfassungsänderungen. Dann hat man das Gefühl

die rudern jetzt aber gewaltig zurück. Wenn ich das durchlese, jeder einzelne Punkt, dann sind es Forderungen gewesen, die wir seit Jahren erhoben haben, gemahnt haben, gesagt haben bitte baut doch jetzt nicht die Polizeiwachstuben ab, noch weniger Polizei, noch weniger Polizei. Bitte, nachdem es sogar einen Volksentscheid gegeben hat über die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Bundesheeres. Das hat die überhaupt nicht gejackt den Herrn Klug. Abgebaut wurde nach Strich und Faden, Panzer brauchen wir keine mehr, aber ein Auto zum Spazierenfahren usw.

Eigentlich könnte man sagen gut, auch wenn es nicht so wahrgenommen wird, das ist eine Bestätigung unserer Politik, dass wir Recht gehabt haben. Jetzt, zuerst haben wir alles kaputt gemacht, jetzt müssen wir wieder alles neu aufbauen. Aber es war viel schlimmer und deswegen, Herr Landeshauptmann, die Anfrage an Dich. Ich hätte Dich auch privat anrufen können, ich glaube Du hättest mir auch geantwortet, wenn ich Dich gefragt hätte Du lieber Wilfried Haslauer, weißt Du etwas was wir nicht wissen. Denn ich bin kein furchtloser Mensch. Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich von Berufs wegen schon nicht, auch nicht von meinen Nebenberufen als Hubschrauberpilot, aber ich sage es jetzt ganz ehrlich. Vor Wochen die Meldungen in Deutschland von den Politikern offiziell, dass man Vorsorgeeinkäufe tätigen soll, dass man so quasi sich rüsten soll und Vorsorge treffen, dass man Hamsterkäufe tätigen soll. Dann jetzt wieder auch dieses Sicherheitspaket mit den Äußerungen der steigenden Gefahren im Zusammenhang mit der Massenmigration. Das sind alles Dinge, die wir gewusst haben bitte. Was haben wir für Politiker? Zuerst setzt man den Rechtsstaat außer Kraft, lässt jeden ungeprüft herein, ich habe es heute eh schon gesagt, da sitzen IS-Leute in Puch-Urstein. Das ist ja nicht so gewöhnlich oder? Vor wenigen Wochen in Deutschland wieder Übergriffe, wo man IS-Leute auch festgenommen hat, wo es sich bestätigt hat, dass wir Recht gehabt haben, dass natürlich, die sind ja auch nicht blöd bitte, die das nützen diese Flüchtlingsbewegung. Es ist noch lange nicht aus.

Das hat mich natürlich schon irritiert. Ich sage es auch ehrlich, Herr Landeshauptmann, Du hast die Ukraine angesprochen. Ich habe noch genau in Erinnerung, ein Telefonat wahrscheinlich, ist dann sofort verschwunden, in Zib2 gekommen ist an die Frau Ashton von einem lettischen oder Politiker aus Litauen, ich weiß nichtmehr genau, wo der die Frau Ashton aus der EU aufgeklärt hat, Du da haben die eigenen Leute am Majdanplatz geschossen nicht die prorussischen Separatisten. Auch dieses Säbelrasseln der Amerikaner mit den Militärübungen an den Grenzen und auch wieder das Aufstellen von Langstreckenraketen an der Grenze zu Russland, macht mir wirklich Sorgen. Ich sage es ganz ehrlich. Ich habe mir gedacht, eigentlich ist es natürlich auch unsere Aufgabe als Politiker, als Oppositionspolitiker zu hinterfragen was ist da wirklich geplant. Sind diese Maßnahmen, die man hier trifft, in Veränderung auch der Verfassung, sind die schon so, dass man sagen kann ok das dient wirklich noch unserer Sicherheit, denn wenn die Politik, ich weiß nicht, ob Du da meiner Meinung bist, anständig ihre Arbeit gemacht hätte, wäre es gar nicht so weit gekommen. Wenn man die Polizei nicht abgebaut hätte, wenn man nicht auch das Bundesheer ausgehungert hätte, wenn man nicht Tür und Tor aufgemacht hätte und gesagt hätte alles willkommen. Wir liegen da ja immer zwischen, der Sarrazin hat gesagt wir schaffen

uns ab, die Frau Merkel hat wieder gesagt wir schaffen das. Das ist alles ein bisschen leicht übertrieben.

Ich bin Dir auch dankbar, dass Du damals wirklich die Notbremse von Seiten der Länder gezogen hast. Auch da habe ich manchmal das Gefühl gehabt, Du hast auch gesagt das packen wir alles und dann irgendwann stehen wir vor dem Abgrund. Natürlich ist das nicht so einfach, das ist mir schon klar und kritisieren kann man einfach, man muss auch irgendwann natürlich richtig machen. Aber zumindestens bestätigt mich das, was jetzt der Bund vor hat, dass wir richtig gelegen sind in unseren politischen Meinungen, dass wir in unseren Anträgen richtig gelegen sind. Es tut mir nur weh, dass man uns nicht gehört hat und das noch Schlimmere man hat uns ständig als Rechtsradikale, Nazi abgestempelt, Panikmacher. Ja was ist denn das jetzt, wenn Politiker sagen kauft ein, sorgt vor, wer weiß was passiert in der nächsten Zeit. Also gerade beruhigen tut mich das nicht.

Ich sage es auch ganz offen. Wenn ich nachdenke, was uns da in Zukunft auch an politischer Kapazität erwartet in mächtigen Ländern, ui, ui, da bin ich wirklich froh, Herr Landeshauptmann, in Salzburg sein zu dürfen, aber wenn man sich vorstellt, Amerika ist ein mächtiges Land, was kommt da alles auf uns zu, ist schon sehr, sehr schwierig.

Ich bedanke mich nochmals für Deine Auskunft. Es hat mich zumindestens ein bisschen beruhigt, gänzlich noch nicht, weil ich bin wirklich am Abend gestern wieder bei diesen Meldungen der Weltnachrichten gesessen und habe mir gedacht um Gotteswillen. Man kann ja nur mehr hoffen, dass die Politik und die Verantwortlichen vernünftig sind, jetzt nicht übertreiben, gescheiter vorher handeln. Ich habe da an den Zahnarzt gedacht. Lieber zuerst bohren bevor man Schmerzen hat. Aber ich glaube die Anfrage war berechtigt. Ich bin auch ein bisschen erstaunt darüber, dass eigentlich derartige Maßnahmen, die auch in der Geschichte schon, wenn sie falsch gemacht wurden, ja auf einen falschen Weg geführt haben, so überhaupt nicht beachtet werden von den Medien, von den Menschen oder traut sich nur keiner, ich weiß es nicht, jedenfalls ich hoffe, dass Du für Salzburg ein waches Auge haben wirst in diese Richtung falls es uns betrifft, weil ohne Länder wird es ein derartiges Sicherheitspaket nicht geben. Was das Verbleiben letztendlich jetzt der Kasernen und Bundesheerstationierung betrifft, bin ich ganz Deiner Meinung. Ich glaube auch, da können wir sehr froh sein, dass alles was in der Luft, es sind gute Leute unterwegs, dass uns das hier erhalten bleibt, bin ich sehr froh. Danke für die Auskunft. (Beifall der ÖVP- und FPS-Abgeordneten und Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Klubobmann. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit beschließen wir diesen Tagesordnungspunkt und die dringlichen Anfragen.

Wir unterbrechen die Sitzung. Die Ausschusssitzungen beginnen um 14:00 Uhr im Ausschusszimmer und wünsche einen schönen Mittag.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:28 - 15:43 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Wir setzen unsere Plenarsitzung fort. Ich rufe auf

Punkt 8: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Wenn wir jetzt wieder zur Abstimmung kommen, werden wir unser Prozedere wie immer so abhalten, dass ich zuerst die einstimmig verabschiedeten Anträge aufliste, sie wiederhole und dann gemeinsam zur Abstimmung bringe.

Einstimmig verabschiedet wurden Top

8.1 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung
(Nr. 10 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

8.2 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Verordnung, mit der die Salzburger Finanzgeschäfte-Verordnung geändert wird
(Nr. 11 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

8.4 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern und über den Salzburger Nationalparkfonds im Jahre 2015
(Nr. 13 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

8.5 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2015
(Nr. 14 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)

8.7 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs, Mag.^a Sieberth und Scheinast betreffend ein Gesamtkonzept zur Reduktion von Lebensmittelabfällen
(Nr. 16 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

8.9 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend P&R-Parkplatz-Erweiterung Bergheim
(Nr. 18 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Klubobmann Naderer)

8.11 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Mikroplastik-Belastung in Salzburg
(Nr. 20 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Fuchs)

8.12 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl betreffend gesetzliche Reglementierung des Mietpreises
(Nr. 21 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Ing. Mag. Meisl)

8.13 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung eines gesetzlich geregelten SchülerInnenparlaments auf Landes- und Bundesebene
(Nr. 22 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Jöbstl)

8.17 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Heilig-Hofbauer betreffend eine Änderung des Gesetzes über die Förderung und den Schutz der Jugend im Land Salzburg 1998 (Salzburger Jugendgesetz) und des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Salzburger Landtages 1998 (Landtags-Geschäftsordnungsgesetz – GO-LT) zur Verankerung des Salzburger Jugendlandtages
(Nr. 57 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Jöbstl)

Ich wiederhole. 8.1, 8.2, 8.4, 8.5, 8.7, 8.9, 8.11, 8.12, 8.13 und 8.17. Wer mit der Annahme der Berichte in diesen Ausschüssen einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimme? Keine. Damit sind diese Anträge einstimmig beschlossen und angenommen.

Ich rufe nunmehr auf Top

8.3 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Personalvertretungsgesetz geändert wird
(Nr. 12 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. HR Dr. Schöchli)

Bei diesem Top hat die SPÖ gemäß § 40 Abs. 1 den Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Der schriftliche Antrag mit den erforderlichen Unterschriften liegt mir auch bereits vor. Im Ausschuss war das Abstimmungsverhalten ÖVP, Grüne, Otto Konrad gegen SPÖ und FPS. Die beiden Schriftführer werden nunmehr die Abgeordneten namentlich vorlesen und ich ersuche Sie, mit Ja oder Nein Ihre Stimme abzugeben. Es ist jener Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses, mit dem das Salzburger Landespersonalvertretungsgesetz geändert wird. Wir beginnen mit dem Verlesen der Namen. Bitte!

Abg. Steiner BA MA: Nummer eins: Bartel Michaela, ÖVP.

Abg. Bartel: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Brand Gerd, SPÖ, entschuldigt. Nummer 3: Essl Lukas, FPS.

Abg. Essl: Nein!

Abg. Steiner BA MA: Fuchs Rupert, Grüne.

Abg. Fuchs: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Fürhapter Gabriele, parteilos.

Abg. Fürhapter: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Gutschi Daniela, ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Simon Heilig-Hofbauer, Grüne.

Abg. Heilig-Hofbauer: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Hirschbichler Adelheid, SPÖ.

Abg. Hirschbichler MBA: Nein!

Abg. Steiner BA MA: Die Frau Dr.ⁱⁿ Kimbie Humer-Vogl ist nicht hier. Jöbstl Martina, ÖVP.

Abg. Jöbstl: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Otto Konrad, parteilos.

Abg. Konrad MBA: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Lindner Angela, Grüne.

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Mayer Wolfgang, ÖVP.

Abg. Mag. Mayer: Ja!

Abg. Steiner BA MA: Meisl Roland, SPÖ.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Nein!

Abg. Steiner BA MA: Tarik Mete, SPÖ.

Abg. Mag. Mete BA MA: Nein!

Abg. Steiner BA MA: Gudrun Mosler-Törnström, SPÖ.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Nein!

Abg. Steiner BA MA: Naderer Helmut, Team Stronach.

Klubobmann Abg. Naderer: Nein!

Abg. Jöbstl: Neuhofer Theresia, ÖVP.

Abg. Neuhofer: Ja!

Abg. Jöbstl: Obermoser Michael, ÖVP.

Abg. Obermoser: Ja!

Abg. Jöbstl: Pallauf Brigitta, ÖVP.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ja!

Abg. Jöbstl: Riezler-Kainzner ist entschuldigt. Rothenwänder Ernst, FPS.

Abg. Rothenwänder: Nein!

Abg. Jöbstl: Sampl Manfred, ÖVP.

Abg. Ing. Sampl: Ja!

Abg. Jöbstl: Scharfetter Hans, ÖVP.

Abg. Mag. Scharfetter: Ja!

Abg. Jöbstl: Scheinast Josef, Grüne.

Abg. Scheinast: Ja!

Abg. Jöbstl: Schmidlechner Karl, SPÖ.

Abg. Mag. Schmidlechner: Nein!

Abg. Jöbstl: Schneglberger Othmar, SPÖ.

Abg. Schneglberger: Nein!

Abg. Jöbstl: Schnell Karl, FPS.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Aus vollem Herzen nein!

Abg. Jöbstl: Schnitzhofer Johann, ÖVP.

Abg. Ing. Schnitzhofer: Ja!

Abg. Jöbstl: Schöchel Josef, ÖVP.

Abg. HR Dr. Schöchel: Ja!

Abg. Jöbstl: Schwaighofer Cyriak, Grüne.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Ja!

Abg. Jöbstl: Sieberth Barbara, Grüne.

Abg. Mag.^a Sieberth: Ja!

Abg. Jöbstl: Steidl Walter, SPÖ.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Im Sinne der Demokratie Nein!

Abg. Jöbstl: Steiner Markus, FPS.

Abg. Steiner BA MA: Nein!

Abg. Jöbstl: Steiner-Wieser Marlies, FPÖ.

Abg. Steiner-Wieser: Nein!

Abg. Jöbstl: Wiedermann Friedrich, FPS.

Abg. Wiedermann: Nein!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Es sind 33 Abgeordnete anwesend zur Abstimmung und wir haben 19 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen. Damit ist dieser Ausschussantrag angenommen.

Können wir weiter in der Abstimmung gehen? Ich rufe nunmehr auf Top

8.6 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Mag. Mete MA BA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Förderung von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien in Sportvereinen (Nr. 15 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, FPS und Fürhapter gegen SPÖ und Steiner-Wieser. Wer für die Annahme dieses Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Otto Konrad, Gabi Fürhapter, FPS und Grüne gegen die Stimmen von SPÖ, Marlies Steiner-Wieser und Helmut Naderer, Team Stronach Salzburg. Danke vielmals. Damit ist dieser Bericht angenommen.

Wir setzen fort mit dem Bericht Top

8.8 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung einer 80 km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung ausschließlich für Lastkraftfahrzeuge auf der Westautobahn zwischen Salzburg Nord und dem Knoten Salzburg (Nr. 17 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer)

Bitte, Kollege Wiedermann, Du hast Dich zu Wort gemeldet. Du bist am Wort.

Abg. Wiedermann: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Dame und Herren Regierungsmitglieder!

Ein Thema, das uns fast schon ein Jahr lang beschäftigt. Tempo 80 auf der sogenannten Stadtautobahn. Expertenstreit hin, Expertenstreit her, eines steht fest, und das ist unumstritten. Tempo 80 auf diesem Teilstück der Autobahn ist eine Gefahr für die körperliche Unversehrtheit und für die Sicherheit von Menschen, aber auch von Sachen.

Grund ist, und das ist eindeutig herausgekommen bei den einzelnen Expertisen, auch wenn die Experten zum Teil etwas anderer Meinung waren, aber unterm Strich sind alle zum selben Schluss gekommen. Tempo 80 für beide Verkehrsteilnehmer, sprich für Personenkraftwagen und für Lastkraftwagen ist nicht vereinbar, und zwar aus Gründen der Verkehrssicherheit. Die näheren Umstände dazu das glaube ich können wir uns ersparen oder kann ich Euch ersparen warum und wieso. Das ist im Ausschuss mehr als ausführlich und klar diskutiert worden.

Ich bin ein wenig verwundert, das muss ich hier ganz ehrlich sagen und darf auch da den Herrn Landesrat Schwaiger vielleicht ansprechen, wir haben Experten auch des Landes hier im Ausschuss gehabt und diese Expertenmeinung im letzten Ausschuss, wo das Tempo 80 behandelt wurde, hat insbesondere dem Gutachten von Ökoscience durch den Prof. Pucher aus Wien, Universitätsprofessor, gewaltig dagegen gesprochen und den Prof. Pucher mehr oder weniger als Nichtsahnenden und Unwissenden und ähnliches hingestellt. Faktum ist, dass aber diese Behauptungen, insbesondere vom Herrn Dr. Gläser, nunmehr widerlegt sind, auch wenn heute jetzt wieder so, das ist offensichtlich Mode, eine Stunde oder zwei Stunden vorher dann irgendwelche Stellungnahmen daherkommen mit Beschuldigungen, dass der Herr Dipl.-Ing. Kronreif mehr oder weniger zu blöde ist, um hier Fakten und Daten zu lesen, liebe Kolleginnen und Kollegen. So kann es nicht sein.

Faktum ist, jene Aussagen, die von den Experten des Landes getroffen wurden, und ich gehe davon aus, dass zumindest die Verkehrssprecher der einzelnen Klubs das Mail vom Herrn Dipl.-Ing. Kronreif, das mir natürlich da vorliegt, und das werde ich dann auch dem Herrn Landesrat Schwaiger zur weiteren Prüfung übergeben, mit diesen Behauptungen, die da aufgestellt wurden seinerzeit im Ausschuss und die jetzigen Klarstellungen, dass dieses Mail, dass diese Feststellungen ganz klar dem widersprechen, was die Experten des Landes Gläser und Kranebitter dem Ausschuss hier vorgemacht haben. Ich sage bewusst vorge-macht haben. Mit dieser Aussage wurde Einfluss genommen auf das Abstimmungsverhalten hier des Hohen Hauses. Diese Aussagen sind, und das behaupte auch ich, sind aufgrund der mir vorliegenden Unterlagen nicht richtig.

Ich ersuche Euch wirklich im Sinne der Verkehrssicherheit, im Sinne der körperlichen Unversehrtheit von Menschen, das Abstimmungsverhalten im Ausschuss noch einmal zu überdenken und deshalb haben wir oder werden wir einen Antrag auf geheime Abstimmung einbringen. Der Herr Landtagsdirektor ist bereits darauf vorbereitet, die notwendigen Unterschriften sind eingebracht und ich gehe davon aus, dass der Antrag auf geheime Abstimmung für den Minderheitsbericht und auch für den Ausschussbericht der Frau Präsidentin vorliegt. Noch einmal. Diese geheime Abstimmung wird oder würde es auch ermöglichen, dass vielleicht der eine oder der andere sich überlegen könnte und überlegen kann, dass er ohne den Fraktionszwang so abstimmt, wie es sein Gewissen sagt. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Rössler in dieser Debatte. Bitte, Du hast das Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Hoher Landtag! Geschätzte Herr Abgeordneter Wiedermann!

Ich schätze eine sachliche Diskussion, aber es ist allmählich ermüdend, ständig auf Halbwahrheiten und Behauptungen replizieren zu müssen und in Wahrheit keine Fakten vorzulegen. Fritz, Du bist schuldig geblieben aufzuklären, woher diese Differenzen kommen. Es ist nämlich der von euch immer wieder zitierte Dipl.-Ing. Kronreif, der seinerseits mit Re-

chenfehlern und Halbwahrheiten für Verunsicherung sorgt. Was ich sehr bedauere ist, dass er sich in einem sehr eigenartigen E-Mail an alle Abgeordneten wendet, aber bisher nicht bereit war, mit den Mitarbeitern der Umweltabteilung einmal in einem gemeinsamen Termin gegenüberzusitzen. Er hat selbst behauptet er hätte irgendwelche Berechnungen gemacht, in Wahrheit verwendet er fremde Grafiken, er verwendet fremde Daten, die er zum Teil falsch zitiert. Das lässt sich nachweisen und zu dem von Dir zitierten E-Mail an die Abgeordneten des Landtages möchte ich folgende Richtigstellung und Klarstellung vorbringen.

Diese Unterlage des ÖMTC, der Text stimmt mit der Grafik nicht überein. Das ist keine Falschinterpretation, die der Mitarbeiter der Umweltabteilung macht, sondern es ist einfach belegbar, dass etwas nicht übereinstimmt. Darauf hinzuweisen, ist keine Unsachlichkeit. Die variablen Tempolimits und die Geschwindigkeitsdifferenz sind Messwerte und Messergebnisse und keine falschen Behauptungen, die die Abteilung gemacht hätte. Es ist erwiesen, dass bei einem flexiblen Tempolimit bereits aufgrund eines gewissen Gewöhnungseffektes die Gesamtgeschwindigkeit sinkt. Das ist daher ein erwiesenes Ergebnis und nicht eine falsche Behauptung.

Der dritte Punkt: Herr Dipl.-Ing. Kronreif meint, dass widersprechende Aussagen zu Einsparungseffekten bei den Schadstoffen veröffentlicht worden wären. Er übersieht dabei leider, dass die veröffentlichten Zahlen sehr wohl differenziert benannt und berechnet wurden. Die 13 % waren nämlich auf ein permanentes Tempolimit von 80 berechnet, nachvollziehbar berechnet, während die tatsächliche Reduktion auf eine Schaltzeit, wo ja bekanntermaßen nur 46 % der Jahresstunden ein niedrigeres Tempo geschaltet ist. Es kann daher nicht das volle ausgeschöpft werden, wenn nur 46 % geschaltet sind.

Herr Dipl.-Ing. Kronreif hat außerdem beim Rückgang der Messwerte nicht einbezogen, dass es eine Verkehrszunahme gegeben hat. Also die Fehler sind auf seiner Seite und nicht auf Seiten der Abteilung. Die Landesstatistik hier in Frage zu stellen, halte ich für äußerst unfair und bedenklich, denn die Landesstatistik ist bekanntermaßen eine nicht nur sehr sorgfältig, sondern auch verlässlich arbeitende Stelle und es ist mühsam, sich immer wieder vorhalten zu müssen, loyale und fachlich hochkompetente Mitarbeiter wären nicht in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die Landesstatistik hat jeweils die aktuellsten Datengrundlagen verwendet.

Herr Kronreif hat nach eigenen Aussagen keine einzige Studie erstellt. Wann immer hier von einer Studie die Rede ist, dann möge Herr Kronreif diese vorlegen. Im Landtag hat er vor allen anwesenden Ausschussmitgliedern gesagt, er selbst hat nie eine Studie dazu vorgelegt. Er selbst hat für seine Schlussfolgerungen eine falsche Tabelle herangezogen Er hat also behauptet es wären Unfallzahlen ohne Baustellenunfälle und hat aber selbst zum Beispiel die Tabelle genommen, wo darunter steht, die Baustellenunfälle sind in dieser Datei mitenthalten.

Nachweislich falsch sind die Schlussfolgerungen Deiner Behauptungen, Fritz. Die Zahl der Unfälle ist insgesamt seit Einführung Tempo 80 rückläufig. Es ist falsch immer davon zu sprechen, dass das geringere Tempo zu einer Erhöhung der Unfallzahlen geführt hat. Innerhalb der Gesamtunfälle ist es zu einer Verschiebung der Unfallarten gekommen, aber im Vergleich von Tempo 80 zu Tempo 100 ergibt sich bei Unfällen mit Personenschäden ein doppelt so hohes Risiko für Tempo 100. Es ist daher dringend geboten und man möge sich diesen Fakten endlich auch stellen. Die Behauptung, es würde Tempo 80 in Zusammenhang mit IG-Luft zu einer Verschlechterung der Sicherheit kommen, ist schlichtweg unrichtig.

Ich möchte Herrn Dipl.-Ing. Kronreif auch an dieser Stelle, und das mögest Du ihm ausrichten, ersuchen, er soll sich endlich einem direkten Gespräch und einer Vorlage seiner Unterlagen stellen und nicht ständig die Mitarbeiter des Landes in Misskredit bringen, die eine absolut sorgfältige Arbeit machten. Die Unterlagen meinerseits sind alle öffentlich zur Verfügung gestellt worden. Herr Dipl.-Ing. Kronreif ist es bislang leider schuldig geblieben. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und Abgeordneter Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Der nächste Debattenbeitrag kommt von Helmut Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Mir ist es jetzt ein Herzensanliegen, eine Ehrenerklärung für den Dipl.-Ing. Gerhard Kronreif abzugeben. Ich kenne selten Menschen, die so seriös sind, wie Gerhard Kronreif. Er ist Sachverständiger für die Polizei und hat Gutachten abgeliefert, ich weiß nicht, ob viele in dem Raum sind, die mit so einer hohen Qualität und mit so einer Seriosität und Objektivität Gutachten erstellen wie dieser Mann. Es hat mir im Herzen weh getan, wie er da unten im Ausschuss politisch richtig gemeuchelmordet worden ist. ...

(Zwischenruf Abg. Konrad MBA: Wer hat das ins Spiel gebracht? Wer war das?)

... Er hat eine sachliche Aussage getroffen und die kann man so oder so sehen. Wenn einer ehrenamtlich ohne Bezüge bei uns als Experte aussagt, dann kann man sagen, ich glaube es dir oder ich glaube es dir nicht, aber ihn so hinzurichten, und ich würde auch die Vorsitzenden des Ausschusses bitten, bei derart unqualifizierten, persönlich wirklich diffamierenden Äußerungen einzugreifen und sie nicht zuzulassen.

Wie gesagt er ist einer der seriösesten Menschen, die ich in meinem Leben kennengelernt habe und er ist vielleicht auf Regierungsebene vergleichbar mit dem Landesrat Schwaiger, der ebenso eine hohe Seriosität hat. (Beifall der Abgeordneten Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Gibt es noch weitere Debattenbeiträge? Bitte Cyriak Schwaighofer!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte nur auf einen Punkt eingehen. Ich weiß nicht, ob es jetzt der richtige Zeitpunkt ist, schon auf den Minderheitenbericht bzw. auf diesen Abänderungsantrag der FPÖ vom seinerzeitigen Ausschuss einzugehen. Ich möchte nur eine Sache klarstellen.

Es hat einen Abänderungsantrag gegeben, der heute als Minderheitenbericht wieder eingebracht wird und ich möchte auf einen, meiner Meinung nach, auf zwei gravierende Probleme dabei aufmerksam machen und möchte die SPÖ gleichzeitig ersuchen, Ihr Abstimmungsverhalten vielleicht zu überdenken. Dieser Abänderungsantrag heißt nämlich, dass das zuständige Mitglied der Landesregierung ersucht wird, die Verordnung Westautobahn, Geschwindigkeitsbeschränkungen zum flexiblen Tempolimits zwischen Salzburg-Nord und dem Knoten Nord dahingehend zu ändern, dass künftig die Geschwindigkeitsbeschränkung für PKW und LKW gefahrensituationsbedingt auf den Telematikeinrichtungen anzuzeigen sind.

Was sind die zwei Probleme? Das erste Problem ist, dass die Verordnung, um die es hier geht, eine IG-Luftverordnung ist und die IG-Luftverordnung hat überhaupt keine Regelungskompetenz was gefahrensituationsbedingtes Verhalten oder nicht Verhalten betrifft. Das heißt Ihr würdet hier einem Antrag zustimmen, der eine Gesetzes- oder Verordnungsmaterie betrifft, die dazu gar keine Regelungskompetenz hat was in diesem Antrag gefordert wird. Das ist der erste Punkt. Also etwas, was dezidiert nicht gehen kann, was man da beschließen will.

Das Zweite ist, das ist aus meiner Sicht mindestens gleichproblematisch, dass dieser Antrag den eigentlichen Grund, warum man diese Verordnung macht, praktisch aushebeln würde, nämlich die Gesundheit und den Schutz der Umwelt, weil hier plötzlich die Regelung nur mehr auf Basis von gefahrensituationsbedingten Situationen erfolgen sollte, und das ist überhaupt nicht das, was der Hintergrund der IG-Luft ist. Das würde heißen andere Bereiche, weil es heißt nicht zusätzlich zu den anderen, sondern es heißt es soll die Geschwindigkeitsbeschränkung für PKW und LKW nur mehr gefahrensituationsbedingt angezeigt werden. Das heißt ich würde den Umweltaspekt, den Gesundheitsaspekt draußen lassen und nur mehr auf Basis des gefahrensituationsbedingten Aspektes Regelungen treffen.

Ich ersuche wirklich dringend, vor allem die Kollegen von der SPÖ, diesem Abänderungsantrag oder diesem Minderheitsbericht nicht zuzustimmen. Der ist aus zwei Gründen, aus meiner Sicht, einfach nicht so zu befürworten. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, der Abgeordneten Fürhapter und des Abgeordneten Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Gibt es weitere Debattenbeiträge? Das ist nicht der Fall. Es ist nunmehr ein Antrag eingegangen auf geheime Abstimmung. Der Antrag liegt mir vor und er hat die notwendigen Unterschriften. Es wird daher eine geheime Abstimmung stattfinden. Zuerst wird der Minderheitsbericht abgestimmt. Jeder Abgeordnete bekommt einen Stimmzettel mit einer Ja/Nein-Frage. Das heißt Ja stimmen Sie diesem Min-

derheitsbericht zu oder Nein nicht. Ich bitte um genaue Kennzeichnung was man haben will. Wenn ich Ja will, kennzeichne ich das Ja mit einem Ringerl, mit einem Kreuzerl, aber ein klares Zeichen und bei Nein, wenn ich Nein will, bitte auch ein klares Zeichen für Nein. Ich kann es ankreuzen, einringeln, aber immer das bezeichnete Wort wird dann gezählt.

Ich darf jetzt mit der geheimen Abstimmung beginnen und wir werden wiederum die Abgeordneten namentlich aufrufen. Der Stimmzettel wird ausgeteilt, am Pult des Landtagsdirektors ist die Stimmabgabe vorgesehen und dann bitte den gefalteten Stimmzettel in die Urne legen. Wir beginnen mit der Verlesung. Bitte!

Abg. Steiner BA MA: Nummer eins Bartel Michaela, ÖVP. Nummer zwei Brand Gerd, SPÖ, ist nicht da. Nummer drei Essl Lukas, FPS. Nummer vier Fuchs Rupert, Grüne. Nummer fünf Fürhapter Gabriele, parteifrei. Nummer sechs Gutschi Daniela, ÖVP. Nummer sieben Simon Heilig-Hofbauer. Nummer acht Hirschbichler Adelheid, SPÖ. Nummer neun Humer-Vogl Kimbie ist nicht da. Nummer zehn Jöbstl Martina, ÖVP. Nummer elf Otto Konrad, parteifrei. Nummer zwölf Lindner Angela, Grüne. Nummer 13 Mayer Wolfgang, ÖVP. Nummer 14 Meisl Roland. Nummer 15 Tarik Mete, SPÖ. Nummer 16 Gudrun Mosler-Törnström, SPÖ. Nummer 17 Naderer Helmut, Team Stronach.

Abg. Jöbstl: 18 - Neuhofer Theresia, ÖVP. 19 - Obermoser Michael. 20 - Pallauf Brigitta, ÖVP. 21 - Riezler-Kainzner ist entschuldigt. 22 - Rothenwänder Ernst, FPS. 23 - Sampl Manfred, ÖVP. 24 - Scharfetter Hans, ÖVP. 25 - Scheinast Josef, Grüne. 26 - Schmidlechner Karl, SPÖ. 27 - Schneglberger Othmar, SPÖ. 28 - Schnell Karl, FPS. 29 - Schnitzhofer Johann, ÖVP. 30 - Schöchel Josef, ÖVP. 31 - Schwaighofer Cyriak, Grüne. 32 - Sieberth Barbara, Grüne. 33 - Steidl Walter, SPÖ. 34 - Steiner Markus, FPS. 35 - Steiner-Wieser Marlies, parteilos. 36 - Wiedermann Friedrich, FPS.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir haben die Abstimmung jetzt abgeschlossen. Es wird der Herr Landtagsdirektor mit den beiden Schriftführern jetzt die Auszählung vornehmen. In der Zwischenzeit unterbreche ich für ca. fünf Minuten die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:15 Uhr bis 16:17 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie wieder ersuchen, die Plätze einzunehmen. Die Auszählung ist erfolgt. 33 Stimmen wurden abgegeben und es sind 14 Ja und 19 Nein. Damit ist dieser Minderheitsantrag abgelehnt.

Es ist von der FPS auch beantragt worden, dass wir die Abstimmung des Ausschussberichtes wiederum geheim durchführen. Ich würde jetzt ersuchen, dass wir unsere Kolleginnen und Kollegen vielleicht hereinholen, weil wir wiederholen das Prozedere mit dem persönlichen

Aufrufen der Namen. Es wird jetzt dann wieder ein Stimmzettel an Sie ausgeteilt werden. Hier geht es jetzt ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zur Geschäftsordnung!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zur Geschäftsordnung Herr Klubobmann Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Nachdem kein anderes Ergebnis erwartbar ist, verzichten wir auf die geheime Abstimmung.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Das wird gerne angenommen. Jetzt wird offen über den Ausschussantrag abgestimmt. Das Abstimmungsverhalten im Ausschuss war ÖVP, Grüne, Otto Konrad gegen FPÖ und FPS. Wer für die Annahme des Antrages ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das sind die Grünen, das ist die ÖVP, das ist Otto Konrad und Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von FPS, Steiner-Wieser, Team Stronach Salzburg und SPÖ. Nein, weniger Gegenstimmen, weil nicht alle Abgeordneten im Raum waren. Die Mehrheit ist deutlicher ausgefallen als bei der geheimen negativen Abstimmung des Minderheitsantrages.

Wir setzen unsere Abstimmungen fort mit Top

8.10 **Bericht** des Finanzausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA betreffend die Aufnahme der Förderung für Registrierkassen in das Wachstumsprogramm für Kleinbetriebe
(Nr. 19 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Das Abstimmungsverhalten im Ausschuss war ÖVP, SPÖ, Grüne und Fürhapter gegen FPS. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad, Gabi Fürhapter gegen die Stimmen Steiner-Wieser, FPS und Team Stronach Salzburg.

Damit kommen wir zu Top

8.14 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der DE-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 54 der Beilagen - Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss, hier geht es um eine Vergleichsgenehmigung, war im Ausschuss das Abstimmungsverhalten ÖVP, SPÖ, Grüne und Fürhapter gegen die Stimmen von FPS. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, SPÖ, Gabi Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen von FPS, Steiner-Wieser und Team Stronach Salzburg.

Ich rufe auf Top

8.15 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der AB-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 55 der Beilagen - Abg. Mag. Scharfetter)

Auch hier ging es um die Genehmigung eines Vergleiches. Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Fürhapter gegen FPS. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Gabriele Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen von FPS, Team Stronach Salzburg und Steiner-Wieser.

Ich rufe nunmehr auf Top

8.16 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Asyl- und Flüchtlingssituation im Land Salzburg
(Nr. 56 der Beilagen - Berichtersteller: Abg. Steiner BA MA)

Hier ging es um den dringlichen Antrag. Hier war das Abstimmungsverhalten ÖVP, SPÖ, Grüne und Otto Konrad gegen FPS. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von FPS, Team Stronach und Steiner-Wieser.

Damit haben wir unsere Abstimmungen für heute erledigt. Ich rufe nunmehr auf

Punkt 9: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Es wurden von der ÖVP zu Top 9.53 und zu 9.54 Debatte angemeldet.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zurückgezogen. Damit, wenn es keine weiteren Debatteanmeldungen gibt, ist auch Top neun abgeschlossen.

9.1 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 183-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA und Landesrat Dr. Schellhorn - bezüglich der steigenden Zahl an Asylwerbern
(Nr. 183-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 184-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat

Mayr und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend der Roadshow zum Landesmobilitätskonzept „salzburg.mobil 2025“
(Nr. 184-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.3 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 185 der Beilagen d.4.S.d.15.GP) bezüglich der Strukturdefizite des Universitätsklinikums für Innere Medizin I
(Nr. 185-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.4 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 186-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) bezüglich der Dialysestation des LKH
(Nr. 186-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.5 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 187-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - bezüglich der Unterbringung von Asylwerbern
(Nr. 187-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.6 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 188-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Schutz von Frauen in Salzburger Asylquartieren
(Nr. 188-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 189-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend die Barock-Ausstellung des Salzburg-Museums im Louvre in Paris
(Nr. 189-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.8 **Anfrage** der Abg. Mag. Mete BA MA und Riezler-Kainzner an die Landesregierung (Nr. 191-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Maßnahmen zugunsten AsylwerberInnen und Asylberechtigten
(Nr. 191-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.9 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 192-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Beteiligung der Salzburg AG am Kohlekraftwerk Lünen (D)
(Nr. 192-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.10 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 193-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Einsparungen von Schulwarten und Hausmeistern in landeseigenen Schulen und Bildungseinrichtungen
(Nr. 193-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.11 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 194-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2016
(Nr. 194-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.12 **Anfrage** der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 195-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Salzburg 20.16 GmbH
(Nr. 195-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.13 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 196-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend finanzielle Unterstützung der Polizei durch das Land Salzburg
(Nr. 196-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.14 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 197-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit und Verordnung mit der Krankenanstalten- und Großgeräteplan geändert werden
(Nr. 197-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.15 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 198-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche
(Nr. 198-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.16 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi und HR Dr. Schöchel an Landesrat Mayr (Nr. 199-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend die künftige Nutzung des Parkplatzes des Grödiger Stadions
(Nr. 199-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.17 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 200-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend schmale Bahnsteige
(Nr. 200-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.18 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 201-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Güterverkehr
(Nr. 201-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.19 **Anfrage** der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschl an Landesrätin Mag.a Berthold MBA (Nr. 202-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Freiwilliges Integrationsjahr
(Nr. 202-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.20 **Anfrage** der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 203-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Maßnahmen zum grenzüberschreitenden Universitätszugang
(Nr. 203-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.21 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 204-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Frauenpolitik
(Nr. 204-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.22 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 205-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Frauenpolitik
(Nr. 205-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.23 **Anfrage** der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 206-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Gastspielförderung im Bundesland Salzburg
(Nr. 206-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.24 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 207-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Vorgänge im Seniorenheim St. Nikolaus in Neumarkt
(Nr. 207-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.25 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 208-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Fluktuation des ärztlichen Personals in den SALK
(Nr. 208-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.26 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 209-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend leistungsorientierte Krankenanstalten-Finanzierung
(Nr. 209-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.27 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung (Nr. 210-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Abfragen des Landesschulrates an 99 Schulstandorten mit ganztägigen Schulformen
(Nr. 210-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.28 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 211-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Stromversorgung auf Almhütten
(Nr. 211-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.29 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 212-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.in Rössler und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend den Verein umwelt.service.salzburg
(Nr. 212-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.30 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 213-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2016
(Nr. 213-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.31 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 214-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Kunstankäufe des Landes
(Nr. 214-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.32 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 215-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Unterstützung des Landes Salzburg für eine fragwürdige Lobbying-Publikation aus der Türkei
(Nr. 215-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.33 **Anfrage** der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 216-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Jubiläumsjahr „Salzburg 20.16“
(Nr. 216-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.34 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 217-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Frauenpolitik (Entsendung von Aufsichtsräten)
(Nr. 217-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.35 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 218-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Leiterbestellungen an Pflichtschulen
(Nr. 218-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.36 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 219-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend „Teamteaching-Stunden an der Neuen Mittelschule“
(Nr. 219 -BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.37 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 220-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Probleme mit Flüchtlingskindern an Schulen
(Nr. 220 -BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.38 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 221-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend das „Gutachten der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft von Dr. Imo“
(Nr. 221-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.39 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 222-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Elektrifizierung
(Nr. 222-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.40 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 223-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Korridorlinie
(Nr. 223-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.41 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 224-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Details zu Park & Ride Plätzen
(Nr. 224-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.42 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 225-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Investitionen für die Infrastruktur der Salzburger Lokalbahn
(Nr. 225-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.43 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 226-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Elektrifizierung der Mattigtalbahn bis Friedburg
(Nr. 226-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.44 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat Mayr (Nr. 227-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend den zumutbaren Wohnungsaufwand
(Nr. 227-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.45 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr (Nr. 228-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend des Arbeitsübereinkommens der Landesregierung unter dem Punkt „Entwicklung eines 365-Euro-Tickets“
(Nr. 228-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.46 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 229-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Hegeschau und bleifreie Munition im Bundesland Salzburg
(Nr. 229-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.47 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 230-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend die Pensionierung von Landesbediensteten
(Nr. 230-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.48 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Ing. Sampl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 231-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Förderung der Volkskultur im Bundesland Salzburg
(Nr. 231-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.49 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 232-ANF der Beilagen d.4.S.d.15.GP) betreffend Kinder in Mindestsicherungsfamilien
(Nr. 232-BEA der Beilagen d.4.S.d.15.GP)

9.50 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 1-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Bonuszahlungen in Betrieben mit Landesbeteiligung
(Nr. 1-BEA der Beilagen)

9.51 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 2-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Nachmittagsbetreuung
(Nr. 2-BEA der Beilagen)

9.52 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 3-ANF der Beilagen) betreffend Kriterien der leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierung
(Nr. 3-BEA der Beilagen)

9.53 **Dringliche Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 4-ANF der Beilagen) betreffend der Änderungen in der Wohnbauförderung
(Nr. 4-BEA der Beilagen)

9.54 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 5-ANF der Beilagen) betreffend das verkehrstechnische Gutachten zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf der A1 West-Autobahn im Bereich der Stadt Salzburg
(Nr. 5-BEA der Beilagen)

9.55 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 6-ANF der Beilagen) betreffend die Zukunft des Mittersillier Krankenhauses sowie des Tauernklinikums Pinzgau mit dem Projekt „Mittersill 2020“
(Nr. 6-BEA der Beilagen)

9.56 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 7-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2016
(Nr. 7-BEA der Beilagen)

9.57 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 8-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Vorgänge im Seniorenheim Uttendorf des Gemeindeverbandes Uttendorf/Niedersill
(Nr. 8-BEA der Beilagen)

9.58 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 9-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Krankenhaushygiene
(Nr. 9-BEA der Beilagen)

9.59 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 10-ANF der Beilagen) betreffend den Salzburger Flughafen
(Nr. 10-BEA der Beilagen)

9.60 Anfrage der Abg. Essl und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 11-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Salzburger Patientenvertretung
(Nr. 11-BEA der Beilagen)

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 10: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

10.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. November 2015 zur Petition betreffend „Weil wir Arbeitsplätze dringend brauchen“
(Nr. 23 der Beilagen)

10.2 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 8. Juni 2016 betreffend Suizidprävention für Kinder und Jugendliche im Bundesland Salzburg
(Nr. 24 der Beilagen)

10.3 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. Dezember 2015 betreffend die Unterstützung von wirtschaftlichen Aktivitäten mit starkem Wertschöpfungsanteil in Salzburg
(Nr. 25 der Beilagen)

10.4 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 7. Oktober 2015 betreffend flächendeckende Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker
(Nr. 26 der Beilagen)

10.5 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 18. März 2015 betreffend Maßnahmen gegen radikale islamistische Entwicklungen
(Nr. 27 der Beilagen)

10.6 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 6. Juli 2016 betreffend Familienfreundlichkeit im Salzburger Landtag
(Nr. 28 der Beilagen)

10.7 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Februar 2016 betreffend Maßnahmen und weitere Vorgangsweise im Asyl- und Flüchtlingswesen
(Nr. 29 der Beilagen)

10.8 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. März 2016 betreffend die Erhöhung des Schonvermögens
(Nr. 30 der Beilagen)

Zu diesem Top zehn wurden keine Debatten angemeldet. Daher ist auch dieser Punkt einer Erledigung zugeführt.

Wir haben unsere Tagesordnung nunmehr quasi abgearbeitet und beendet. Ich bedanke mich für die intensive Teilnahme und Diskussion und Debatte am heutigen Plenartag. Ich

berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 5. November, 9:00 Uhr ein, wünsche einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Ende der Sitzung: 16:25 Uhr)

- -

Dieses Protokoll wurde
am **9. November 2016**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in:

